

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die politische Polarisierung in der Ersten Republik“

Polarisierung durch Tageszeitungen?

Verfasser

Franz Porotschnik

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Mai 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:
Betreuer:

A 300
Politikwissenschaft
Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer

Mein Dank gilt

meiner Familie,
meinem Betreuer, Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer,
Dr. Josef Seethaler,
Anna Reschl, Ansgar Gersmann, Marcel Hodal und Ostriker
von Kohlboden,
allen, die mich unterstützt haben.

INHALTSVERZEICHNIS

<u>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</u>	7
-------------------------------------	----------

<u>TABELLENVERZEICHNIS</u>	7
-----------------------------------	----------

<u>1 EINLEITUNG</u>	8
----------------------------	----------

1.1 FORSCHUNGSLEITENDE FRAGE	8
-------------------------------------	----------

1.2 METHODISCHE VORGANGSWEISE	9
--------------------------------------	----------

1.3 AUFBAU DER ARBEIT	10
------------------------------	-----------

<u>2 POLITISCHER EXTREMISMUS IM SPEKTRUM DER IDEOLOGIEN</u>	13
--	-----------

2.1 LINKS-RECHTS-SCHEMA	14
--------------------------------	-----------

2.1.1 HISTORISCHER ABRISS	14
---------------------------	----

2.1.2 „IDEOLOGIEN“ IM LINKS-RECHTS-SCHEMA	16
---	----

2.2 „EXTREMISMUS“ UND „RADIKALISMUS“ – BRÜDER IM GEISTE?	17
---	-----------

2.2.1 RADIKALISMUS	18
--------------------	----

2.2.2 EXTREMISMUS	20
-------------------	----

2.2.3 STRUKTURMERKMALE	22
------------------------	----

2.2.4 WAS IST POLITISCHER EXTREMISMUS HEUTE?	23
--	----

2.2.5 „EXTREMISMUS“ UND RADIKALISMUS“ IM ERWEITERTEN IDEOLOGISCHEN LINKS-RECHTS-SCHEMATA NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG	24
---	----

2.3 WAHLENTSCHEIDUNG NACH DOWNS	27
--	-----------

2.3.1 WÄHLER BEI DOWNS	28
------------------------	----

2.3.2 ÖKONOMISCHE BEGRÜNDUNG DER IDEOLOGIE NACH DOWNS	29
---	----

2.3.3 DYNAMISCHES WAHLVERHALTEN UND „LAGERBILDUNG“	29
--	----

2.3.4 ERWEITERUNG DES MODELLS NACH DOWNS	32
--	----

2.3.5 POLARISIERUNG NACH SARTORI	33
----------------------------------	----

2.3.6 „POLARIZED PLURALISM“ UND „MULTIPOLAR COMPETITION“ NACH SARTORI	34
---	----

2.3.7 ANMERKUNGEN ZU DOWNS ANSATZ	37
-----------------------------------	----

2.4 ZUSAMMENFASSENDE BETRACHTUNG	38
---	-----------

<u>3 ERSTE REPUBLIK - POLITISCHE SITUATION ÖSTERREICHS NACH 1918</u>	40
---	-----------

3.1 VERSCHIEDENE ANSÄTZE FÜR DIE „AUSGANGSLANGE“ DER ERSTEN REPUBLIK	41
---	-----------

3.1.1 SOZIALE PROBLEMBEREICHE	42
-------------------------------	----

3.1.2	ÖKONOMISCHE PROBLEMBEREICHE	43
3.2	REGIERUNG UND WAHLEN	45
3.2.1	POLITISCHE PHASEN IN DER ERSTEN REPUBLIK	45
3.2.2	POLITISCHE PHASEN ANHAND DER GEWALTENTWICKLUNG NACH BOTZ	47
3.2.3	WAHLENTWICKLUNG IN DER ERSTEN REPUBLIK	48
3.2.4	NATIONALRATSWAHLEN 1919 – 1930 IN DER ERSTEN REPUBLIK	49
3.2.5	WAHL 1927	51
3.3	PARTEIENLANDSCHAFT IN DER ERSTEN REPUBLIK	51
3.3.1	IDEOLOGISCHE SPANNUNGEN IN DER PARTEIENLANDSCHAFT – EINE BESTANDAUFNABME DER WICHTIGSTEN PARTEIEN DER ERSTEN REPUBLIK	52
3.3.2	CHRISTLICHSOZIALE PARTEI	52
3.3.3	SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI	54
3.3.4	KOMMUNISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS	55
3.3.5	NSDAP IN ÖSTERREICH	56
3.3.6	POLITISCH RELEVANTE AKTEURE ABSEITS DER PARTEIEN - DIE WEHRVERBÄNDE	57
3.4	WENDEPUNKT: SCHATTENDORFVORFALL UND JUSTIZPALASTBRAND	60
3.4.1	SCHATTENDORFVORFALL	61
3.4.2	WIEN UND DER JUSTIZPALASTBRAND	62
3.4.3	ANGESPANNTE STIMMUNG VOR DEM 15. JULI 1927 AUF SEITEN DER SOZIALDEMOKRATEN	62
3.4.4	JUSTIZPALASTBRAND	63
4	MASSENEDIUM „TAGESZEITUNG“ IN DER ERSTEN REPUBLIK	67
4.1	POLITISCHE ÖFFENTLICHKEIT UND MASSENMEDIENTEN	67
4.2	MEDIENLANDSCHAFT IN DER ERSTEN REPUBLIK	70
4.2.1	LEITMEDIENTEN IN DER ERSTEN REPUBLIK	71
4.2.2	AUSLÄNDISCHER EINFLUSS AUF DEN ZEITUNGSMARKT	72
4.2.3	„LÄNDERZEITUNGEN“	73
4.2.4	MEDIEN UND WAHLEN	74
4.2.5	GEWALT IN DER „POLITISCHEN SPRACHE“	75
4.3	GESINNUNGSPRESSE UND LAGERBILDUNG	77
4.3.1	GESINNUNGSPRESSE	78
4.3.2	„PARTEIPRESSE“	78
4.3.3	ÜBERBLICK ÜBER DIE WIENER TAGESZEITUNGEN	80

4.3.4	IDEOLOGISCHES SPEKTRUM DER WIENER TAGESPRESSE IN DER ERSTEN REPUBLIK	81
4.3.5	EINTEILUNG DER POLITISCHEN PRESSE 1918 – 1933 NACH PAUPIÉ	83
4.4	PRESSESTIMMEN ZUM JUSTIZPALASTBRAND	84
4.4.1	BERICHTERSTATTUNG VOR DEM JUSTIZPALASTBRAND	84
4.4.2	REPRISE DER BERICHTERSTATTUNG ZU DEM JUSTIZPALASTBRAND	85
4.4.3	ROLLE DER „ARBEITER-ZEITUNG“	91
5	DESTABILISIERUNG DES POLITISCHEN SYSTEMS	93
5.1	RADIKALISIERUNG DER IDEOLOGIEN UND DIE KOALITIONSBI- LDUNG NACH WAHLEN	93
5.1.1	VERHALTEN DER SOZIALDEMOKRATEN NACH 1927	94
5.1.2	ENTWICKLUNG AB 1927 BEI DEN CHRISTLICHSOZIALEN	96
5.1.3	„HEIMWEHREN“ UND NSDAP NACH DEM 15. JULI 1927	98
5.2	LAGERBI- LDUNG – KORSETT DER UNBEWEG- LICHKEIT?	99
5.2.1	WAHLEN NACH 1927	101
5.2.2	REGIERUNGS- ENTWICKLUNG NACH 1927	102
5.3	DAS ENDE DER DEMOKRATIE IN DER ERSTEN REPUBLIK	104
5.3.1	SCH- EITERN DES KONSENS	105
5.4	RADIKALISIERUNG DER PRESSE - VERHÄRTUNG DER „PRESSELAGER“ NACH DEM JUSTIZPALASTBRAND	108
5.4.1	UNBESTÄNDIGKEIT DER „GESINNUNGSPRESSE“	110
5.4.2	MASSENMEDIUM „ZEITUNG“ UNTER DOLLFUß	111
5.4.3	NATIONALSOZIALISTEN UND DIE „PROPAGANDA-PRESSE“	112
6	CONCLUSIO	114
7	LITERATUR	117
7.1	INTERNET	123
7.2	ZEITUNGEN	124
7.3	ANHANG	125
7.4	ABSTRACT	134
	LEBENS- LAUF	135

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

ABBILDUNG 1 ZWEIDIMENSIONALE DARSTELLUNG DES POLITISCHEN RAUMES NACH BOBBIO	25
ABBILDUNG 2 ZWEIDIMENSIONALE DARSTELLUNG DES POLITISCHEN SPEKTRUMS NACH EYSENECK.	26
ABBILDUNG 3 NORMALVERTEILUNG IN EINEM ZWEIPARTEIENSYSTEM.....	30
ABBILDUNG 4 „BIMODALE“ WÄHLERVERTEILUNG.....	31
ABBILDUNG 5 SELBSTERSTELLTE GRAFIK NACH DOWNS „BIMODALE“ WÄHLERVERTEILUNG UND POLARISIERTE PRESSE	33
ABBILDUNG 6 „TWO PARTY COMPETITION“ NACH SARTORI.....	34
ABBILDUNG 7 „MULTIPOLAR COMPETITION“ NACH SARTORI	36
ABBILDUNG 8 PHASEN DER GEWALT NACH BOTZ	65
ABBILDUNG 9 EINTEILUNG DER PARTEI- UND GESINNUNGSPRESSE NACH PAUPIÉ	83
ABBILDUNG 10 AMTSDAUER DER REGIERUNGEN IN DER ERSTEN REPUBLIK	103
ABBILDUNG 11 PARLAM. UNTERSTÜTZUNG DER REGIERUNGEN IN DER ERSTEN REPUBLIK.....	104
ABBILDUNG 12 SUMME DER TOTEN UND VERLETZTEN ZWISCHEN 1918 UND 1933	107
ABBILDUNG 13 KATEGORISIERUNG NACH PAUPIÉ MIT AUFLAGENZAHLEN NACH SEETHALER/MELISCHEK	127

TABELLENVERZEICHNIS

TABELLE 1 NATIONALRATSWAHLEN 1919 - 1930.....	50
TABELLE 2 NATIONALRATSWAHLERGEBNISSE VON WIEN 1919 -1930.....	50
TABELLE 3: WAHLERGEBNIS VOM 24. APRIL 1927	51
TABELLE 4 DIREKTE WAHLEMPFEHLUNGEN 1927 - 1932 NACH SEETHALER/MELISCHEK.....	81
TABELLE 5 WAHLEMPFEHLUNG UND AUFLAGENSTÄRKE ZWISCHEN DEN LAGERN	82
TABELLE 6 VERHÄLTNIS VON MARXISTISCH UND NICHT-MARXISTISCHEN STIMMEN	100
TABELLE 7 WAHLERGEBNIS 9. NOVEMBER 1930.....	102
TABELLE 8 KONSSENS ODER KONFLIKT: REGIERUNG 1927 BIS 1932	106
TABELLE 9 SPEKTRUM DER WIENER TAGESZEITUNGEN 1919 UND 1932 NACH WAHLEMPFEHLUNGEN UND AUFLAGENANTEILEN.....	110
TABELLE 10 WAHLERGEBNISSE IN INNSBRUCK, WIEN UND VORARLBERG ZWISCHEN 1930 UND 1933 (STIMMENZAHL IN TAUSEND).....	126
TABELLE 11 ÜBERBLICK ÜBER LÄNDERZEITUNGEN 1918 - 1933 IN DER ERSTEN REPUBLIK.....	126
TABELLE 12 KATEGORISIERUNG NACH PAUPIÉ MIT AUFLAGENZAHLEN NACH SEETHALER/MELISCHEK.....	127
TABELLE 13 AUFLAGENSTÄRKSTEN WIENER TAGESZEITUNGEN 1920 - 1933 NACH MELISCHEK/SEETHALER	128
TABELLE 14 ANZAHL DER OPFER DER POLITISCHEN GEWALTANWENDUNG 1918-1934	129
TABELLE 15: AMTSDAUER, STATUS, PARLAMENTARISCHE UNTERSTÜTZUNG DER REGIERUNG UND URSACHEN DER REGIERUNGSWECHSEL.....	130

1 Einleitung

„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“ (Luhmann 2009: 9). Dies ist wohl Luhmanns bekannteste Aussage und wird dementsprechend, wenn es um die Medienlandschaft geht, oft rezipiert. Diesen Satz lässt die Interpretation zu, dass ohne Massenmedium kein demokratischer Staat im heutigen Verständnis möglich ist und infolgedessen spielen die Massenmedien eine wichtige Rolle in der Politikvermittlung. Dies gilt nicht nur heutzutage, sondern kann auch auf den zu untersuchenden Zeitraum der Ersten Republik übernommen werden. Das Massenmedium „Tageszeitung“ stellte das wichtigste „Kommunikationsmittel“ der Parteien in dieser Zeit dar und daher verwundert es nicht, dass die „Parteipresse“ bzw. die „Gesinnungspresse“ entsprechend von Bedeutung war und eine wichtige Rolle in der Polarisierung der politischen Landschaft spielte.

1.1 forschungsleitende Frage

In dieser Arbeit möchten wir uns mit der Polarisierung des politischen Systems in der Ersten Republik auseinandersetzen, die in der Vorgeschichte des Schattendorfvorfalls und im Wendepunkt des Justizpalastbrandes einen Punkt in der Entwicklung erreichte, der den Weg in das Ende der Demokratie einläutete und in den „austrofaschistischen Staat“ führte. Die forschungsleitende Frage, an der wir diese Arbeit aufbauen werden, beschäftigt sich mit der Auseinandersetzung der Polarisierung der politischen Lager und wie die „Presselandschaft“ in diesen Prozess eingebunden wurde. Daher müssen wir den Prozess der Lagerbildung in der Ersten Republik näher analysieren. Die Erste Republik war, wie viele Staaten in der Zwischenkriegszeit, durch eine hohe „Gewaltbereitschaft“ gekennzeichnet, die nicht nur nach unserer Meinung ihren Höhepunkt im Justizpalastbrand erreichte. In einer Demokratie stellt die Wahl das bedeutendste Beteiligungsinstrument der Bevölkerung dar und wir können anhand der Nationalratswahlen und durch eine kritische Analyse der Parteienlandschaft, mit Berücksichtigung der wichtigsten Akteure abseits der Parteien, die Polarisierung beobachten. Wie gesagt, eine Demokratie kann ohne Massenmedien nicht funktionieren. Dieser Satz im Luhmannschen Sinne beinhaltet die Kernaussage, die wir in Verbindung mit der Polarisierung der politischen Landschaft setzen. Die Medien haben für eine demokratische Gesellschaft einen besonderen Stellenwert und üben eine wichtige Funktion aus, die wir erörtern müssen. Diese Aufgabe hat anscheinend das Massenmedium „Zeitung“ in der Ersten Republik nicht besonders gut erfüllen können. Die Autoren Matis et al. formulieren dies in der Frage,

„ob die Medien damals ihrer Integrationsfunktion, nämlich Öffentlichkeit im Sinne einer Konsolidierung der demokratischen Gesellschaftsordnung herzustellen, gerecht wurden oder ob sie nicht vielmehr dazu beitrugen, Tendenzen zu befördern, die zu einer Gefährdung der noch relativ jungen und unerprobten Demokratie führten“. (Matis et al. 2004: 897) In Anlehnung an unserer These kommt für uns eher die zweite Annahme der Autoren in Betracht, da die Medien in der Form der Tageszeitung für Wien es nicht geschafft haben eine Brücke über den ideologischen Graben zu bauen.

Eine Demokratie ohne eine freie Presse und Massenmedien ist nicht vorstellbar. Was für heute gilt, war besonders relevant im Transformationsprozess von der Habsburgermonarchie in die Erste Republik. Die Massenmedien, in unserem Fall die Tageszeitung in Wien, hatten eine besondere Rolle im Demokratisierungsprozess inne. Der neu entstandene Staat „Österreich“ sah sich mit vielen Problemen konfrontiert, die wir erörtern müssen, um die gesellschaftliche Ausgangslage für die Erste Republik verstehen zu können. Die Demokratie in der Ersten Republik war neu und stand vor großen Herausforderungen. In der Rolle des Kommunikationsmediums und in der Herstellung einer politischen Öffentlichkeit übernehmen die Massenmedien eine für die Demokratie sehr wichtige Rolle. Sie können entweder ein stabilisierender oder destabilisierender Faktor in der Demokratie sein. Wir gehen nun des Weiteren davon aus, dass durch die Polarisierung der politischen Landschaft ebenfalls zu einer Polarisierung in den Medien gekommen ist, die diese extreme „Lagerbildung“ gefördert und unterstützt haben.

1.2 Methodische Vorgangsweise

Im Folgenden möchten wir einige Punkte zu dieser Arbeit erörtern. Der Zeitrahmen, den wir für diese Arbeit annehmen, umfasst die „demokratische Phase“ der Ersten Republik. Darunter verstehen wir den Zeitraum von der Gründung der Republik im Jahre 1918 bis zur Ausschaltung des österreichischen Parlaments unter Dollfuß im Jahre 1934. Der Begriff „Heimwehr“ wird in den unterschiedlichen Quellen einerseits als Sammelbegriff für die verschiedenen Heimwehrgruppen oder für die Heimwehr als Organisation verwendet. In der Arbeit verwenden wir diesen Begriff, wenn nichts anderes angegeben, als Sammelbegriff und wenn wir auf Autoren verweisen, dann übernehmen wir die verwendete Bezeichnung. Die Arbeit verwendet wissenschaftliche Daten und Studien, die in Zusammenhang mit unserem Thema stehen und Ausschnitte aus ausgewählten Tageszeitungen dieser Zeit. Bei den zitierten Textstellen wurde die originale Schreibweise beibehalten

und dementsprechend bleiben die aus heutiger Sicht enthaltenen Fehler ohne Korrektur. Der Zeitraum der Zeitungsberichte über den Justizpalastbrand wird auf den 15. Juli 1927 bzw. auf die darauf folgende Ausgabe der jeweiligen Tageszeitung eingegrenzt. Die Formulierungen werden zur besseren Lesbarkeit, wenn nicht gesondert hervorgehoben, in männlicher Form angegeben und die getroffene Formulierung impliziert die weibliche wie auch auf die männliche Form.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit besteht aus insgesamt fünf Hauptkapiteln, wobei wir im ersten einen Überblick über die Thematik der Arbeit gegeben möchten und die forschungsleitende Frage behandeln werden. Im zweiten Kapitel dieser Arbeit beschäftigen wir uns mit der Bestimmung von wichtigen Begriffen und der Darstellung von verschiedenen Ansätzen, die uns einen theoretischen Hintergrund liefern sollen. Wichtige Punkte zu klären wären vor allem die Begriffe „Radikalismus“ und „Extremismus“. Bevor wir aber zu diesen Punkten kommen, müssen wir uns als erstes mit dem Thema Ideologie und ideologischen Strömungen beschäftigen. Ein weiterer wichtiger Punkt stellt das Links-rechts-Schema dar, bei dem wir die historische Entwicklung erläutern müssen und dann können wir die verschiedenen ideologischen Strömungen auf dem Schema verorten. Die Auseinandersetzung mit den Begriffen „Radikalismus“ und „Extremismus“ gestaltet sich nicht einfach und bedarf einer näheren Untersuchung. Wir werden dabei auf Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede stoßen. Weiteres werden wir uns auf Thesen von Anthony Downs und Giovanni Sartori beziehen, die wir dann mit der politischen Landschaft der Ersten Republik vergleichen möchten.

Im dritten Themenkapitel der Diplomarbeit beschäftigen wir uns mit der Ausgangslage¹ Österreichs in der Zwischenkriegszeit, die für die Ereignisse rund um den Schattendorf-vorfall und dem Justizpalastbrand vom 15. Juli 1927 maßgeblichen Einfluss gehabt haben. Ein zentraler Punkt besteht in der Annahme, dass diese Ereignisse einen Wendepunkt in Richtung „Zerstörung“ der Demokratie in der Ersten Republik waren. Diese Annahme vertreten auch Autoren wie Anton Pelinka, die den Wendepunkt in dem Parteienverhältnis zwischen den Sozialdemokraten und Christlichsozialen im Brand des Justizpalastes

¹ Wenn wir über die Ausgangslage und das politische System der Ersten Republik erörtern, beziehen wir uns unter anderem auf den Sammelband „Das Handbuch des politischen Systems Österreichs: Erste Republik 1918-1933“ von Tàlos et al., da dieses Werk eine sehr gute Übersicht über die Ereignisse in der Ersten Republik liefert und ein „Standartwerk“ darstellt.

sahen. Daher ist es wichtig auf die dynamische Entwicklung des 15. Juli 1927 näher einzugehen und die entstandenen Folgen herauszuarbeiten. (Pelinka 1995: 6) Bevor wir dazu kommen, ist es wichtig, dass wir uns ein Bild über die gesellschaftliche und politische Lage dieser Zeit machen. Als erstes betrachten wir die Ausgangslage nach 1918. Darunter fallen etwa gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen, die mit dem Ende der Monarchie vorrangig gegangen sind. Des Weiteren müssen wir uns ein Bild von dem politischen System dieser Zeit machen und dies geschieht über eine ideologische Aufarbeitung der damaligen Parteien und über eine Beobachtung der Wahlen. Diese nähere Betrachtung ist daher von Bedeutung, da dadurch die Spannungslinien und das Konfliktpotenzial der damaligen Zeit verständlich für uns wird. Neben den politischen Parteien gab es noch andere „Gruppierungen“, die für die Destabilisierung in der Ersten Republik mitverantwortlich zu machen sind, die wir erwähnen müssen. Die wichtigsten Gruppen waren die Heimwehr(en) und der Republikanische Schutzbund. Diese Organisationen hatten teilweise ein enges Verhältnis zu den beiden Großparteien und agierten wie im Falle des Schutzbundes als „eigenständige bewaffnete Ordnungseinheit“. Damit können wir überleiten auf die Ereignisse rund um Schattendorf und dem Justizpalastbrand. Wir müssen die Vorgeschichte „Schattendorf“ deshalb betrachten, da dieser Vorfall einerseits zum Justizpalastbrand führte und andererseits ein interessantes Beispiel in der gewaltsamen Auseinandersetzung der Zwischenkriegszeit ist.

Im vierten Kapitel wenden wir uns der Berichterstattung zum Justizpalastbrand zu. Bevor wir aber damit beginnen, sollten wir kurz klären, warum die „Tageszeitung“ als Teil der Massenmedien eine wichtige Rolle in der Herstellung von einer politischen Öffentlichkeit hat(te) und daher müssen wir die Funktionen von Massenmedien erörtern. Ein wichtiger Punkt nimmt die Analyse der Medienlandschaft der Ersten Republik ein. Auch wenn wir das Hauptaugenmerk auf die „Wiener Tagespresse“ legen, werden wir auf „Länderzeitungen“ eingehen, die von einer gewissen Bedeutung in der Ersten Republik waren, aber eines kann an dieser Stelle schon vorweggenommen werden, keine dieser Zeitungen erlangte eine vergleichbare Relevanz wie die Wiener Tageszeitungen. Wenn wir die Artikel, besonders bei den „radikalen“ Zeitungen aus dieser Zeit bemerkbar, lesen, fällt einem die verwendete politische Sprache auf, die im heutigen Vergleich „verroht“ wirkt. Wir können auf Paul Sailer-Wlasits und die Gewalt in der politischen Sprache verweisen. Wir haben für die Erste Republik festgehalten, dass die Presselandschaft eine Gesinnungspresse war. Diese Behauptung müssen wir näher differenzieren und die Tageszeitungen

nach ihrer ideologischen Einstellung betrachten. Dabei beziehen wir uns auf die Autoren Josef Seethaler, Gabriele Melischek und Kurt Paupié. Am Ende des Kapitels werden wir die Ereignisse des Justizpalastbrandes in verschiedenen Tageszeitungen, die wir jeweils dem sozialdemokratischen, christlichsozialen und einem „neutralen“ Lager zurechnen können, betrachten.

Im fünften Kapitel werden wir uns mit den Folgen des Justizpalastbrandes beschäftigen und in welche Richtung die politische Entwicklung nach diesem Ereignis gegangen ist. Dabei werden wir die Reaktion aufseiten der Sozialdemokraten, den Christlichsozialen, den „Heimwehren“ und Nationalsozialisten eingehen. Durch die Polarisierung der Ersten Republik und die damit verbundene Lagerbildung wurde die Koalitionsbildung für die fast durchgängigen regierenden Christlichsozialen erschwert. Wir werden dabei die letzte Nationalratswahl im Jahr 1930 näher betrachten. Wir können weiteres die Amtsdauer und die parlamentarische Unterstützung der jeweiligen Regierungen betrachten und uns mit dem Scheitern des „Konsens“ auseinandersetzen. Wir haben den Justizpalastbrand als Zäsur in der politischen Kultur der Ersten Republik beschrieben und dies können wir auch anhand der „Opferverteilung“ der politisch motivierten Gewalttaten betrachten, wobei wir hier uns auf Daten von Gerhard Botz stützen möchten. Eine Folge der politischen Polarisierung war eine Polarisierung in der Presselandschaft, wobei die „Gesinnungspresse“ im Laufe der Ersten Republik unter Druck durch die „Boulevardisierung“ des Zeitungsmarktes kam. Mit der Regierung Dollfuß wurde die Agitation gegen die Sozialdemokraten weiter verstärkt und dementsprechend wurde die Presse „unter Druck“ gesetzt. In der Conclusio befassen wir uns mit den Ergebnissen und Feststellungen zu dieser Arbeit.

2 Politischer Extremismus im Spektrum der Ideologien

Wenn man sich mit dem Begriff „Ideologie“ sich auseinandersetzt und auf der Suche nach einer eindeutigen Erklärung begibt, findet man eine lange Liste von Literatur, in denen verschiedene Definitionen und verschiedene unterschiedliche Herangehensweisen an die Thematik aufgelistet werden. Wenn man dennoch einen guten Überblick finden möchte, dann kann man sich auf eine Auflistung von Wimmer beziehen und im Folgenden werden wir einige Ansätze wiedergeben. Die verschiedenen Ansätze weisen einen großen Gestaltungsspielraum auf. Manche Autoren sehen Ideologie als eine „realitätsferne theoretische Konstruktion“ (Wimmer 2000: 536), für manch andere stellt eine Ideologie eine „Ersatzreligion“ dar, die im Zuge der Trennung von Staat und Religion den Platz der Religion eingenommen hat und dann in dogmatischen Lehren wie nach Variante des Kommunismus gipfelt. Eine weitere andere Sichtweise beschreibt die Ideologie als die Gesamtheit aller Bereiche des Wissens einer Kultur. Ein anderer Blickpunkt sieht die Ideologie als eine Art der Herrschaftslegitimation.

Für die Arbeit nun relevante Charakterisierung beschreibt Ideologie als eine Art „Mittel zur Senkung der Informationskosten im politischen System“ (ebd.:). Im Luhmannschen Sinne wäre nun die Ideologie ein Sekundärkode, der die „Komplexität der Welt“ reduziert und eine Strukturierung der politischen Kommunikation ermöglicht. Wir können die „ideologischen Strömungen“ auf dem politischen Spektrum des Links-rechts-Schemas verorten. Dabei kann eine genauere Differenzierung auf diesem Spektrum gemacht werden. Wir können dabei nun festhalten, dass dabei die Kommunikation und die Interaktion der beteiligten Menschen durch eine „Ideologie“ erleichtert werden können und im späteren Teil der Arbeit werden wir ergründen, dass die Ideologie für die Wahlentscheidung des Wählers ein wichtiger Punkt ist. (Wimmer 2000: 536f) In der heutigen Informationsgesellschaft werden die Menschen geradezu mit Informationen erschlagen. Ein Vergleich von allen politischen Inhalten der verschiedenen Parteien oder allen anderen politischen Entscheidungen wird quasi unmöglich. Dieses Kommunikationsproblem stellt die Parteien vor Probleme in einer Demokratie. Dies trifft auch auf den Prozess des Wählens zu. Nach Wimmer müssen die Parteien genügend Themenfelder aufweisen, um ihre Wählerzielgruppe ansprechen zu können und halten sich daher eher allgemein und konkretisieren sich nicht, denn man möchte eine Regierungsarbeit nicht mit bestimmten zu konkreten Aussagen von Anfang an ausschließen. Die einzelnen „schwammigen“ Aussagen formieren sich zu einer „Weltanschauung“ (Wimmer 2000: 534). Dieser Punkt stellt ein

großes Problem in der Kommunikation zwischen Partei und Wähler dar. Einerseits darf eine Partei nicht zu konkret sein, andererseits müssen sie ein Minimum an Widererkennung und Identifizierung für den Wähler aufweisen und hier spielen die Massenmedien eine entscheidende Rolle. Man könnte die verschiedenen Ideologien als „Orientierungshilfen“ sehen, die die wichtigsten programmatischen Inhalte einer Partei so kurz und wiedererkennbar zusammenfassen, dass die Komplexität des politischen Systems auf wenige verständliche Punkte reduziert werden kann. Damit wird die „Recherchetätigkeit“ des Wählers abgenommen, welcher mit der Informationsflut der heutigen Zeit überlastet wäre. Die verschiedenen ideologischen Strömungen wurden mithilfe der Massenmedien verbreitet, da erst diese eine politische Öffentlichkeit geschaffen hat. Wimmer präzisiert dies, wenn die These aufgestellt wird, dass Ideologie „eine Struktur der politischen Öffentlichkeit“ (Wimmer 2000: 540) wäre. Dies werde erst durch die Massenmedien ausgelöst, die einen Anstoß liefern, der erst den Diskurs innerhalb der Bevölkerung ermöglicht. Wenn eine Partei mit einer Ideologie auftritt, muss dies auch erkennbar für die Bevölkerung sein, wenn dies nicht geschieht, dann verliert die Ideologie ihre Wirkung bzw. ihre Relevanz. Diese teilweise Deideologisierung in der heutigen Zeit steht im Widerspruch zur Zeit der Zwischenkriegszeit, in der die Presse quasi als „Gesinnungspresse“ für die Parteien und ihre Ideologien agierte. Die Presse als Massenmedium wurde zur Polarisierung der politischen Öffentlichkeit benutzt.

2.1 Links-rechts-Schema

Wenn wir uns mit dem Begriff „Extremismus“ beschäftigen, dann denken wir im heutigen Sprachgebrauch vor allem an den Rechtsextremismus. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass der „Extremismus“ auf beiden Enden des politischen Spektrums anzutreffen ist. Ein in diesem Zusammenhang wichtiger Punkt für das Verständnis von „Extremismus“ liegt in der Auseinandersetzung mit dem Links-rechts-Schema. Wir müssen, die auf den ersten Blick einfache Frage, beantworten, warum es überhaupt „Rechts- und Links“ im politischen Sprachgebrauch gibt und was man darunter verstehen kann.

2.1.1 historischer Abriss

Das alltägliche Verständnis von Rechts- und Linksparteien hat ihren Ursprung aus der parlamentarischen Sitzordnung nach der französischen Revolution, die der damaligen neuen politischen Gegebenheiten Rechnung zollte. Mit der Revolution wurde sozusagen nach Sebastian Manhart mit dem hierarchischen Ständedenken im politischen Orientie-

rungsschema gebrochen, wobei es hier nicht zu einer vollständigen Auflösung gekommen ist, aber doch zu entscheidenden Veränderungen. Die gesellschaftlichen Ränge und hierarchischen Anordnungen, die bisher vorherrschten, wurden beim politischen Entscheidungsprozess in den Hintergrund gerückt. Kommen wir zur Raumanordnung vor der Revolution. In der Ständeversammlung galt das Prinzip der Stände. Jeder der drei Stände Klerus, Adel und der „dritte Stand“ hatte eine Stimme und dementsprechend widerspiegelte die Sitzordnung diese Dreiteilung. Jeder musste bei seinem Stand sitzen. Das erste Mal formierte sich die uns bekannte Sitzordnung am 22. Juni 1789. Der dritte Stand hatte die Nationalversammlung ausgerufen, an dem auch Teile des klerikalen Standes mitbeteiligt waren. Am Anfang blieb man bei der alten Sitzverteilung aber im Zuge verschiedener Diskussionen und Beschlüsse hob man die alte Sitzordnung auf. Der König verblieb mit Teilen des Klerus und des Adels auf der rechten Seite des Präsidenten, auf der linken Seite befanden sich der dritte Stand und die „übergelaufenen“ Teile von Adel und Klerus. Am Anfang herrschte „freie“ Sitzwahl, da das ständische Denken für aufgelöst erachtet wurde aber recht schnell kam es zu einer neuen „Festlegung“ einer Sitzordnung, die diesmal nicht nach den Ständen, sondern nach politischen Ideologien ausgerichtet war. Nach Manhart hat sich dieses Bild schnell als politisches Symbol durchgesetzt und wurde durch die Presse weiterverbreitet. (Manhart 2003: 116-120)

Kommen wir nun zur Differenzierung dieses Bildes. Nach Uwe Backes wurde der Prozess einer politischen Differenzierung in Links und Rechts um 1820 in Frankreich eingeleitet. Damit wurde eine Abstufung, die von „extrême droite“ bis hin zur „extrême gauche“ reichte, in die politische Sprache und in das politische Verständnis übernommen. Als generelle Beschreibung kann man für die damalige Zeit sagen, dass die „Rechte“ generell als regierungsfreundlich beschrieben werden konnte, was quasi zu dieser Zeit eine herrscherfreundliche, pro-monarchistische Position war. Die linke Seite stellte demgegenüber eine liberal-radikale Seite dar. Aus diesem Prozess heraus kann man laut Backes den Entstehungsprozess einer Formierung von politischen Lagern erkennen. (Backes 2006: 109-111) Diese Differenzierung eines politischen Orientierungsschemas sieht Manhart ebenfalls um 1820 beginnend und beschreibt eine Differenzierung, die angefangen von „extrême droite – droite modérée – centre droite – centre gauche – gauche modérée –[bis zur] extrême gauche“ (Manhart 2003: 123) das politische Spektrum abdeckte. Auf Deutsch kann man diese „Strömungen“ nach Manhart mit Ultraroyalisten, den gemäßigten Konservativen, den Liberalen, Radikale/Demokraten und den Sozialisten

übersetzten. Die Weiterverbreitung dieser Begriffe als „Differenzierungsgrad“ begann am Anfang des ersten Viertels des 19. Jahrhunderts mit dem Revolutionsjahr 1848. Dabei wurden aber auch andere räumliche Differenzierungsmuster mit übernommen. Eine dieser Unterscheidungen war etwa eine vertikale Einteilung in „die da oben“ oder „wir hier unten“. (Manhart 2003: 123-125)

2.1.2 „Ideologien“ im Links-rechts-Schema

Kommen wir wieder zum generellen ideologischen Links-rechts-Schema zurück und betrachten die ideologischen Strömungen auf diesem Schema. Auf der linken Seite des politischen Spektrums finden wir nach Wimmer den Sozialismus. Nach ihm ist der Sozialismus sehr stark zukunftsorientiert. Dies lässt sich auch an den „Schlagworten“ erkennen, die der Sozialismus gefordert hatte, nämlich nach Grundwerten wie Gleichheit, Gerechtigkeit oder Solidarität. Wenn man den historischen Kontext beachtet, dann verwundert es nicht, wenn diese Begriffe etwas Utopisches an sich gehabt haben. Nach Wimmer sind *„Utopien alternative Gesellschaftsentwürfe für die fernere Zukunft“* (Wimmer 2000: 550). Dabei überrascht es nicht, wenn, um diesen utopischen Anspruch zu erreichen, dieser Begriff „radikalisiert“ wurde. Dabei spielt es eine Rolle, wie sehr bzw. wie schnell man diesen Zustand erreichen wollte. Deshalb kann man wiederum innerhalb des Sozialismus Differenzierungen vornehmen. Historisch betrachtet wurde die gemäßigttere Linie von der Sozialdemokratie weiter verfolgt, wohingegen der Kommunismus radikaler eingestellt war. Der Konservatismus siedelte sich rechts der Mitte an. Im Vergleich zum zukunftsorientierten Sozialismus wird von der Vergangenheit ausgegangen. Dies bedeutete, dass versucht wird, traditionelle Werte oder historische Dogmen in die Gegenwart „mit zu übernehmen“. (Wimmer 2000: 550). Karl Mannheim hat diesen Unterschied treffend beschrieben: „Der Progressive erlebt die jeweilige Gegenwart als den Anfang der Zukunft, während der Konservative die Gegenwart als die letzte Etappe der Vergangenheit erlebt“ (Mannheim 1984: 121, zitiert nach Wimmer 2000: 556f). Nach diesen Worten bekommt man den Eindruck, dass auf alte historische, gewachsene Gegebenheiten rückbezogen wird und dem „Neuen“ Gegenüber ablehnend eingestellt wäre. Dem ist nach Wimmer nicht so, denn eine „komplette“ Ablehnung von etwas „Neuem“ würde man dem Traditionalismus zurechnen. Dennoch könnte man von einem „Misstrauen“ sprechen und man kann ebenfalls wie beim Sozialismus Differenzierungen beim Konservatismus machen. So wurde beispielsweise beim Altkonservatismus die Naturrechtslehre und andere Errungenschaften wie die individuelle Freiheit aller Menschen oder die Gleichheit

aller vor dem Recht abgelehnt. Ständisches Denken und die damit herausgebildeten Rechte für einzelne Gruppen wurden als „von Gott gegeben“ angesehen und sollten nicht vom Menschen verändert werden. (Wimmer 2000: 561) Dieses Denken können wir im „Ständestaat“ des Austrofaschismus wiederfinden. Der Konservatismus und die Religion hatten eine enge Verbindung, die auf verschiedene gesellschaftliche Umbrüche im 19. bzw. am Anfang des 20. Jahrhunderts beruhte. Durch die Modernisierung und durch neue aufkommende Ideologien wie der Sozialismus wurde die Religion und die damit einhergegangenen Wertevorstellungen zusehends zurückgedrängt und aus dieser Tatsache heraus entwickelte sich der Konservatismus. Die Konservativen vertraten die Auffassung, dass eine gesellschaftliche Ordnung nicht aufrechterhalten werden könnte, wenn diese nicht auf religiöse Werte beruhen würde. (Wimmer 2000: 559) Die Religion hatte eine lange Zeit einen großen politischen Einfluss und dies manifestierte sich besonders am Land, da beispielsweise eine „Wahlempfehlung“ durch den Pfarrer bei der Messe abgegeben wurde. Diese enge Beziehung zwischen Konservatismus und Religion erfuhr eine Abschwächung im Laufe der Zeit. Dennoch hat bei den Konservativen die Religion mit einem bestimmten Bild der Familie einen großen Stellenwert in der heutigen Zeit.

2.2 „Extremismus“ und „Radikalismus“ – Brüder im Geiste?

Wir haben im obigen Teil eine historische Verortung von verschiedenen ideologischen Strömungen auf dem Links-rechts-Schema erörtert. Nun beschäftigen wir uns näher mit den Begriffen „Extremismus“ und „Radikalismus“. Wie gesagt, stellt sich eine Differenzierung mit den verschiedenen „Abstufungen“ im Links-rechts-Schema nicht so einfach dar. Im Folgenden sollen verschiedene Ansätze und Erklärungen geliefert werden, die einerseits eine Annäherung an die verschiedenen Begriffe ermöglichen sollen, andererseits aber auch die Unterschiede hervorheben sollen. Zu diesen Autoren, die diese Begriffe im deutschsprachigen Raum geprägt haben, zählte unter anderem Peter Hofstätter. Anzumerken sei dabei, dass Hofstätter bei den Begriffen „Extremismus“ und „Radikalismus“ keine Unterscheidung traf, dennoch lieferte er eine wichtige Standortbestimmung, die eine einfache wie auch verständliche Behauptung aufweist. Er stellte einen Zusammenhang zwischen extremen Standpunkten und der damit einhergehende Überzeugungsstärke auf. Ein Fazit aus seiner Arbeit ist die Feststellung, dass je extremer ein Standpunkt eingenommen wird, desto stärker ist auch die Überzeugungsstärke. Ein „Gemäßigter“ wird normalerweise nicht die gleiche Überzeugungsstärke wie ein „Extremer“ haben. (Backes 2006: 209f)

Im Jahre 1931 unternahm Franz Keller den Versuch für das Staatslexikon eine Differenzierung der Begriffe vorzunehmen. Man muss in diesem Fall anmerken, dass Keller an der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg tätig war und in diesem Hintergrund sollte man seine Herangehensweise beachten. „Radikalismus“ stellte nach ihm eine Geiseinstellung dar, die sich zwar „radikal“ gibt, aber dem Wunsch nach einer schrittweisen Veränderung des aktuellen Zustandes nicht abgeneigt wäre. Demgegenüber steht bei Keller der „Extremismus“, der lieber heute als morgen eine Veränderung herbeiführen möchte. Als Gemeinsamkeit der beiden Begriffe kann man nun nach Keller sagen, steht der Wille zur Veränderung des bestehenden Zustandes. Beim „Extremismus“ wird aber die stufenweise Veränderung übersprungen und der Soll-Zustand wird gleich eingefordert. Keller beschreibt den Extremismus als Flucht vor der Herausforderung die gesellschaftlichen Zustände Schritt für Schritt zu ordnen und zu lösen. Keller sieht damit den Begriff negativ und bezeichnet in weiterer Folge „Extremismus“ als eine Krankheit, die abgelehnt gehört. Eine weitere negative Implikation wird von Keller aufgeworfen, da nach ihm hätte der „Extremismus“ keine Nachhaltigkeit und damit einher ginge eine zerstörerische Wirkung besonders auf gesellschaftliche Bereiche wie Politik, Wirtschaft- und Sozialethik. (Backes 2006: 157) Aus dieser Beschreibung können wir wichtige Punkte hervorheben. Wichtig erscheint erstens die zerstörerische Neigung, welche mit dem „Extremismus“ assoziiert wird und zweitens das Fehlen eines geordneten Planes für die Umgestaltung. Es wird eine Utopie auf der Stelle gefordert, die in der geforderten Form nie verwirklicht werden kann. Obwohl wir hier eine Unterscheidung bei Keller gefunden haben, wurde die Verwendung dieser beiden Begriffe der damaligen Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg nicht nach den beschriebenen „Merkmale“ getroffen, sondern die beiden Begriffe wurden als jeweiliges Synonym füreinander verwendet. Diese Vermischung zeigt Backes am Beispiel des deutschen Reichskanzlers Stresemann, der beide Begriffe gleichwertig verwendet hat. (Backes 2006: 157f)

2.2.1 Radikalismus

Im Folgenden versuchen wir die Begriffe „Radikalismus“ und „Extremismus“ näher zu beleuchten und deshalb betrachten wir die Begriffe so weit wie möglich gesondert, obwohl, wie wir schon gesehen haben, eine gesonderte Untersuchung der Begriffe ohne wechselseitige Beachtung der Beziehung der Begriffe untereinander als kaum sinnvoll erscheint. Wir werden historisch beginnen und konzentrieren uns Großteiles auf den deutschsprachigen Raum. Beginnen wir mit der ursprünglichen Wortbedeutung. Nach

Everts stellt das lateinische Wort „Radix“² den Wortstamm des Begriffes „Radikalismus“ dar und bedeutet eine bestimmte Einstellung im Denken und Handeln, die auf eine unveränderliche Grundannahme beruht, auf der dann die Auseinandersetzung basiert. Diese Einstellung zieht quasi eine Auseinandersetzung mit dem Ist-Status voraus. Interessant erscheint bei Everts, dass man sich den Radikalismus als ein Maß von Entschlossenheit und Konsequenzen in der Frage der politischen Einstellung vorstellen kann. Dabei gibt es aber keine genaue Zielvorstellung, wie weit dieser Begriff geht, denn nach Everts „bleibt er relativ und konturlos“ (Everts 2000: 44). Interessant erscheint auch die Annahme bei Everts, dass die Zuordnung anti-demokratisch und Gewalt als Werkzeug des „Radikalismus“ nicht passend ist. Kommen wir zur Entstehung im deutschsprachigen Raum. Nach Backes lässt sich der Entstehungszeitpunkt des Begriffes „Radikalismus“, den wir auf die Politik beziehen und in der politischen Sprache verwenden, in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in England ausmachen. (Backes 2006: 16) Die Autorin Susanna Böhme-Kuby sieht ebenfalls den Entstehungszeitraum des Begriffes in diesem Zeitraum. Für Deutschland stellt sie fest, dass am Beginn 19. Jahrhunderts der Begriff „Radikalismus“ in den politischen Sprachwortschatz Aufnahme fand und zu einem gebräuchlichen Wort wurde. In diesem Zusammenhang verweist Böhme-Kuby auf den Einfluss auf die Wortbedeutung von „Radikalismus“ durch die Aufklärung und die klassischen deutsche Philosophie. Nach Böhme-Kuby besagt die Wortbedeutung von „radikal“ eine grundsätzliche Umgestaltung des bestehenden Zustandes. Daher verwundert es nicht, wenn am Anfang „radikale Bewegungen“ durch Studenten getragen wurden. (Böhme-Kuby 1991: 26f) Vom Begriff „Radikalismus“ im Sinne eines „politisch definierbaren Begriff[es] mit einem stabilen, sozialen, ideologischen und institutionalen Inhalt“ (Böhme-Kuby 1991: 28) kann man aber erst später sprechen. Nach Böhme-Kuby konnte der Begriff erst nach 1840 in diesem Sinne als solcher bestimmt werden. Bleiben wir in dieser Zeit und betrachten wir eine historische Beschreibung dieses Begriffes im „Staatslexikon für das deutsche Volk“ aus dem Jahre 1871. Dort wird eine Abgrenzung zwischen „Radikalismus“ und „Liberalismus“ gemacht:

„Der Radicalismus unterscheidet sich von dem Liberalismus durch das Weitergehen seiner Ziele und durch die Art und Weise sowie durch die Mittel, die er bei seinem Vorgehen anwendet. Der Liberalismus will wie der Radicalismus den Fortschritt [...] Der Radicalismus will nicht das augenblicklich Erreichbare, für

² Everts bezieht sich auf die Autoren Noack/Stamen, welche die Bedeutung von „Radix“ in „eine[r] Einstellung des Denkens und Handelns, die einen Grundsatz konsequent bis hin zu seinen äußersten Folgerungen nachvollzieht“ (Noack/Stamen 1976: 241, zitiert nach: Everts 2000: 43) sehen.

ihn gibt es keine Etappen des Fortschritts, erfaßt nur das ganze Ziel unverrückt ins Auge und verschmäht es, sich mit dem halben Erfolge zu begnügen und auf Kosten des Prinzips eine Konzession zu machen.“ (Staatslexikon für das deutsche Volk 1871: 385, zitiert nach: Böhme-Kuby 1991: 30)

Hier werden einige interessante Merkmale beschrieben, die wir schon in der einen oder anderen Form gehört haben. Man muss aber sagen, dass diese Charakteristika von „Radikalismus“ im späteren Verlauf eher dem „Extremismus“ zugerechnet werden können. Es wird vom „augenblicklich Erreichbaren“ und „mit dem nicht begnügen des halben Erfolges“ gesprochen, dann klingt dies eher „extremistisch“ als „radikal“. Hier muss man wieder auf den Umstand verweisen, dass die Verwendung des „Extremismusbegriffes“ als politischer Begriff, so wie wir ihn aktuell verstehen, erst nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte. Das verwundert nicht, da Begriffe an sich einem Evolutionsprozess unterliegen. Eine Trennung bzw. eine separate Loslösung erscheint hier, wie eingangs erwähnt, nicht sinnvoll. Im Kapitel „Extremismus“ werden wir noch näher auf dieses Problem eingehen. Als bisheriges Fazit können wir aber sagen, dass der „Radikalismus“ Begriff älter in der sprachlichen Verwendung ist und einen historischen Entwicklungsprozess aufweist.

2.2.2 Extremismus

Wie schon erwähnt, gibt es auch bei der Annäherung an den Begriff „Extremismus“³ verschiedene Herangehensweisen. Beispielsweise verortet Hanna Arendt den „politischen Extremismus“ nahe dem „Totalismus“. Dabei wird nach ihr die Annahme vertreten, dass der „Extremismus“ eng mit den Denkweisen von totalitären Ideologien verknüpft ist. Dabei hat dieser „Extremismus“ mit der echten „Radikalität“ nichts zu tun. Eine andere Sichtweise bringt Crance Brinton, der Mitte der dreißiger Jahre den Kampf zwischen „Extremisten“ und „Gemäßigten“ untersucht hat. Dabei hat nach Backes Brinton die Begriffe „Extremisten“ und „Radikale“ als jeweilige Synonyme verwendet, obwohl wenn wir die folgende Charakteristika Brintons beachten, doch Unterschiede erkennbar werden. Die „Gemäßigten“ so nach der Meinung von Brinton verlieren gegenüber ihrer extremistischen Gegenseite dadurch, da diese eine realistischere Sichtweise und einen gesunden Menschenverstand als ihr Gegenüber haben. Die „Extremisten“ werden als hassefüllte Gruppe beschrieben, welche die „Gemäßigten“ mit Gewalt aus der Revolution vertreiben

³ Vgl. hier Gero Neugebauer, der hier einen guten Überblick über die aktuelle Tendenzen in der „Extremismusforschung“ in seinem Aufsatz: Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen liefert, <http://www.extremismus.com/texte/ext1.pdf>, 08.04.2011.

versuchen. Die Merkmale, die später im „neuen Regime“ sich wiederfinden lassen, werden von den „Extremisten“ in dieser Revolutionsphase erlernt und angewandt. Zu diesen Eigenschaften zählen unter anderem die Disziplin, eine Monomanie und die Tendenz zur Zentralisierung der Führung. (Backes 2006: 206f) Diese Entwicklung können wir in der Ersten Republik ebenfalls beobachten. Die „gewaltbereiten“ Gruppen wie die „Heimwehren“ und die Nationalsozialisten entwickelten diese Eigenschaften und im Ständestaat bzw. in der NS-Diktatur wurden die „erlernten Eigenschaften“ angewandt.

Manfred Funke beschäftigte sich mit „extremen Ideologien“ und fand gemeinsame Merkmale. Diese Typologie erscheint sehr hilfreich für unser Verständnis von „Extremismus“ zu sein. Er charakterisiert dahingehend, dass „extreme Ideologien“ einen absoluten Wahrheitsanspruch für sich beanspruchen, aber gleichzeitig damit eine Intoleranz gegenüber anderen Denkweisen und eine Ablehnung gegenüber Kompromissen aufweisen. Ein weiteres wichtiges Merkmal stellt die Gewaltbereitschaft dar. Diesen Punkt haben wir in dieser Form noch nicht explizit erwähnt und wir formulieren dies weiter aus, dass die Gewalt im „Extremismus“ quasi ein Bestandteil davon ist und dies stellt damit ein Unterscheidungsmerkmal zum „Radikalismus“ dar. Aber Funke setzt diesen Merkmalen noch eine weitere Dimension hinzu, nämlich die Zeitgebundenheit. Er argumentiert dies folgendermaßen: „Extremismus als zu bestimmendes spezifisches Maß hochlabiler Distanz zwischen einer Norm und dem Verlangen ihrer Vernichtung tritt auf als verbale Setzung unmittelbar zum wertenden Subjekt, ist folglich nicht losgelöst von Zeit und Raum zu klassifizieren“ (Funke: 21, zitiert nach: Backes 2006: 219) Eine weitere Feststellung sei, das hier auffällt und von Bedeutung ist, dass bei „extremen Ideologien“ der „Wesenskern“ (ebd.:) nicht unveränderbar ist, sondern aus verschiedenen Merkmalen besteht. Normalerweise nehmen wir an, wenn wir uns mit „extremen“ Sichtweisen beschäftigen, dass diese besonders resistent gegenüber anderen „Einflüssen“ oder rationalen Gegenbegründungen sind. Deshalb erscheint dieser Punkt von Funke sehr interessant, muss aber kritisch betrachtet werden. Eine andere, wichtige Dimension stellt die Distanz dar. Der „Extremismus“ befindet sich in der größtmöglichen Entfernung zur Mitte, die durch gesellschaftliche Normen und Werte definiert werden. Hier setzt Everts an und meint, dass nicht die Entfernung zur Mitte das Merkmal des „Extremismus“ sei, sondern das Merkmal in der „Gegnerschaft zu den demokratischen Grundwerten und Ordnungsprinzipien“ (Everts 2000: 41) besteht und dieser Punkt wird als Unterschied zum Begriff Radikalismus gesehen. Eine ähnliche Charakterisierung des Begriffes „Extremis-

mus“ liefern die Autoren Lipset und Raab, die dabei von der Entwicklung des Rechtsextremismus in den USA ausgegangen sind. Extremismus wird als Verstoß gegen die Regeln des demokratischen Prozesses angesehen. Ein Merkmal der Demokratie ist der politische Pluralismus und der „Extremismus“ mit seiner „monistischen“ Haltung wendet sich gegen diesen Pluralismus. Es gibt nur ein Weltbild und andere Sichtweisen werden nicht akzeptiert und abgelehnt. (Backes 2006: 214f) Obwohl hier vom Rechtsextremismus ausgegangen wurde, kann man diese Ablehnung der Demokratie und des Pluralismus als generelle Merkmale für den „Extremismus“ festhalten.

2.2.3 Strukturmerkmale

Wir haben nun ein paar verschiedene Ansätze gehört und manche Punkte wiederholen sich des Öfteren. Im Folgenden sollen auf weitere Erklärungsversuche vorgestellt werden und dabei können wir die Gemeinsamkeiten zusammenfassen. Eine wichtige Beschreibung haben wir wie oben beschrieben erörtert, wenn „Extremismus“ im Gegensatz zur Demokratie gesehen wird. Neben diesem Merkmal hat Everts weitere Strukturmerkmale ausgearbeitet, die für unser Verständnis hilfreich sind. Zu diesen Merkmalen zählen nach ihr „offensive und defensive Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus bzw. kategorischer Utopie-Verzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus und Aktivismus (Everts 2000: 79). In weiterer Folge kommt es bei extremistischen Ideologien zu einem Freund-Feind-Denken. Wie wir schon festgehalten haben, spricht Everts auch die Problematik der Abgrenzung an. Es wird vom Problem der Messbarkeit und der Trennschärfe gesprochen. (Everts 2000: 79-81). Weitere Strukturmerkmale von „Extremismus“ lassen sich bei Hans Bachem finden.

- „Dogmatische Aussagen über letzte, für alle verbindliche Werte, die selbst keine politische Relevanz besitzen. Solche Werte sind Volk, Rasse, Geschichtsgesetze, Treue usw.
- Stereotypisierung der Wirklichkeit. Verwendung des Freund/Feind-Schemas, Entwicklung von Konspirationstheorien, Fremdenhass.
- Ideologisch fixiertes politisches Programm. Das politische Programm wird aus wenigen dogmatischen Annahmen [...] deduziert. Es wird behauptet, für alle Sachfragen aus diesen wenigen Grundannahmen Lösungsmöglichkeiten eindeutig ableiten zu können.
- Ablehnung der bestehenden politischen Institutionen. Die Ablehnung wird begründet mit der geringen Effektivität und Unzulänglichkeit der bestehenden Institutionen.“ (Bachem 1970: 23, zitiert nach: Everts 2000: 83)

2.2.4 Was ist politischer Extremismus heute?

Am Anfang wollen wir uns kurz mit einer Frage beschäftigen, die auf dem ersten Blick einfach klingen mag. Was können wir als „politischen Extremismus“ heute verstehen? Wie schon erwähnt, weist der Begriff „Radikalismus“ eine längere, der Begriff „Extremismus“ eine kürzere historische Entwicklung auf. Wenden wir uns dem „politischen Extremismus“ im aktuellen Verständnis zu. Nach Backes entwickelte sich dieser Begriff im Rahmen der Auseinandersetzung der 68er-Bewegung mit dem Zweiten Weltkrieg. (Backes 2006: 225) Ähnlich sieht es Everts, die den Ausgangspunkt dieses Begriffes ebenfalls nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sah. (Everts 2000: 39) Diese Frage, was ist „Politischer Extremismus“ heute, stellte sich auch Steffen Kailitz in seiner Auseinandersetzung mit dem Extremismus in Deutschland. Wie wir schon festgestellt haben, beziehen sich viele auf das Gegensatzpaar Demokratie und Diktatur. Extremistisch sind jene Versuche nach Kailitz, die entweder eine Diktatur bewahren oder eine Diktatur errichten wollen. Kurz gesagt stellt der Extremismus nach Kailitz das Gegenpendant zur Demokratie dar. (Kailitz 2004: 15) Hans-Gerd Jaschke weist hier auf die Tatsache hin, dass das Gegensatzpaar Demokratie und Diktatur als Forschungsgegenstand in der Totalitarismusforschung einen großen Einfluss auch auf die Extremismusforschung hatte. (Jaschke 2006: 23) Dies führt uns wieder zu Arendt, bei der wir unseren Startpunkt für die Betrachtung von „Extremismus“ hatten.

Wir haben bei der Einleitung die Wortverwendung im alltäglichen Sprachgebrauch angeführt, in der kaum eine Unterscheidung zwischen „Radikalismus“ und „Extremismus“ getroffen wird. Hier weist Jaschke auf einen wichtigen Punkt hin, da die Verwendung des politischen Begriff „Extremismus“ eine gesellschaftliche Auswirkung hat. Im Sprachgebrauch wird dieser Begriff nach Jaschke als Mittel zur Aus- und Abgrenzung von politischen Gegnern benutzt. Mit dem Begriff wird eine Abweichung zur Norm in der politischen Diskussion ins Feld geführt. Das bedeutet, dass man einen anderen Begriff für diese Abgrenzung braucht. Hier kommt wieder die bekannte Dichotomie von Demokratie und Diktatur zum Tragen. (Jaschke 2006: 16) Backes beschreibt den „politischen Extremismus“ als einen Sammelbegriff, unter den man „jene Gesinnungen und Bestrebungen bezeichnen [kann], die für den Bestand demokratischer Verfassungsstaaten unverzichtbaren Werte (vor allem die Idee der Menschenrechte) und institutionellen Verfahrensregeln“ (Backes 2003b: 341) im Widerspruch stehen. Dies stellt einen guten Überblick dar, bei dem wir die verschiedenen Strömungen an den Enden der Links-

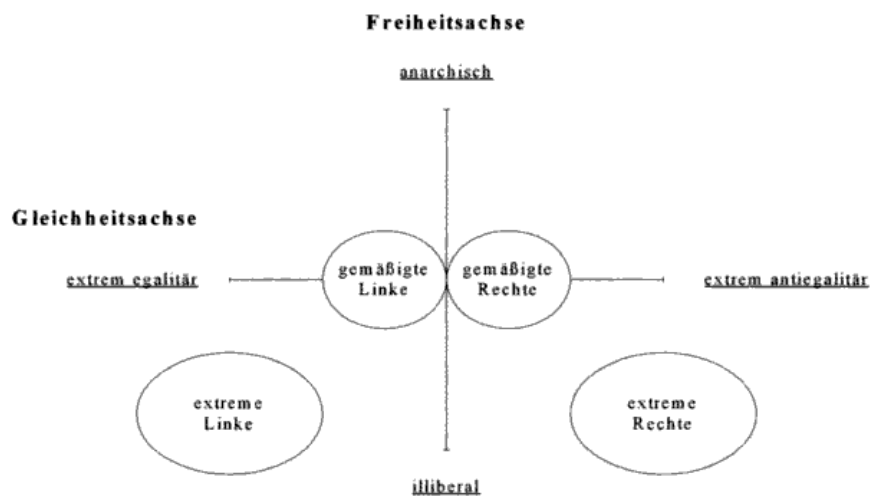
rechts-Skala berücksichtigen können. Einen Punkt sollten wir noch erwähnen, dass die „extremistischen“ Strömungen sich nach Backes im 20. Jahrhundert gegenseitig beeinflusst haben und neue „Formen“ hinzugekommen sind. Zu den „klassischen Strömungen“ gesellt sich nun seit mehr als 20 Jahren der Fundamentalismus, welcher an Bedeutung gewonnen hat. Man kann nicht von „dem“ „politischen Extremismus“ als ein homogenes Gebilde sprechen, vielmehr zeigt sich der „Extremismus“ in verschiedenen Ausprägungen und Variationen. Nach Backes kann der aktuelle „politische Extremismus“ offen und versteckt agieren, er kann sich legal in einem gesellschaftlichen Diskurs bewegen und Gewalt als Mittel zum Zweck einsetzen. (Backes 2003b: 341f) In diesem Bereich müssen wir den heutigen „politischen Extremismus“ betrachten, da „extremistische Gruppierungen“, wie gesagt, im Deckmantel des demokratischen Diskurses agieren.

2.2.5 „Extremismus“ und Radikalismus“ im erweiterten ideologischen Links-Rechts-Schemata nach dem zweiten Weltkrieg

Nach der Erörterung der Begriffe „Extremismus“ und „Radikalismus“ wenden wir uns wieder dem ideologischen Spektrum zu und betrachten weitere Ansätze, in denen wir „Extremismus“ und „Radikalismus“ beobachten können. Als erstes können wir auf Norberto Bobbio verweisen. Bei ihm steht das Gleichheitsprinzip im Vordergrund seiner Überlegung und anhand dieser lässt sich eine Analyse entwickeln. Die „politische Extremie“ stellt einen Gegensatz zur Vorstellung der Gleichheit dar, wobei Bobbio die Begründung ablehnt, dass eine politische Seite alles negiert und die andere Seite in allen Lebensbereichen die Gleichheit einfordert. Diese Sichtweise der Gleichheit wäre zu einfach und nicht aussagekräftig, wenn man nur auf diesen Unterschied reduzieren würde. Bobbio stellt fest, dass eine Verortung der verschiedenen Kräfte nur „relativ“ möglich ist. Backes beschreibt Bobbios Ansatz folgendermaßen: „Gruppe A betont das, was die Menschen einander gleich erscheinen lässt, bei der Beurteilung der Übertragung von Rechten und Pflichten stärker als Gruppe B – oder umgekehrt.“ (Backes 2006: 227) Ein wichtiger Punkt betrifft die Unterscheidung auf der Links-rechts-Achse. Je näher man der Mitte kommt, wo das Gros der politischen Kräfte in einer Demokratie sich befindet, desto schwieriger ist eine Bestimmung auf dieser Skala. Das deckt sich mit der Downs Theorie, die wir später ausführlich behandeln werden. Im Gegenzug bedeutet dies, je weiter man von dieser Mitte entfernt ist, desto leichter kann man eine Verortung anhand der Ideologie bzw. der geistigen Einstellung machen. (ebd.:) Ein weiterer Untersuchungsgegenstand stellt bei Bobbio das Verhältnis von „extrem“ und „gemäßigt“ dar. Man kann dabei un-

terscheiden zwischen dem Gegensatzpaar „freiheitlich“ und „autoritär“. Dabei gibt es sowohl auf der rechten wie auch auf der linken Seite diese Unterscheidung. Das bedeutet, es gibt nach Bobbio eine autoritäre Linke und Rechte, wie auch eine freiheitliche Linke und Rechte. Dies kann man nach Bobbio in einer zweidimensionalen Darstellung des politischen Raumes verdeutlichen. Im Folgenden wollen wir uns näher mit dieser Verortung auseinandersetzen. In unserer Arbeit haben wir schon die historische Einteilung des Links-rechts-Schemas kennengelernt. Bobbio erweitert dieses Modell und verwendet nun eine Gleichheits- und Freiheitsachse.

Abbildung 1 Zweidimensionale Darstellung des politischen Raumes nach Bobbio

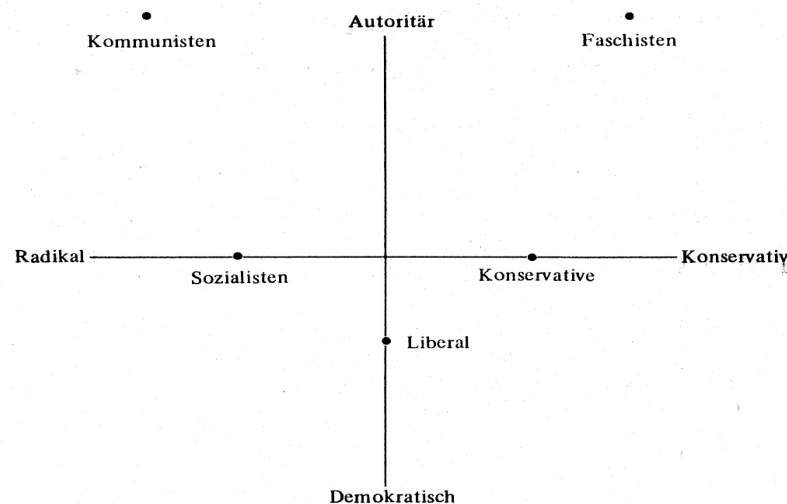


Quelle: Backes 2006: 228.

Man kann dabei von vier Bereichen sprechen, so nach Backes. Der erste Bereich, den er skizziert, stellt die „extreme Linke“ dar, welche als egalitär und autoritär beschrieben werden kann. Als Beispiel dafür wird das Jakobinertum genannt. Die nach Backes „Linke Mitte“ bzw. die „gemäßigte Linke“ kennzeichnet sich durch eine egalitäre Haltung, weist aber gleichzeitig freiheitliche Merkmale auf. Ein Beispiel dafür wäre so der Autor die Sozialdemokratie. Die „gemäßigte Rechte“ weist ebenso freiheitliche Merkmale auf, aber ist antiegalitär. Zu dieser Seite kann man die sogenannten „konservativen“ Parteien zählen. Der letzte Bereich ist die „extreme Rechte“. Hier finden wir antiliberalen und antiegalitären Bewegungen wie nach Backes der Faschismus oder der Nationalsozialismus. (Backes 2006: 226-228) Diese Aufteilung des politischen Raumes nach Backes und Bobbio bleibt nicht ohne Kritikpunkte. Carmen Everts formuliert die Kritik dahingehend, dass man nicht alle politischen Parteien über einen „Kamm“ scheren kann und dies trifft auch

bei der „Extremismusbestimmung“ zu. Nach Everts wurde der „Extremismus“ auf der linken Seite des ideologischen Spektrums nicht genügend untersucht. (Everts 2000: 101f) Bobbio bezog sich in seinem Modell auf die Darstellung von Hans Jürgen Eysenecks „Zweidimensionale Darstellung des politischen Spektrums“. Dieses Modell können wir nun betrachten und dabei werden wir feststellen, dass eine ideologische Standortbestimmung nicht ohne Kritik bleibt.

Abbildung 2 Zweidimensionale Darstellung des politischen Spektrums nach Eyseneck.



Quelle: Everts 2000: 115.

Die beiden Achsen bestehen aus dem Gegensatzpaar „Demokratisch – Autoritär“ und „Radikal – Konservativ“. Entlang dieser Achsen kann man nun die „Ideologien“ verorten. Der Schnittpunkt beider Achsen wäre quasi der „politische Nullpunkt“, indem keine Ideologie dominant ist bzw. eine „Ideologiefreiheit“ herrscht. Sehr interessant erscheint die räumliche Positionierung in dieser Darstellung. Am weitesten von der Mitte entfernt befinden sich die Kommunisten und die Faschisten. Die sozialistischen und konservativen Parteien würden jeweils in der Nähe ihres Poles befinden, wobei diese Kräfte weniger „demokratisch wären“ als liberale Parteien. Diese räumliche Anordnung muss kritisch betrachtet werden und wir können uns der Kritik von Everts anschließen, da nach ihrer Meinung die Begriffswahl von radikal und konservativ für die Links-rechts-Unterscheidung nicht geeignet erscheint. Einerseits gibt es eine willkürliche Einteilung der politischen Parteien und andererseits gibt es eine unterschiedliche Abstufung in der demokratischen Gesinnung auf der Achse „Autoritär“ und „Demokratisch“. Wie beschrieben wäre eine liberale Partei „demokratischer“ als eine konservative bzw. eine so-

zialistische Partei. Diese Behauptung können wir wie Everts nicht unterstützen. Weiteres wird von Everts angeführt, dass diese Verknüpfung mit der Achse „Demokratie“ und „Autoritär“ zu einer falschen Zuordnung führt. Vielmehr sollte man auf das Grundverhältnis von Demokratie und Extremismus konzentrieren und das Links-rechts-Denken in den Hintergrund verschieben, denn die vielen Einflussfaktoren könnten in so einem Koordinatensystem gar nicht dargestellt werden. (Everts 2000: 115-119) Diese Kritik erscheint ebenfalls an diesem Modell angebracht zu sein, wobei die Reduktion von komplexen Prozessen in einem Modell oft Diskussionen aufwirft. Aus dieser kurzen Betrachtung können wir erkennen, dass die Verortung der Begriffe „Extremismus“ und „Radikalismus“ im politischen Spektrum nicht einfach ist und verschiedene Sichtweisen existieren, die kritisiert werden können.

2.3 Wahlentscheidung nach Downs

Nachdem wir uns mit der Verortung der verschiedenen Ideologien, des „Radikalismus“ und „Extremismus“ beschäftigt haben, werden wir uns näher mit einem Punkt beschäftigen, der für das Funktionieren einer Demokratie unerlässlich ist – die Wahl. Eine wichtige Ausgangsthese hat Anthony Downs bezogen auf die Wahlentscheidung in Demokratien aufgestellt, auf die wir uns berufen werden. Downs gilt als einer der Begründer der Wahlforschung und es steht außer Frage, dass die „freie“ Wahl ein wesentliches Merkmal einer Demokratie ist. Wenn man dies, wie Downs, nun aus einem ökonomischen Aspekt betrachtet, dann müssen die wahlwerbenden Parteien sich um die Stimmen der Wähler bemühen. Auf der anderen Seite müssen die Wähler „ihre“ optimalste Wahl treffen, bei welcher Partei sie am meisten profitieren können. Wir haben die Annahme vertreten, dass durch die Medien die Wahlentscheidung beeinflusst werden kann. Hier muss erwähnt werden, dass Downs sich auf demokratische Regierungsformen bezieht und daher können wir auch nur in unserer Arbeit auf die demokratische Periode der Ersten Republik eingehen. Als erstes werden wir die Ausgangsthese von Downs vorstellen und dann erscheinen die Wahlentscheidung und die Motive des Wählers für uns verständlicher. Es kann nach Downs gesagt werden, dass „die Parteien auf Stimmenmaximierung hinarbeiten, und das Postulat, daß sich die Bürger in der Politik rationalen“ (Downs 1968: 293) kann angenommen werden. Dies stellt für unsere Arbeit eine sehr wichtige Grundannahme dar.

2.3.1 Wähler bei Downs

Nach Downs stellt der Wähler ein rationales Wesen dar. Wie das gesamte System strebt der Wähler eine „Gewinnmaximierung“ an und die Wahlentscheidung wird anhand verschiedener Möglichkeiten getroffen. Ein zentrales Entscheidungsmerkmal stellt das Parteiendifferential nach Downs dar. Man muss nun kurz klären, was Downs unter diesem Begriff annimmt. Kurz gesagt stellt das Parteiendifferential das Ergebnis der Abwägung des Nutzwertes für den Wähler zwischen Partei A und Partei B dar. Befassen wir uns nun näher mit den verschiedenen Möglichkeiten, wie der Wähler nach Downs zu seiner Wahlentscheidung kommen kann und dabei kann man verschiedene Wählertypen erkennen. Als erstes wird der aktuelle Nutzen des herrschenden Systems mit dem Nutzen der alternativen Opposition verglichen, welche anstatt des aktuellen Systems geherrscht hätte. Dadurch wird eine Präferenz erstellt. Eine weitere Unterscheidung lässt sich zwischen Zwei- und Mehrparteiensystemen machen. Beim Zweiparteiensystem wird die Partei, die dem Wähler am meisten zusagt gewählt. Bei einem Mehrparteiensystem stehen dem Wähler verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung. Der Wähler kann für seine favorisierte Partei stimmen, wenn sie für ihn eine logische Gewinnchance hat. Wenn dies nicht der Fall ist, also wenn seine bevorzugte Partei keine Chance zum Gewinnen hat, dann wird der Wähler für die Partei stimmen, die eine reale gute Chance hat, nur um die Partei am Sieg zu hindern, die ihm gar nicht sympathisch ist.

Ein anderer Wählertypus kann nach Downs zukünftige Wahlkonstellationen im Kopf haben. Durch die Stimmabgabe für eine Partei kann der Wähler die zukünftige Chance der bevorzugten Partei verbessern. Es gibt auch die Wahrscheinlichkeit, dass der Wähler keine Präferenz für eine Partei hat. Dies wird bei Downs dahingehend beschrieben, wenn eine Oppositionspartei mit der regierenden Partei den ersten Platz stellt, dann führt dieser Sachverhalt zu zwei bestimmten Reaktionen beim Wähler. Einerseits enthält sich der Wähler der Stimme, wenn beide Parteien an der gleichen Stelle sich befinden, aber sonst verschiedene Ansichten vertreten. Wenn beide die gleichen Ansichten vertreten, dann wird wieder abgewogen. War die Leistung der aktuellen regierenden Partei besser als mit der zu erwarteten, dann wird die regierende Partei die Stimme erhalten, wenn nicht dann die Alternative. Kann keine Differenz ausgemacht werden, dann wird keine Stimme abgegeben. (Downs 1968: 48f) Als generellen Unterschied zwischen Zwei- und Mehrparteiensystemen können wir festhalten, dass nach Downs der Unterschied darin begründet liegt, dass in einem Mehrparteiensystem die Parteien versuchen sich voneinander ideolo-

gisch abzugrenzen, wohingegen in einem Zweiparteiensystem eine Annäherung der Parteien stattfindet. (vgl.: Downs 1968: 123)

2.3.2 Ökonomische Begründung der Ideologie nach Downs

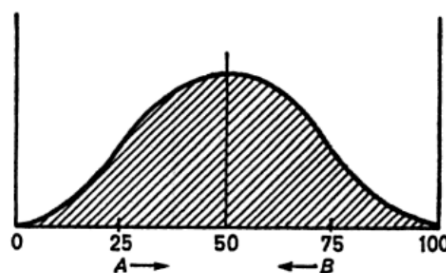
Wir haben uns schon mit dem Links-rechts-Schema und der Standortbestimmung der verschiedenen „Ideologien“ beschäftigt. Nach dem ökonomischen Gesichtspunkt nach Downs versucht jede Partei sich am ökonomischsten zu verkaufen und strebt in der Regel die Regierungsausübung an. Downs wirft nun die Frage auf, wie passen die verschiedenen „ideologischen Strömungen“ in dieses Konzept. Dabei wird auf die „Ungewissheit“ verwiesen. In einem System, in dem alle Informationen für den Wähler vorhanden sind, kann die Wahlentscheidung leichter als in einem ungewissen System getroffen werden. Mit einer „Ungewissheit“ sind Kosten für den Wähler verbunden und hier kommt die „Ideologie“ ins Spiel. Downs kurze wie auch prägnante Schlussfolgerung sieht die Ideologie „als Waffe im Kampf um das Regierungsamt“. Im Kampf um die Stimmen braucht es erkennbare Unterschiede, wie eine „Ideologie“ oder ein Wahlprogramm, die den Wähler motivieren eine gewisse Partei zu wählen. Ein Wähler sieht sich mit einem gewissen Faktor einer „Ungewissheit“ konfrontiert, man braucht hier nur auf die Komplexität der Politik verweisen. Nach Downs fungiert die „Ideologie“ als „Wegweiser“ für den Wähler. Eine gewisse Ideologie beinhaltet verschiedene Standpunkte, Werte und Erwartungen, die es dem Wähler ermöglicht ohne großen Aufwand eine Wahl zu treffen. Hier treten wieder die Kostenersparnis und die Abwägung von Nutzen und Aufwand aufeinander. Man kann als Wähler eine Partei aufgrund ihrer Ideologie wählen oder durch entsprechenden Einsatz von „Mitteln“ Informationen sammeln, um die politische Faktenlage zu klären und daraus kann eine Entscheidung abgeleitet werden. Ändert man den Standpunkt und betrachtet die Partei, dann stellt die „Ideologie“ für eine Partei ein kostengünstiges Mittel dar, um jene Wähler zu erreichen, die nach dem Gesichtspunkt von Ideologien wählen. (Downs 1968, 93 - 97) Dabei stellt Downs einen Leitfaden für die „Ideologie“ auf, wenn er formuliert: „[...] diese Ideologie [muss] in sich widerspruchsfrei sein und darf auch nicht mit der konkreten Politik der Partei in Widerspruch geraten.“ (Downs 1968: 97)

2.3.3 Dynamisches Wahlverhalten und „Lagerbildung“

Wir haben nun festgestellt, dass der Wähler und die zu wählende Partei verschiedene Entscheidungsmöglichkeiten haben. Eine für die Arbeit ebenfalls sehr bedeutende Fest-

stellung von Downs besagt, dass es zu bestimmten Konstellationen kommen kann, die auf bestimmte Entscheidungen der Parteien beruhen. Dieser Punkt ist deshalb von Interesse, da wir erst die Möglichkeiten der Wählerverteilung betrachten müssen, um die damit einhergehende Schlussfolgerung verstehen können. Diesen Ansatz von Downs können wir dann mit den Wahlen in der Ersten Republik verbinden. Downs bezog sich auf eine These von Harold Hotelling, der die Annahme vertrat, dass „in einem Zweiparteiensystem jede Partei durch die Konkurrenz dazu gebracht würde, sich ideologisch auf ihre Gegnerin zuzubewegen“ (Downs 1968: 113). Das Ziel wäre die Anhänger der anderen Partei für sich zu gewinnen. Diese potenziellen Wähler würden sich tendenziell in der Mitte des ideologischen Spektrums befinden und leichter als die Wähler an den Enden des politischen Spektrums zu überzeugen zu sein. Ein anderer Effekt wäre, dass die „extremistischen“ Enden der Skala vermindert würden, da die Wählerschicht der Mitte von den „Extremen“ abgestoßen würde. Diese Annahme baut Downs weiter aus. Eine wichtige Veränderung stellt die variable Verteilung der Wähler da. Er geht davon aus, dass das Wahlverhalten sich einer Normalverteilung annähert.

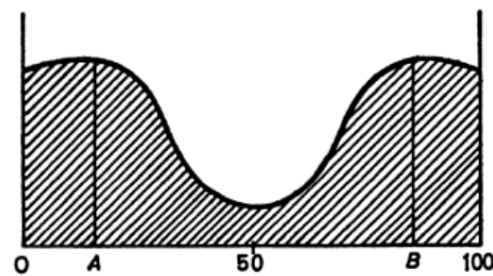
Abbildung 3 Normalverteilung in einem Zweiparteiensystem.



Quelle: Downs 1968: 114.

Wie man an der Grafik deutlich erkennt, findet eine Bewegung in Richtung Mitte, erkennbar an den Partei A und B, statt, da dort das größte Wählerpotenzial vorhanden ist. Der damit einhergehende Verlust an „extremen“ Wählerschichten an den Enden der Skala wird von den Parteien in Kauf genommen, da der Stimmenzugewinn in der Mitte höher als der Verlust an den Enden wäre. Dieses Modell von einem Zweiparteiensystem kann unter bestimmten Umständen eine andere Form annehmen. Diese alternative Wählerverteilung stellt ein wichtiger Punkt dar. Wenn man wieder von der gleichen Ausgangsposition der zwei Parteien ausgeht, kann diese Wählerverteilung nach Downs einer „bimodalen“ Verteilung ähneln, was quasi das Pendant zur Normalverteilung wäre.

Abbildung 4 „bimodale“ Wählerverteilung.



Quelle: Downs 1968: 115.

Im Blickfeld der Wählermaximierung würde eine Richtungsverschiebung hin zur Mitte mehr Wähler von den „extremen“ Enden kosten als der Zugewinn in der Mitte. Downs argumentiert die „Motive“ der Wähler folgendermaßen. Der Wähler verhält sich in seinem System rational, das gilt auch für die Wähler, die sich am Ende des ideologischen Spektrums befinden. In einem Zweiparteiensystem würde der Wähler keine Partei unterstützen. Da es aber Unterschiede, egal wie groß, gibt, wäre der Wähler gezwungen die Partei zu wählen, die ihm am „nächsten“ liegt. Eine Enthaltung der Stimme kommt in diesem Modell dem Wähler nicht in den Sinn. Nach Downs geht dieser „Zwang“ zu wählen soweit, „gleichgültig, wie verabscheuungswürdig deren [die zu wählende Partei] Politik ihnen im Vergleich zu der Politik ihrer idealen Regierung“ (Downs 1968: 115) erscheint. Es wird einfach dem kleineren Übel dem Vorzug gegenüber dem für sie empfundenen größeren Übel gegeben. Es gibt aber nach Downs eine Ausnahme von diesem Beispiel. Wenn der Wähler zukunftsorientiert handelt, dann kann er sich der Stimme enthalten. Es lässt dabei die ihm „schlechter erscheinende“ Partei gewinnen, um eine Annäherung der von ihm präferierten Partei in Richtung Mitte zu verhindern, „damit sie ihnen in künftigen Wahlen näher steht“ (ebd.).

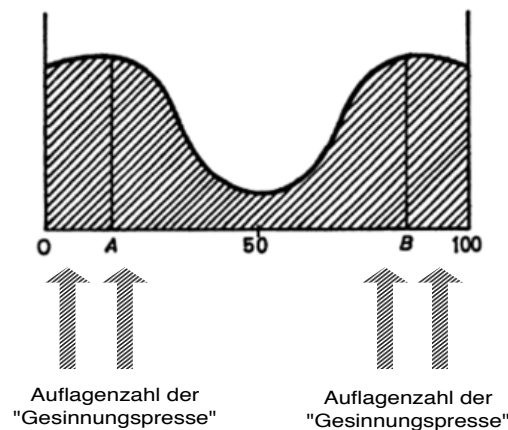
Diese Konstruktion von Downs besteht auf der Annahme, dass der Wähler in einer „Gewissheitswelt“ (Downs 1986: 116) lebt, in der alle relevanten Fragen geklärt sind. In einer „ungewissen Welt“ vergrößert sich die Stimmenthaltung bei extremen Wählergruppen, wenn ihre favorisierte Partei sich auf den Gegner zubewegen würde. Eine weitere These stellt Downs auf, wenn er behauptet, dass im Falle eines Zweiparteiensystems die Siegerpartei sich einer Politik bedient, „die der Ideologie der anderen Partei radikal entgegengesetzt ist“ (ebd.). Diese Bewegung ist verständlich, da sich beide Parteien am Ende des jeweiligen Spektrums befinden. Eine weitere Schlussfolgerung von Downs, die wir nachvollziehen können, besteht in der Aussage, dass dieses demokratische Konstrukt

auf Dauer sehr instabil wird und in einem Chaos enden würde. Da die politische Mehrheit am Ende des jeweiligen ideologischen Spektrums befindet, fehlt es an einer Mitte, die eine stabilisierende Wirkung ausüben könnte. Der Endeffekt wäre, dass es nach Downs zu einer Revolution kommen müsse. (Downs 1968: 112-116) Kurz zusammengefasst besteht das Problem also darin, dass es in diesem Modell keine Mitte besteht, und das, wenn beide Parteien sich am jeweiligen Ende des Spektrums befinden, diese sich nicht aufeinander zubewegen und Koalitionen erscheinen in diesem Fall als nicht möglich. Es kommt dadurch zu einer politischen Instabilität, die in einem Umsturz des politischen Systems gipfelt. Diese Annahme geht von einem Zweiparteiensystem aus. Aber in Österreich gab es mehr als zwei Parteien. Nun stellt sich die Frage, wie sehr können, und müssen wir die anderen, kleinen Parteien der damaligen Zeit berücksichtigen. Welche Rollen übernahmen die kleinen Parteien in unserem Betrachtungszeitrahmen und können diese als relevant angesehen werden. Diese Frage werden wir im Kapitel 3 „Erste Republik – politische Situation Österreichs nach 1918“ näher betrachten. Man kann aber kurz die Parteienlandschaft der Ersten Republik dahingehend skizzieren, dass es zwar mehr als zwei Parteien auf der politischen Bühne existiert haben, aber erstens die Sozialdemokraten mit den Christlichsozialen bei Weitem die größten Parteien waren und zweitens die vielen politischen Parteien sehr wohl in zwei politische Lager einteilbar waren.

2.3.4 Erweiterung des Modells nach Downs

Wir haben die These aufgestellt, dass die politische Landschaft der Ersten Republik sich in Downs Wählerverteilung widergespiegelt hat. Das wichtigste Massenmedium der Ersten Republik war die Tageszeitung und spielte eine unverzichtbare Rolle bei der Konstruktion und Vermittlung einer politischen Öffentlichkeit. Wir stellten schon die These auf, dass das Massenmedium „Tageszeitung“ einerseits die polarisierte politische Gesellschaft widerspiegelte, und andererseits aktiv die Polarisierung mitunterstützte. Die „bimodale“ Wählerverteilung nach Downs können wir um diesen Punkt erweitert und würde so aussehen:

Abbildung 5 selbsterstellte Grafik nach Downs „bimodale“ Wählerverteilung und polarisierte Presse



Quelle: Downs 1968: 115, mit eigener Ergänzung.

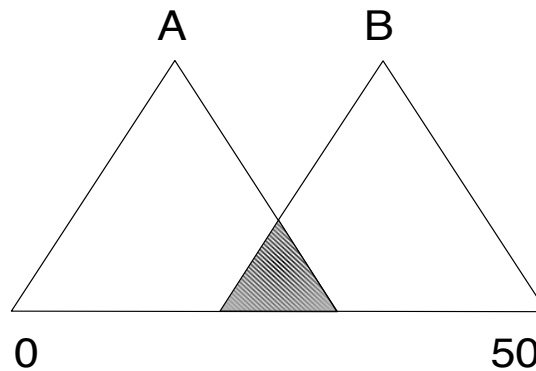
Die Tageszeitungen können wir zu einem großen Teil einer politischen Gesinnung zurechnen. Wir möchten nicht allzu weit vorgreifen, aber wenn wir bei Downs bleiben, agierte die Tagespresse unter ähnlichen Gesichtspunkten wie die Parteien, nämlich der Gewinnmaximierung, und da die Presse eine enge Bindung mit den Parteien hatte, folgte sie dem Trend einer Polarisierung.

2.3.5 Polarisierung nach Sartori

Nun kommen wir zu Giovanni Sartori, der sich mit dem Ansatz von Downs auseinandersetzte und dabei hilfreiche Ergänzungen liefert. Sartori sieht diese Entwicklung der Polarisierung in einem Zweiparteiensystem als eine Entwicklung an, die von einer Wahl zur nächsten Wahl vonstattengeht und dementsprechend ein Entwicklungsprozess darstellt. Wir haben Downs „bimodale Wählerverteilung“ näher erläutert. Nun setzt Sartori hier an und führt Downs Ansatz weiter aus. In einem normalen System herrscht der Stimmenfang in der Mitte des politischen Spektrums aber es kann vorkommen, dass dieser „zentumsgeführte“ Stimmenfang für manche Parteien uninteressant erscheint, da diese in der Mitte keine Stimme, aber sehr wohl am Ende des politischen Spektrums bekommen können. (Sartori 1976: 344) Sartori sieht bei der Wählerverteilung keine „bimodale“ Kurve, sondern vielmehr verwendet er zwei sich überschneidende Dreiecke⁴.

⁴ Sartori begründet seine grafische Darstellung mit: „I use triangles instead of curves because my argument does not presuppose any particular curve of the voters' distribution of preferences“. (Sartori 1976: 345)

Abbildung 6 „Two-party competition“ nach Sartori



Quelle: Sartori 1976: 345

In diesem System gibt es wie bei Downs mit A und B zwei politische Parteien und zwischen diesen beiden Punkten herrscht der politische Wettbewerb um die Mitte, so lange, bis eine Partei erkennt, dass sie in der absehbaren Zukunft keine reale Möglichkeit auf den Sieg hat. Sartori folgert daraus, dass die unterlegene Partei sich von der Mitte entfernt wird und eine oppositionelle Strategie verfolgt. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass beide Parteien sich in zwei „abgeschlossene Systeme“ verwandeln und man hätte nach Sartori „a stalemate, not a state of competition“ (Sartori 1976: 346). Damit würde der politische Diskurs verhindert werden und es kommt zur politischen Lähmung. Sartori liefert vier notwendige Voraussetzungen, unter dem Downs Ansatz vom Zweiparteienwettbewerb möglich erscheint. Die unentschlossenen Wähler müssten sich in der Mitte befinden, dann müsste das System die „richtige Klassifizierung“ haben, also keinem prädominierenden System entsprechen. Als nächstes müssen die beiden Parteien im gleichen politischen Raum ihren Stimmenfang bestreiten und zum Schluss muss eine der Parteien die Mehrheit gewinnen können. (Sartori 1976: 345f)

2.3.6 „Polarized pluralism“ und „multipolar competition“ nach Sartori

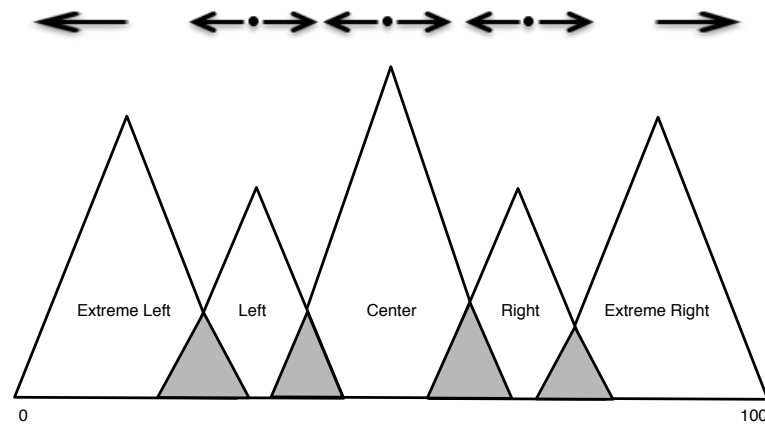
Sartori liefert mit seiner Beschreibung des „polarized pluralism“ und „multipolar competition“ interessante Ansätze, die wir für die politische Landschaft der Ersten Republik betrachten können. Ein „polarized pluralism“ System weist ca. 5 Parteien auf, die mehr oder weniger ideologisch weit auseinanderliegen. Das erste Merkmal wäre das Vorhandensein von Anti-System Parteien („anti-system parties“), die eine gewisse Bedeutung im politischen System aufweisen müssen. Das waren nach Sartori die Kommunisten oder Faschisten. Das zweite Kennzeichen wäre das Vorhandensein von einer linken und einer rechten Opposition („bilateral oppositions“), die unterschiedlich und nach Sartori inkom-

patibel wären. Das nächste Merkmal wäre die Existenz einer Partei im Zentrum des politischen Spektrums und dies würde eine zentrifugale Tendenz in Richtung gemäßigte und extremistische politischen Kräften begünstigen. Darauf würde das nächste Merkmal aufbauen, nämlich eine Polarisierung. Sartori spricht von: „Its lateral poles are literally two poles apart, and the distance between them covers a maximum spread of opinion.“ (Sartori 1976: 135). Das fünfte Merkmal wäre die Vorherrschaft einer zentrifugalen Bewegung über der zentripetalen Bewegung. Wählerstimmen würden von der Mitte in Richtung der extremeren Parteien abwandern. Die sechste Entwicklung in einem „polarized pluralism“ wäre eine stärkere Ausprägung bzw. Herausbildung einer „Ideologie“ („ideological patterning“), was mit einer ideologischen Aufladung verbunden ist. Das vorletzte Merkmal wäre nach Sartori das Fehlen eines politischen Wechsels in der Machtausübung. Das würde dazu führen, dass es zu keinem Machtwechsel zwischen der Zentrumsparterie mit einer Oppositionspartei kommen würde. Dies hätte zur Folge, dass die oppositionellen Parteien sich „(semi-) irresponsible“ also nach Sartori verantwortungslos verhalten würden und es gäbe keine Identifikation mit dem politischen System. Wenn die Oppositionspartei im Klaren ist, dass sie nie eine Möglichkeit auf Regierungsbeteiligung hat, dann wird ihre verfolgte Politik gegen das System sich richten. Das letzte Merkmal wäre eine „politics of outbidding“. Dabei werden mehr Erwartungen und Versprechen gemacht, als die jeweilige Partei selber leisten könnte. (Sartori 1976: 132-140)

Wir haben bei Downs festgehalten, wenn es zu einer „umgekehrten bimodalen“ Wählerverteilung kommt, dann führt dies zur Instabilität des politischen Systems und dies zeigt sich in einer Polarisierung in zwei Lager. Nun liefert Sartori mit „multipolar competition“ einen interessanten Ansatz, warum es zu einer Polarisierung kommen kann. Dabei baut Sartori auf seiner These eines polarisierten Pluralismus auf und die Ausgangslage besteht aus fünf Parteien, einer sehr starken Ideologie und dem Fehlen von Konsens. Der Parteienwettbewerb um die Wählerstimmen ist nicht mehr zur Mitte gerichtet, sondern orientiert sich an den ideologischen Enden des Spektrums, was bei Sartori mit einer zentrifugalen Tendenz beschrieben wird. Die in der Mitte sich befindende Partei bzw. Lager versucht nun gegen die auf der linken und rechten Seite positionierten Kräfte mit einer zentrifugalen Bewegung entgegen zu wirken. Die moderaten Parteien stehen vor dem Problem, dass sich diese zwischen der Zentrumsparterie und der jeweiligen extremistischen Partei in der Opposition befinden und nach Sartori wären diese in diesem Bereich „gefangen“ und können daher nicht flexible agieren. (Sartori 1976: 349f) Sartori schlussfol-

gert für diese Parteien: „This means that their positioning does not allow them to exert any decisive influence on the ultimate trends of the polity“. (Sartori 1976: 350)

Abbildung 7 „multipolar competition“ nach Sartori



Quelle: Sartori 1976: 349.

Wenn wir diesen Ansatz von Sartori weiterverfolgen, können wir weitere Entwicklungsmöglichkeiten annehmen. Für die moderaten Parteien kann diese zentrifugale Bewegung negative Auswirkungen haben, da dies bedeuten würde, dass die moderaten Parteien Wähler an die Zentrums- und an die extremen Parteien verlieren können und im schlimmsten Fall zwischen diesen beiden „aufgerieben“ werden könnten. Es kommt nun darauf an, wie diese Verschiebung der Stimmen zugunsten eines Lagers vor sich geht, denn die Wähler könnten auch zum Großteil zu den extremen Parteien oder auch zur Zentrums- und zur Zentrums-Partei gehen. Die in der Grafik grau markierten Teile würden die Wechselwähler beschreiben. Es besteht die Möglichkeit, wenn die zentrifugale Bewegung groß genug wird, dass so viel Wähler in das linke und rechte extreme Lager wechseln, dass das Zentrum in Gefahr gerät, da die Mehrheit der Wähler in diesen extremen Lagern zu finden wäre, wie im Falle der Weimarer Republik. Sartori spricht selber davon, dass diese Form unter anderem auf die Weimarer Republik angewandt werden kann und dient als Beispiel. Wenn wir diese Punkte betrachten, stellten wir fest, dass einige Punkte auf die Erste Republik zutreffen und andere wieder nicht. Die Erste Republik hatte gewiss ähnliche Verläufe, wie die Weimarer Republik und einige Entwicklungen können wir auch in der Ersten Republik wieder erkennen, aber es gab auch Unterschiede, die eine vollständige Übernahme der Ansätze eines polarisierten Pluralismus oder „multipolar competition“ als nicht anwendbar erscheinen lassen. Wir müssen uns die Frage stellen, ob es eine „Zentrums- und Zentrums-Partei“ gab, die sich in der ideologischen Mitte befunden hat. Für die Erste Republik

können wir sagen, dass es keine im Sinne von Sartori gegeben hat. Die christlichsoziale Partei mit ihren Koalitionspartnern war alles andere als in der ideologischen Mitte zu verorten. Auch gab es nur aufseiten der Rechten „anti-system“ Parteien, die das politische System abgelehnt haben. Die Sozialdemokraten setzten sich für das Bestehen der demokratischen Republik ein. Es gab eine sehr stark ideologisch aufgeladene politische Landschaft, die am Ende der Ersten Republik aus drei politischen Lagern bestanden hat.

Das „Zweiparteiensystem“ macht in diesem Punkt mehr Sinn, wenn wir dieses als System von zwei politischen Lagern betrachten, die wir mit Merkmalen von „polarisierten Pluralismus“ und „multipolar competition“ ergänzen. Wir könnten dies als „bipolaren polarisierter Pluralismus“ bezeichnen. Die zentrifugale bzw. zentripetale Richtung der Wähler geht nicht von heute auf morgen vonstatten, denn, wenn wir Downs miteinbeziehen, stellt dies ein Prozess über verschiedene Wahlgänge dar. Der Wähler wägt bei jeder Wahl seine Entscheidung aufs Neue ab. Wenn es zu einer zentrifugalen Bewegung kommt, müssen wir die „moderaten Wähler“ beachten, die ja wie beschrieben zwischen den großen „Lagern“ bei einem „multipolar pluralism“ bzw. „polarisierten Pluralismus“ stehen. Wenn man Sartori und Downs beachtet, dann tendieren diese Wähler bedingt der zentrifugalen Bewegung zu den extremen Parteien am Ende des ideologischen Spektrums. Wenn es eine zentripetale Bewegung gäbe, würden diese „moderaten“ Wähler bzw. die von diesen Wählern vertretene Partei zur Mitte tendieren. Das wäre ein moderater Pluralismus nach Sartori.

2.3.7 Anmerkungen zu Downs Ansatz

Zum Schluss soll nun kurz ein paar kritische Anmerkungen zum Ansatz von Downs gemacht werden. Downs sieht den Prozess der Wahl und die damit verbundenen Akteure nur aus einem ökonomischen Aspekt heraus. Im Laufe der Auseinandersetzung mit Downs haben wir festgestellt, dass die Ideologie für die Partei nur zur ökonomischen Gewinnmaximierung dient. Des Weiteren werden Parteien nicht als Vertreter der Wähler oder von bestimmten politischen Gruppierungen angesehen, sondern die Motive der Werbung um die Wählergunst werden nur aus ökonomischen Gründen gesehen. (Downs 1968: 93). Inwieweit man die politische Weltanschauung als Werkzeug für die „Gewinnmaximierung“, für das Erreichen von „Macht“ angesehen werden kann, muss mit einem großen Vorbehalt gestellt werden.

Wenden wir uns einem anderen Kritikpunkt zu, den Manfred Schmidt anführt, der für uns verständlich erscheint. Kurz gesagt wird die „Einfachheit“ bei Downs Annahmen kritisiert. Schmidt lieferte dabei interessante Punkte, die wir hier kurz betrachten möchten. Ein Kritikpunkt betrifft die Reduktion der Komplexität der politischen Realität. Denn nach Schmidt kann man das komplexe politische System nicht einfach auf ein einfaches Links-rechts-Schema reduzieren. Darauf aufbauend setzt Schmidt die Kritik an Downs Theorie der Wahlentscheidung in weiterer Folge fort. Seine Theorie sei einfach nicht komplex genug und es werden etwa für Schmidt wichtige Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten nicht berücksichtigt. Dazu zählen unter anderem die Parteienidentifikation, die Wertschätzung des politischen Kandidaten durch den Wähler oder die sozialstrukturelle Bindung des Wählers. Diese „Vereinfachung“ wird nach Schmidt auch auf das politische System an sich angewandt. Dabei werden politische Institutionen und Vorgänge außen vor gelassen, die neben der Regierung und im Vorfeld von Wahlen agieren. (Schmidt 2010: 202, 208) Diese Kritik der Einfachheit können wir nachvollziehen aber wir sehen in dieser Reduktion der Komplexität einen Vorteil für das Sichtbarmachen der politischen Entwicklung.

2.4 zusammenfassende Betrachtung

Wir können nun kurz die wichtigsten Punkte aus diesem Kapitel zusammenfassen. Wir versuchten den Unterschied zwischen den „Radikalismus“ und „Extremismus“ festzuhalten, wobei wir feststellen mussten, dass eine gesonderte Betrachtung ohne wechselseitige Miteinbeziehung, als nicht sinnvoll erscheint. Wir können aber sagen, dass „Radikalismus“ als Begriff älter als der Begriff „Politischer Extremismus“ ist und letzterer am Ende des jeweiligen politischen Spektrums verortet werden kann. Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal stellt die Grundablehnung der Demokratie dar und die physische Gewalt scheint nicht nur ein Mittel, sondern ein wesentlicher Kern beim „Extremismus“ zu sein. Hierbei muss man aber eine weitere Unterscheidung treffen, da beim „aktuellen Extremismus“ die physische Gewalt nicht mehr so im „Vordergrund“ steht und wenn „extremistische Parteien“ einen Aufruf zur Gewalt machen, dann im geheimen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit, was vor dem Zweiten Weltkrieg anders zu beobachten war. Wir können weiteres festhalten, dass der Begriff „Extremismus“ einer Veränderung im Sprachgebrauch nach dem Zweiten Weltkrieg durchlief. Wie eingangs erwähnt wird der Begriff „Politischer Extremismus“ auch auf jene Parteien angewandt, die wenn wir den Begriff historisch betrachten, eher „radikal“ zu bezeichnen wären. „Politischer Extre-

mismus“ wird vor allem als „Rechtsextremismus“ in der heutigen öffentlichen Diskussion wahrgenommen, wobei sogenannte „rechtsextreme Parteien“ sich heute an die demokratischen Spielregeln halten, diese Grenze aber dabei manchmal sehr stark ausloten. „Radikalismus“ und „Extremismus“ streben beide eine Veränderung des Istzustandes an, aber im Falle des „Extremismus“ wird auf einen geordneten Ablauf verzichtet und der Sollzustand gleich eingefordert. Eine weitere treffende Beschreibung liefert Backes, bei dem der „Extremismus“ einen politischen absoluten Wahrheitsanspruch stellt und eine Monopolstellung vertritt und damit wendet sich der „Extremismus“ gegen den Pluralismus, denn andere politische Ansichten werden einfach nicht geduldet. In weiterem Sinne bedeutet dies auch eine Ablehnung der Prinzipien des demokratischen Staates. Eine genauere Unterscheidung trennt die Begriffe „Extremismus“ und „Radikalismus“ dahingehend, dass der „Extremismus“ die Demokratie wie oben beschrieben ablehnt, der „Radikalismus“ die Methoden der Demokratie verneint. (Backes 2006: 231f) Die Auseinandersetzung mit den Begriffen „Extremismus“ und „Radikalismus“ zeigte eines, dass es keine einheitliche Bestimmung und Abgrenzung gibt und manche Ansätze, wie bei Eyseneck gezeigt, kritisiert werden können. Auf das Problem der Bestimmung verweist auch Backes, der vor allem den „Rechtsextremismus“ untersucht hat, und attestiert in dieser Diskussion eine „heillose Begriffsverwirrung“ (Rotteck 1837: 252, zitiert nach Backes 2003a: 15) und wer sich auf die Suche nach einer geschlossenen Theorie sich begibt, der verfehlt nach Backes „seinen Gegenstand, weil dieser viel zu komplex ist, um in das Korsett einer sozialstrukturellen Kausalrelation gepresst zu werden“ (Backes 2003a: 18) und dieser Feststellung⁵ können wir uns anschließen und auf die allgemeine Diskussion der Begriffe „Extremismus“ und „Radikalismus“ erweitern. Als weiteren wichtigen Ausgangspunkt haben wir uns auf die Thesen von Downs bezogen. Wir nehmen an, dass die politische Lagerbildung in der Ersten Republik in Österreich so stark vorangegangen war, dass es zu einer Aufteilung zwischen den beiden extremen Polen gekommen ist und die „moderate“ Mitte quasi zwischen diesen Polen zerrissen wurde.

⁵ Alleine für den „Rechtsextremismusbegriff“ gibt es nach Cas Mudde 26 Definitionen mit insgesamt 58 unterschiedlichen Merkmalen. Backes 2003: 19.

3 Erste Republik - politische Situation Österreichs nach 1918

Am Beginn dieses Kapitels möchten wir uns mit der Ausgangssituation Österreichs nach 1918 befassen. Mit dem Untergang der Habsburgermonarchie wurde ein Transformationsprozess in Gang gesetzt, der sich von einer neuen Staatsform über ein verkleinertes Staatsgebiet bis hin zu neuen politischen Gegebenheiten und Veränderung der Gesellschaft erstreckt hat. Aus dem Rest des „Vielvölkerstaates“ ging die Erste Republik hervor. Dieser „Neuanfang“ begann am 12. November 1918 mit der Ausrufung „Deutschösterreich zur demokratischen Republik“⁶ (Goldinger 1977: 41), die von der provisorischen Nationalversammlung bekannt gegeben wurde, wobei nach Goldinger hier die Richtung, in der sich die Republik entwickeln würde noch nicht feststand. In dieser frühen Phase des ersten Jahres der Republik tobte ein Richtungskampf zwischen einer demokratischen Republik und einer Rätediktatur. Dabei spielte der außenpolitische Einfluss aus Ungarn und Bayern, die in dieser Zeit eine Rätediktatur gehabt haben, wie auch der innenpolitische Einfluss der kommunistischen Partei Österreichs, die mit der „Roten Garde“ einen militärischen Arm besessen haben, eine wichtige Rolle. Im Zuge des Scheiterns der Räterepublik in München und Ungarn und durch besonnenes Verhalten seitens der Sozialdemokraten gelang es die Lage zu beruhigen. Wichtig erscheint dies für die spätere Entwicklung einerseits, da die kommunistische Partei Österreichs ab diesem Zeitpunkt sehr an Bedeutung und Einfluss verloren hat und andererseits ergab sich daraus für die Sozialdemokraten ein Vorteil, da die Arbeiter unter dem Firmament der Sozialdemokratie vereint werden konnten und die Gefahr, dass die Kommunisten ihnen dieses wichtige politische Druckmittel streitig machen könnten, wurde verhindert. Dies stellt einen Unterschied zu den Ereignissen dar, die Jahre später in Deutschland geschehen würden, da die Kommunisten in Deutschland den deutschen Sozialdemokraten die Wähler und Mitglieder abgespenstig machten und sich zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz für die Sozialdemokraten entwickelten. (Goldinger 1977: 50-59).

Wir haben schon kurz den Transformationsprozess angesprochen und die politische Lagerbildung, die bis zum Ende der Monarchie bestand, musste den neuen Bedingungen angepasst werden. Adam Wandruszka beschäftigte sich mit der politischen Struktur in der Ersten Republik und nach ihm kann man von drei Lagern in der Ersten Republik sprechen, wobei die Ausgangslage durch die Habsburgermonarchie vorgegeben wurde.

⁶ Die im Namen schon erkennbarer Versuch einer Anbindung an Deutschland wurde nicht durch die Siegermächte unterstützt sondern abgelehnt und mit dem Staatsvertrag von St. Germain wurde der Name „Republik Deutsch-Österreich“ abgeschafft. Paupié 1960: 34.

Am Ende der Monarchie gab es im deutschsprachigen Teil verschiedene politische Blöcke, die einen Einfluss auf die Erste Republik gehabt haben. Die dominanten zwei Blöcke waren die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten. Neben diesen beiden Blöcken existierte noch ein weiterer Block. Unter dem Begriff „drittes Lager“ konnte man eine Ansammlung von verschiedenen „nationalen“ Bewegungen verstehen, die am Anfang lose aber im späteren Verlauf doch zusehends einheitlicher festgehalten werden konnten. Interessant erscheint nach Wandruszka, dass es keine bzw. kaum liberale Gruppen in der Ersten Republik existierten, die realpolitisch von Relevanz gewesen wären. (Wandruszka 1977: 297) Im späteren Verlauf der Arbeit werden wir noch auf dieses „dritte Lager“ kommen, wobei wir hier schon sagen können, dass dieses Lager differenzierter betrachtet werden muss.

3.1 verschiedene Ansätze für die „Ausgangslage“ der Ersten Republik

Wir haben schon kurz die Bereiche des Transformationsprozesses beschrieben, anhand derer wir einige Problemgebiete für die „neu entstandene Ersten Republik“ ausmachen können. Diese Faktoren hat Ernst Hanisch ausgearbeitet und liefert hierbei eine interessante Analyse der betroffenen Gebiete und im Folgenden können wir uns darauf beziehen. Nach Hanisch können wir die Probleme der Ersten Republik von zwei Seiten aus betrachten. Einerseits können wir die Ausgangslage anhand eines geohistorischen Modelles betrachten. Man kann dies kurz gesagt so zusammenfassen, dass am Ende der Monarchie, die bis dahin klassische Machtkonstellation zwischen dem Hof, der Bürokratie und dem Militär, die durch die katholische Kirche, Großgrundbesitzer, Teilen der Wirtschaft und dem Bürgertum unterstützt wurde, aufgelöst wurde und eine neue Machtkonstellation trat an dieser Stelle, nämlich die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen. Dabei kam es zu „Spannungen“ zwischen dem sozialdemokratischen Wien, welches quasi die Bastion der Sozialdemokraten darstellte und dem ländlichen Teil Österreich, also quasi der Rest Österreichs, welcher unter der Führung und unter dem Einfluss der Christlichsozialen stand. Das Problem, soweit man es sagen kann, bestand darin, dass Österreich eine lange Tradition eines Autoritarismus aufwies, dessen Ursprung in der „Machtverteilung“ der Habsburgermonarchie lag, und wie wir schon bei Wandruszka hörten, erfuhr das liberale Bürgertum eine Schwächung und konnte sich nicht gegen die nationalen Bestrebungen durchsetzen und diese Entwicklung setzte sich in der Ersten Republik fort. Das zweite Modell nach Hanisch befasst sich mit der Analyse von Krisen. Die These lautet, dass ein politisches System nur eine gewisse Anzahl an Krisen kompensieren kann, bevor es zum

Zusammenbruch kommt. Im Falle der Ersten Republik konnte man von einer breiten Palette von Krisen, die von einer ökonomischen, zu einer Distributions- und Integrationskrise, bis hin zu einer Legitimität- und Identitätskrise reichte, sprechen. Diese Krisen standen in direktem Zusammenhang mit dem Ende der Monarchie, was kaum verwundert. (Hanisch 1995: 2-6) Diese Betrachtungsweise erscheint sehr sinnvoll und liefert einen guten Rahmen für eine nähere Betrachtung der Probleme. Wir werden nun wichtige Punkte für die Erste Republik betrachten, wobei wir hier uns auf soziale und ökonomische Problemfelder der Ersten Republik konzentrieren möchten.

3.1.1 Soziale Problembereiche

Als erstes können wir ein paar Zahlen betrachten, um einen generellen Überblick über die Ausgangslage zu bekommen und hierbei können wir uns auf Heinz Faßmann beziehen, der interessante Grunddaten für die Erste Republik liefert. Die Bevölkerungszahl belief sich der Ersten Republik auf ca. 6,6 Millionen Menschen, wobei hier Faßmann einen interessanten Hinweis auf die stagnierenden Geburtenzahlen in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten gibt, die nach ihm, als ein Indikator für die schlechte Erwartungshaltung für die Entwicklung der Zeit angesehen werden kann. (Faßmann 1995: 12f) Dies kann man als Indikator für die gesellschaftliche Stimmung im Lande gewertet werden, wenn man bei Faßmann bleiben möchte. Ein weiterer aufschlussreicher Bereich stellte die Sozialstruktur der Ersten Republik dar. Faßmann stellt die Verteilung der sozialen Schichten⁷ folgendermaßen dar. Die Oberschicht, zu denen Großindustrielle, Großgrundbesitzer, hohe Beamte und Hausbesitzer zählten, hatte nur einen Anteil von 2 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Die sogenannte Mittelschicht war ebenfalls recht dünn „gesät“ in der Ersten Republik. Zu ihr zählte man nach Faßmann die mittleren Angestellten, gewerbliche Unternehmer und Landwirte mit „mittlerer“ Grundfläche. Diese „Gruppe“ machte 12 Prozent der Berufstätigen bzw. 13 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Zur Unterschicht zählten unter anderem die „Kleinstlandwirtschaften“, „Kleinstgewerbe“, niedrige Angestellte, Arbeiter oder Sozialrentner. Dieser Teil der Gesellschaft machte 87 Prozent der Berufstätigen bzw. 86 Prozent der Bevölkerung aus. (Faßmann 1995: 20) Dies bedeutete, dass die soziale Schichtung sehr ungleichmäßig verteilt war und diese Tatsache barg ein sehr großes Konfliktpotenzial. Ein weiterer Indikator, der mit der ökonomischen Situation eng verbunden war, betraf die hohe Arbeitslosenrate der damaligen Zeit. Im Laufe der

⁷ Eine genauere Auflistung der Aufteilung nach sozialer Schicht lässt sich bei Faßmann, der sich auf Daten von Janutschka bezieht, in Tabelle 9: Soziale Schichtung der österreichischen Bevölkerung 1934 finden. Faßmann 1995: 20.

Zeit stieg die Arbeitslosenquote, unterbrochen mit einigen Ausnahmen, stetig nach oben an. Der Grund dafür wurde in der wirtschaftlichen Ausgangslage nach dem Ende der Monarchie gesehen, die sich in „Desintegration zusammenhängender Wirtschaftsräume, Kaufkraftverlust der Bevölkerung nach Währungsreformen, Rationalisierungen bei der Massenproduktion und eine restriktive Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand“ (Faßmann 1995: 21) widerspiegelte. Die betroffenen Menschen konnte man zum großen Teil zur Unterschicht zählen, und wenn man dies geografisch betrachtet, dann konnte man vor allem in den industriellen Regionen eine hohe Arbeitslosenrate feststellen und es ist verständlich, dass diese Entwicklung Konfliktpotenzial beinhaltete.

3.1.2 Ökonomische Problembereiche

Wie beschrieben, hatte die ökonomische Entwicklung einen großen Einfluss auf die soziale Entwicklung und wir können nun die ökonomische Situation näher beleuchten. Diesen Punkt untersuchte Fritz Weber und wir können uns auf diese Daten beziehen. Die langläufige Meinung über die wirtschaftliche Leistung der Habsburger Monarchie ging in die Richtung, dass dieser Staat größtenteils ein agrarischer gewesen war und nach dem Zusammenbruch der Monarchie stand die Republik vor schwierigen wirtschaftlichen Situationen. Die langläufige Meinung bestand darin, dass dieser Staat nicht lebensfähig gewesen wäre. Dieses Bild müssen wir differenzierter betrachten. Nach Weber gab es mehrere Industrieregionen innerhalb des österreichischen Staatsgebietes, wie das Wiener- bzw. das Grazerbecken oder die Obersteiermark. Diese Verteilung bedeutete auch „ökonomische Begünstigung“ zugunsten Ostösterreichs, was angesichts der geografischen Lage Österreichs kaum verwundert. Kommen wir noch einmal kurz auf die Monarchie und dem Wirtschaftssystem der Habsburgermonarchie zurück, denn dieses wird nach Weber als ein „*quasi-autarkes*“ (Weber 1995: 26) Konstrukt beschrieben. Das bedeutete, dass der Handel vor allem innerhalb des „Staatsgebietes“ der Monarchie stattgefunden hatte und demnach einen „Binnenmarkt“ entsprach. So kam es, dass beispielsweise Getreide und Vieh aus Ungarn importiert wurden und Textilwaren aus der österreichischen Reichshälfte nach Ungarn exportiert wurden. Mit dem Ende der Monarchie fiel dieser wichtige Binnenmarkt, der 50 Millionen Menschen umfasste, weg. Es verwundert deshalb nicht, dass die Erste Republik sehr auf Importe aus dem Ausland angewiesen war. (Weber 1995: 25-27) Dies stellte ein Problem für die Versorgung der Bundeshauptstadt Wien dar, die nach dem Krieg zwei Millionen Menschen umfasste. Man kann nach Weber noch weitere ökonomische Gründe ausfindig machen. Als erstens lässt sich feststellen,

dass die Erste Republik an einer Strukturkrise gelitten hatte. Ein Grund war, wie schon erwähnt, der wirtschaftliche Schock nach dem Ende der Monarchie. Zu den wirtschaftlich angeschlagenen Bereichen zählten unter anderem die Schuhindustrie, die Automobilindustrie, der Lokomotivbau, die Metallverarbeitung und der Maschinenbau. Ein weiteres Problem ergab sich nach Weber in der Umstellung der Wirtschaft auf den „Kleinstaat Österreich“ und dieses Problem wurde durch exogene Einflüsse verstärkt. Beispielsweise führten die Nachfolgestaaten der Monarchie hohe Zölle für Produkte aus Österreich ein, was das österreichische Wirtschaftswachstum behinderte. Ein weiteres Problem stellte die Nachkriegsinflation dar. Der Staat investierte am Anfang der 20er Jahre in verschiedene Bereiche, wie in den Bau von Gemeindebauwohnungen, und verschuldete sich dabei. Im Zuge von verschiedenen Fehlkalkulationen kam es zu einer Hyperinflation, die die Gesamtsituation verschlechterte. Wir haben schon erwähnt, dass die langläufige Meinung über die Erste Republik darin bestand, dass der österreichische Staat nicht überlebensfähig war. Die ökonomische Situation stellte sich nach Weber nicht so düster dar, wie man glauben würde. Hier liefert der Autor ein differenziertes Bild der ökonomischen Situation in der Zwischenkriegszeit und dies möchten wir kurz erwähnen.

Es gab gewisse Zweige, wie der Bausektor, die wiederholt sich in einem Krisenzustand befunden haben, und wiederum andere Sektoren, die ein Wachstum aufweisen konnten. Ein besonders betroffener Wirtschaftszweig war der Bankensektor, welcher nach Weber an einem Strukturproblem litt. Die damalige Creditanstalt war die größte Bank in Mitteleuropa und fungierte als Vermittler zwischen Geldgeber im Westen und Kreditnehmer in Österreich und den ehemaligen Kronländern. Dabei agierte die Bank ungeschickt und die Verluste der Creditanstalt machten beispielsweise 1931 etwa eine Milliarde Schilling aus, was in etwa mehr als 10 Prozent des Bruttonationalproduktes der Ersten Republik entsprach. Da der Staat für die Bank als Bürge aufgetreten ist und dementsprechend finanzielle Ausgaben tätigen musste, war er gezwungen Einsparmaßnahmen durchzuführen, die die soziale Lage nochmals verschärfte. (Weber 1995: 28-39) Wir haben schon gehört, dass im Transformationsprozess der österreichische Staat vor vielen Problemen gestanden ist und wir möchten noch auf einen Punkt kurz eingehen, der mit der „Lebensfähigkeit“ einhergeht. Ein besonderes Problem bestand im fehlenden Staats- und Nationalbewusstsein, welches in den ehemaligen Kronländern der Monarchie sehr stark vorhanden war. Aus dieser Sicht wird auch von einer nicht Lebensfähigkeit der Ersten Republik von manchen Autoren wie Ernst Bruckmüller gesprochen. Für ihn fehlte ein Nationalbe-

wusstsein, da es keine gewachsene alte politische Nation gegeben hat. „Es fehlte die *Tradition von gemeinsamen Landtagen oder Generalständen* der österreichischen Länder“ (Bruckmüller 2004: 797), wobei das „Erbe“ der Bundesländer nicht unterschätzt werden darf, denn auch wenn ein Landespatritismus ein Nationalbewusstsein nicht ersetzen konnte, so verhindert dies doch eine völlige Identitätslosigkeit.

3.2 Regierung und Wahlen

Eine weitere wichtige Untersuchungskategorie stellt der Punkt „Regierung und Wahlen“ dar. Die Wahl und die Regierungskonstellation müssen wir erörtern, da wir anhand dieser Entwicklung verschiedene Konfliktlinien zwischen den politischen Akteuren erkennen können. Die Wahl ist deshalb von Bedeutung, da sie das wichtigste „Beteiligungsinstrument“ in einer Demokratie darstellt und als ein empirischer Indikator für das politische Klima dienen kann. Wir können eine „Krise“ innerhalb Demokratie an der Regierungsstabilität betrachtet. Nach Müller et al. gab es in der Ersten Republik⁸ 24 Kabinette und die durchschnittliche Dauer dieser betrug nur acht Monate. Nur vier dieser Kabinette „überdauerten“ ein Jahr lang. Es gab auch eine Veränderung der Mehrheitsverteilung⁹ im Parlament im Laufe der Ersten Republik zu beobachten. Am Anfang verfügten die verschiedenen Regierungen über eine satte Mehrheit, die aber im Laufe der Republik zurückgegangen ist und am Ende verfügten die jeweiligen Regierungen nur über eine dünne Mehrheit oder es herrschte eine Minderheitsregierung. (Müller et al 1995: 81-85) Diese spätere Entwicklung werden wir im Kapitel 5 „Koalitionsbildung nach Wahlen“ näher behandeln.

3.2.1 politische Phasen in der Ersten Republik

Als wir uns mit der Ersten Republik auseinandergesetzt haben und die Literatur betrachtet haben, stellten wir fest, dass es sinnvoll erscheint, die Erste Republik in verschiedene Abschnitte einzuteilen und im Folgenden möchten wir zwei verschiedene Ansätze näher erläutern. Als erstes können wir uns mit der parlamentarischen Entwicklung in der Ersten Republik beschäftigen. Nach Pelinka kann man verschiedene Phasen im österreichischen Parlament annehmen, die nach der politischen und parlamentarischen Arbeit eingeteilt

⁸ Eine vollständige Auflistung der Regierungen der Ersten Republik liefern die AutorInnen Müller et al. in der Tabelle „Regierungsfunktionen von Partei,chefs‘ in der Ersten Republik“. Müller et al 1995: 77f, 80, bzw. im Anhang mit Ergänzungen.

⁹ Eine vollständige Übersicht über die Regierungen in der Ersten Republik liefern Müller et al. in ihrer Tabelle „Amtsdauer, Status, parlamentarische Unterstützung der Regierung und Ursachen der Regierungswechsel“, Müller et al. 1995: 82, bzw. im Anhang in der Tabelle 15 mit Ergänzungen zu finden.

werden können. Die erste Phase kann nach Pelinka zwischen 1918 und 1920 verortet werden und war durch eine „Konkordanzdemokratie“ gekennzeichnet. In dieser Phase arbeiteten alle politischen Lager im Parlament zusammen. Diese Phase der Zusammenarbeit wurde rasch wieder verworfen. (Pelinka 1995: 61) Als Grund diente nach Heinrich Drimmel ein Streit über das Heer¹⁰ und dessen politische Einflussnahme durch die Parteien. (Drimmel 1985: 214f) Die nächste Phase kann man zwischen 1920 und 1927 datieren. Mit der neuen Verfassung wurde der Wettbewerb unter den Parteien vorangetrieben und die Konkurrenz zwischen den Parteien wurde größer. Pelinka attestierte dieser Phase eine Balance zwischen gemeinsamer Konsens- und Konkurrenzdemokratie und war im Vergleichszeitraum der Ersten Republik die stabilste Phase. Der Zeitraum zwischen 1927 und 1933 wurde nach Pelinka als „zentrifugale Demokratie“ beschrieben. Mit dem Brand des Justizpalastes wurde die Polarisierung der politischen Landschaft in Österreich vorangetrieben, die mit dem Ende der demokratischen Phase der Ersten Republik 1933/34 abgeschlossen wurde. (Pelinka 1995: 61-67) Eine interessante Ergänzung zu diesem Modell liefert Herbert Dachs, der eine Einteilung nach der Parteienlandschaft machte. Die Koalitionsregierungen waren in der Ersten Republik relativ kurz. Über einen langen Zeitraum herrschte in der Parteienlandschaft eine Phase der Polarisierung, wobei die Phase bis 1929 nach Dachs als gemäßigter Pluralismus beschrieben werden kann und ab 1929 herrschte ein polarisierter Pluralismus, in der sich die Parteien ideologisch sehr stark aufgeladen haben und sich den Enden des Links-rechts-Schemas angenähert haben. In dieser Phase gewannen Kräfte abseits des Parlaments an politischen Einfluss. (Dachs 1995: 151)

3.2.1.1 Wendepunkt 1927?

Für diese Arbeit haben wir uns der These angeschlossen, dass die Ereignisse im Jahr 1927 als Wendepunkt in der „Radikalisierung“ der Parteienlandschaft der Ersten Republik angenommen werden können. Pelinka sieht dies ebenfalls, da nach ihm, die Ereignissen rund um den Justizpalastbrand ein Wendepunkt im Parteienverhältnis zwischen den Sozialdemokraten und Christlichsozialen war. (vgl.: Pelinka 1995: 6, 61-67) Diese Auffassung stellt die gängige Meinung dar aber es gibt auch Autoren, die dies anders sehen. Einer dieser Autoren, der nicht diese Meinung vertritt, ist Robert Kriechbaumer. Er sieht ebenfalls im Jahr 1927 ein Erstarken der Heimwehren und eine Verschärfung des politischen Diskurses aber „bereits das folgende Jahr [verzeichnete] keine Todesopfer der politischen Gewalt und relative wirtschaftliche Stabilität“ (Kriechbaumer 2001: 196). Die auf

¹⁰ Nach Drimmel wollten die Sozialdemokraten ein Heer haben, „das im Ernstfall im Verein mit den Genossen in der Polizei und in der Gendarmerie nicht bloß neutral bleiben sollte“. Drimmel 1986, 215, 217.

den ersten Blick unwahrscheinliche Aussage, dass es keine politischen Todesopfer im folgenden Jahr gegeben hätte, wird, wenn wir nach Botz gehen (vgl.: Botz 1976: 236), bestätigt. Diese Zäsur der politischen Landschaft fand nach Kriechbaumer erst in der Phase zwischen 1930 und 1933 statt. Der Wandel hatte mehrere Gründe, die wir schon im Punkt „Ökonomische Problembereiche“ besprochen haben. Nach Kriechbaumer wurde die Budget-Lage der österreichischen Regierung durch die Wirtschaftskrise und durch das Auffangen der Creditanstalt belastet. Weiteres hatte der Einzug des Heimatblockes und die Wahlgewinne der Nationalsozialisten 1932 und die „De-facto-Auflösung des deutschnationalen Lagers“ (Kriechbaumer 2001: 196, Simon 1984: 124f)) schwerwiegende Einflüsse auf das politische Gefüge, da den Christlichsozialen ihr Koalitionspartner abhandengekommen war. (Kriechbaumer 2001: 196f) Interessant erscheint ebenfalls die Rollenverteilung bei Kriechbaumer der Parteien ab 1932. Nach ihm waren nur vier relevante Parteien im Parlament, da die Großdeutsche Volkspartei und der Landbund in die NSDAP aufgegangen waren und von diesen vier Parteien konnte man zwei zur Systemopposition zählen. Ab 1932/33 gab es nur mehr drei Parteien, da „zahlreiche Heimatblockwähler zu den Nationalsozialisten“ (Kriechbaumer 2001: 197) wechselten. Das würde bedeuten, dass sich die Oppositionsparteien in der Mehrheit befunden haben.

3.2.2 politische Phasen anhand der Gewaltentwicklung nach Botz

Wir können die Erste Republik auch anhand der Gewalt betrachten. Das Österreich der Zwischenkriegszeit wies eine hohe Gewalttendenz auf. Gerhard Botz liefert eine interessante Analyse der Gewaltentwicklung und diese stellt die Basis für seine Kategorisierung in verschiedene Gewaltphasen.

3.2.2.1 1918-1921

Die ersten Jahre der jungen Republik standen im Zeichen der Nachwehen des Ersten Weltkrieges. Der Krieg veränderte nach Botz die beteiligten Menschen und „verrohete“ die Gesellschaft, was sehr verständlich erscheint. Dennoch sieht Botz die relative Gewaltanwendung in dieser Transformationsphase als sehr gering an. (Bolz 1976: 23f) Allerdings erscheint diese „Verrohung“ der Gesellschaft eine wichtige Rolle in der späteren Entwicklung der Ersten Republik zu spielen und darf nicht unter den Tisch fallen, denn die Erste Republik wies eine Mischung von verschiedenen Gewaltstrategien¹¹ auf.

¹¹ Nach Botz zeigte sich „Gewalt“ in „[g]ewaltfreie Kampfformen, symbolische Gewalthandlungen, Gewaltandrohung und Gewalttaten [die] als Instrument der Politik in der ‚österreichischen Revolution‘ wie in der Zwischenkriegszeit“ (Bolz 1976: 25) benutzt wurden.

3.2.2.2 *Ruhigen Phase 1921-1927*

In diesem Abschnitt konnte das Gewaltmonopol der Republik als schwach bezeichnet werden und aus dieser Tatsache heraus entwickelten sich nach Botz bewaffnete Gruppen, die das Fehlen der Staatsmacht ausnützten. Des Weiteren gewannen faschistische Gruppen an Einfluss, die besonders bei der Mittelschicht und beim Bürgertum auf großen Zuspruch fanden. Der Wendepunkt stellte für die Sozialdemokraten der Justizpalastbrand vom 15. Juli 1927 dar. (Botz 1976: 87f) Auf dieses Ereignis werden wir noch später ausführlicher eingehen. Aufseiten der „rechten Kräfte“ wurde Gewalt per se als politisches Instrument angesehen und in diesem Sinne auch oft angewandt, da körperliche Auseinandersetzungen, die bis zu dem Tod führen konnten, für das eigene politische Kalkül benutzt wurde. Mit der physischen Gewalt wurde die Einschüchterung des politischen Gegners vorangetrieben und hatte dabei den Effekt, dass das Selbstwertgefühl und die Bindung innerhalb der politischen Gruppe gefestigt wurde und „neue“ Mitglieder gewonnen werden konnten. (Botz 1976: 89)

3.2.2.3 *1928-1933 latenter Bürgerkrieg*

Diese Phase stand unter dem Zeichen des Aufstiegs der Heimwehren und der eingeschlagene Weg der militärischen Professionalisierung der „Wehren“ wurde fortgesetzt. Damit einher ging der Anstieg der Gewaltbereitschaft in der Öffentlichkeit. Zwischen 1929 und 1930 erreichten die Heimwehren ihren höchsten politischen Einfluss aber schon 1931 begann dieser zu bröckeln und die Nationalsozialisten entwickelten sich zum erfolgreichen politischen Akteur. (Botz 1976: 161) Damit verbunden war auch eine politische Machtverschiebung, da bei Wahlen die Christlichsozialen, der „Landbund“ und die Großdeutschen teils erhebliche Verluste von Wählerstimmen zugunsten der Nationalsozialisten hinnehmen mussten. Interessant erscheint auch die Feststellung bei Botz, dass diese Entwicklung sich auch in der Gewaltausübung widerspiegelte, da in dieser Phase die Gewalt hauptsächlich durch Nationalsozialisten ausgeübt wurde. (Botz 1976: 187) Hier möchten wir zu Botz noch ergänzen, dass der Stimmenanteil der Nationalsozialisten bei Nationalratswahlen in der Ersten Republik auf einem sehr geringen Niveau befand und erst ab 1932 bei Landtagswahlen angestiegen ist.

3.2.3 *Wahlentwicklung in der Ersten Republik*

Die Wahl stellt das wichtigste Beteiligungsinstrument der Bürger in einer Demokratie dar und die politischen Wirrungen innerhalb der Ersten Republik lassen sich auch anhand der

Wahlentwicklung beobachten. Im Zeitraum zwischen 1919 und 1933 lassen sich interessante Tendenzen erkennen, die wir erörtern möchten. Wenn man sich ein wenig mit der Thematik auseinandersetzt, stellen wir fest, dass bei den Wahlen die politischen Wahlparteien in der Ersten Republik teilweise in unterschiedlichen Wahlkoalitionen angetreten sind. Dies resultierte daraus, dass innerhalb der Parteien verschiedene Strömungen und Interessen vorherrschten, die zu einer Diversifikation der politischen Akteure führte. Das „rechte Lager“ war in verschiedenen regional-, landes- und bundespolitischen Koalitionen geteilt, die teilweise unterschiedliche Interessen verfolgt haben. Wir können uns auf Dirk Hänisch beziehen, der einen Überblick über die Nationalratswahlen der Ersten Republik liefert. Die Christlichsozialen und die „Deutschnationalen“ vereinten zusammen fast die Hälfte aller Wählerstimmen. Die Sozialdemokraten wiesen einen Stimmenanteil, mit der Ausnahme von 1920, zwischen einem Drittel und zwei Fünftel auf. Erwähnenswert erscheint die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung in der Ersten Republik sehr hoch war und bis 1930 blieb nach Hänisch das Wahlverhalten stabil¹². Ab 1930 veränderte sich das Wahlverhalten durch stärker werdende „Desintegrationsprozesse“ (Hänisch 1995: 489) zugunsten der „rechten Kräfte“. Dies zeigte sich mit dem eigenständigen Wahlantritt von Teilen der „Heimwehr“ unter dem Banner „Heimatblock“ bei den Nationalratswahlen von 1930 oder im späteren Verlauf durch das Erstarken der Nationalsozialisten. Bis 1932 waren die Nationalsozialisten in Österreich laut Hänisch nur sehr schwach als Wahlpartei vertreten. Erst mit den Wahlen in Wien, Niederösterreich, Salzburg am 24. April 1932 und im November in Vorarlberg kam es zur Trendwende. In Wien fuhren der „Heimatblock“ und die „Großdeutsche Volkspartei“ herbe Verluste ein und versanken in der Bedeutungslosigkeit und die Christlichsozialen mussten ebenfalls mit Verlusten kämpfen. Als Gewinner auf rechter Seite standen die Nationalsozialisten fest. (Hänisch 1995: 489-491) Auf diese Entwicklung werden wir im Kapitel „Destabilisierung des politischen Systems“ noch näher eingehen.

3.2.4 Nationalratswahlen 1919 – 1930 in der Ersten Republik

Nach diesem Überblick von Hänisch können wir uns näher mit den Nationalratswahlen in der Ersten Republik beschäftigen. Die Tendenz in Richtung „rechts“ können wir nach einer Tabelle von Herbert Dachs nachvollziehen.

¹² Eine ausführlichere Aufstellung der Wahlergebnisse lässt sich bei Hänisch in der „Abbildung 1: Die Parteienlager 1919 bis 1930 bei Nationalratswahlen in Österreich“ ablesen. Gut erkennbar ist die relative Stabilität in der Wählerverteilung. Hänisch 1995: 490.

Tabelle 1 Nationalratswahlen 1919 - 1930

Wahlpartei ¹³	1919		1920		1923		1927		1930	
	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate
Christlichsoziale Partei	35,9	69	41,8	85	45,0	82			35,7	66
Sozialdemokratische Arbeiterpartei	40,8	72	36,0	69	39,6	68	42,0	71	41,1	72
Deutschnationale Parteien	20,8	27	17,2	28	12,8	15				
Einheitsliste							48,2	85		
Landbund							6	9		
Nat. Wirt- schaftsblock / „Schober-Block“									11,6	19
Heimatblock									6,2	8

Quelle: Dachs 1995: 150.

Die Sozialdemokraten waren bei den Nationalratswahlen 1919 und 1930 zwar stimmenstärkste Partei aber eine Regierungsmitbeteiligung gab es nur bis 1920. Die Christlichsozialen konnten nur mit Unterstützung von anderen Parteien die Mehrheit und damit die Regierungsausübung in der demokratischen Phase der Ersten Republik behaupten. Wie Hänisch erwähnte, zeigte sich bei der Wahl 1930, dass ohne die Unterstützung von „radikalen“ Parteien, in diesem Fall durch Teile von der „Heimwehr“, die Christlichsozialen die Regierung nicht fortführen konnten. Zu erwähnen wäre noch die „Einheitsliste“ bei der Nationalratswahl von 1927, die wir anschließend betrachten werden. Bevor wir aber dazu kommen, können wir noch die Wahlergebnisse in der Bundeshauptstadt Wien betrachten, da unsere Arbeit auf Wien den Schwerpunkt legt.

Tabelle 2 Nationalratswahlergebnisse von Wien 1919 -1930

Wahlpartei	1919		1920		1923		1927		1930	
	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate
Christlichsoziale Partei	22,3	11	30,1	16	32,8	17			24	11
Sozialdemokratische Arbeiterpartei	55,4	32	47	28	55,5	27	60	29	59	30
Deutschnationale Parteien	14,6	3	10,5	3	5,2	1	0,2			
Einheitsliste							36	16		
Landbund										
Nat. Wirt- schaftsblock / „Schober-Block“									10	4
Heimatblock									2	

selbsterstellte Tabelle¹⁴

¹³ Aus der Tabelle herausgenommen wurden die „Jüdisch Nationale Partei“, und die Partei der „Sozialisten und Tschechoslowaken“, die nur im Jahr 1919 jeweils ein Mandat errungen haben und bei späteren Wahlen nicht mehr den Einzug zum Nationalrat geschafft haben.

¹⁴ Quellen: Nationalratswahlen von 1919, 1923, 1927 und 1930, mit Ergänzungen aus Stiefbold C27, C112, „Linzer Volksblatt“ 23. Oktober 1923, 1.

Wenig verwunderlich stellten die Sozialdemokraten die mit Abstand stimmenstärkste Partei in Wien und wir können uns damit der Meinung anschließen, dass die Bundeshauptstadt die Hochburg der Sozialdemokraten in Österreich darstellte.

3.2.5 Wahl 1927

Nach dieser kurzen Revision über den Verlauf der Wahlergebnisse können wir die wichtige Wahl vom 24. April 1927 betrachten. Diese Wahl wurde nach dem Schattendorfvorfall durchgeführt und lag vor dem Justizpalastbrand. Im späteren Verlauf der Arbeit werden wir uns näher mit diesen beiden Vorfällen beschäftigen. Das Wahlergebnis¹⁵ sah folgendermaßen aus:

Tabelle 3: Wahlergebnis vom 24. April 1927

Wahlpartei	Stimmanteil in Prozent	zugeteilte Mandate
Einheitsliste ¹⁶	48,2	85
Christlichsoziale Partei		73
Großdeutsche Volkspartei		12
Sozialdemokratische Partei	42,3	71
Landbund für Österreich	6,3	9

selbsterstellte Tabelle nach Quellen: Nationalratswahl vom 24. April 1927, 4. Seethaler 1993: 38.

Wir sollten nun erläutern, unter welchem Vorzeichen diese Wahl gestanden ist. Seipel wollte eine starke bürgerliche Regierung und versuchte unter der „Einheitsliste“, die aus den großen bürgerlichen Parteien „Christlichsozialen“, „Großdeutsche Volkspartei“ und dem „Landbund“ bestehen sollte, diese bürgerliche Mehrheit zu erreichen. Seipels Erwartung wurde nicht erfüllt, da der „Landbund“ eine Beteiligung kategorisch ablehnte und Teile der „Großdeutschen“ ins Lager der Nationalsozialisten abwanderten. Nach Oellerer trat das Gegenteil ein und das bürgerliche Lager wurde bei dieser Wahl geschwächt. (Oellerer 1952: 147f)

3.3 Parteienlandschaft in der Ersten Republik

Wir haben ja schon bei den Wahlen die einzelnen Parteien kurz angesprochen. Nun werden wir uns näher mit den wichtigsten Parteien beschäftigen und können uns dem Problem der ideologisch aufgeladenen Polarisierung der Parteienlandschaft annähern, die sich

¹⁵ Für die Auflistung der Wahlergebnisse wurden nur jene Parteien berücksichtigt, die Mandate erhielten haben. Interessant erscheint zudem, dass die Kommunistische Partei Österreichs nur 0,4 Prozent der Stimmen erhielten haben und die Nationalsozialisten nur im „homöopathischen“ Bereich Stimmen erhielten.

¹⁶ Die Wahlpartei „Einheitsliste“ bestand aus der „Christlichsoziale Partei, Großdeutsche Volkspartei, Mittelständische Volkspartei, Riehl- und Schulzgruppe der NSDAP“. Seethaler 1993: 38.

unter anderem im Vorfall von Schattendorf und dem Justizpalastbrand in gewaltsamer Form manifestierte.

3.3.1 Ideologische Spannungen in der Parteienlandschaft – eine Bestandaufnahme der wichtigsten Parteien der Ersten Republik

Im Kapitel „Extremismus und Radikalismus – Brüder im Geiste?“ haben wir die verschiedenen Ideologien auf dem Links-rechts-Schema betrachtet. Wir haben die These aufgestellt, dass die Erste Republik in zwei politische Lager gespalten war. Dem linken Lager konnten wir die Sozialdemokraten und die Kommunisten zurechnen, wobei die Kommunisten kaum relevant waren und man sagen kann, dass die Sozialdemokraten die einzige relevante politische Partei auf der linken Seite war. Das rechte Lager bestand aus einer Vielzahl von verschiedenen Parteien und Gruppierungen mit wechselnder Stärke in der Ersten Republik. Die wichtigste und kontinuierlichste Partei in diesem Lager war die „christlichsoziale Partei“. Neben dieser Partei waren die dem nationalen Lager zugehörige „Großdeutsche Partei“ und diverse Heimwehrverbände in wechselnder „Koalition mit der „Christlichsozialen Partei“ von Bedeutung. Wie oben angedeutet waren die Heimwehren gespalten und gewisse Teile der Heimwehren vertraten eine extreme Haltung, wie beispielsweise die „Heimwehr“ aus der Steiermark, die unter der Führung von Walter Pfrimer einen Putschversuch unternommen hatte. (Hanisch 2005: 290) Im Folgenden werden wir uns detaillierter mit den relevanten Parteien in der Ersten Republik auseinandersetzen. Wir haben schon den Konflikt zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen angesprochen und werden im Folgenden auf diesen „Disput“ näher eingehen. Beginnen möchten wir mit der „Christlichsozialen Partei“.

3.3.2 Christlichsoziale Partei

Nach Staudinger et al. konnte man die „Christlichsoziale Partei“ der Ersten Republik dem „politischen Katholizismus“ zuordnen, der einen großen Einfluss auf die Partei ausübte, da man sich in der Tradition der katholischen Soziallehre behaftet sah. Dabei kam es zu einer Vermischung des politischen mit dem religiösen System und religiöse Konflikte wurden mit der Politik verbunden. Das eigene Rollenverständnis stammte noch aus der Zeit der Habsburgermonarchie und wurde in die Erste Republik mitübernommen. Nach Staudinger et al. kann man die Ideologie als eine Rückbeziehung bzw. einer Wiederherstellung der ständischen Ordnung beschreiben. Dieses Ständedenken blieb ein wesentliches Merkmal der Partei in der Ersten Republik und im Austrofaschismus wurde dies

umgesetzt. Das gesellschaftliche System sollte durch Stände der Bauern, der Handwerker und mit Einbeziehung der Arbeiter getragen werden. Dadurch sollte ein „Antikapitalismus“ geschaffen werden, der eine Einteilung in einem positiven und negativen Kapitalismus vornehmen sollte. Der positive Kapitalismus wurde als etwas Produktives angesehen, wohingegen der negative Kapitalismus als raffgierig betrachtet wurde. Unter letztgenannten verstand man die Großindustrie und den Großhandel, welches unter den religiösen Gesichtspunkten als verdorben angesehen wurde. Weitere Merkmale der Ideologie der christlichsozialen Partei konnte man als antiliberal und antimarxistisch zusammenfassen. Diese Punkte wurden mit antisemitischem Gedankengut untermauert. Am Anfang präsentierte sich die Partei als eine Art Volkspartei, in dem alle zu einem gewissen Grad gleich waren, wobei die Meinung vertreten wurde, dass die christlichen Werte stärker in die Politik einfließen müssten.

Die Frage ob, und wie sehr man sich als deutsche Partei zeigen sollte, änderte sich im Laufe der Zeit. Man schwankte zwischen Befürwortung und Ablehnung eines Anschlusses an Deutschland. Nach den Autoren kam es nach 1930 zu einer Schärfung des Parteiprofils in Richtung rechts, was als Reaktion auf die Wahlniederlage und der Angst vor den Nationalsozialisten angesehen werden kann. (Staudinger et al. 1995: 169-172) Dies würde der Theorie entsprechen, dass die Parteien sich in Richtung „Stimmenmaximum“ bewegt haben. Diesen Wandel kann man nach Josef Seethaler in der Einstellung zur Republik und Demokratie erkennen. Am Beginn der Ersten Republik befanden sich die Christlichsozialen nach Seethaler in einer „geschwächten gesellschaftlichen Position“ (Seethaler 1993: 34) und akzeptierten die Republik und die Demokratie, was sich in der Koalition mit den Sozialdemokraten widerspiegelte. Die Verschiebung in der Haltung gegenüber der Republik zeichnete sich nach Seethaler im Parteiprogramm von 1926 ab. Dies wurde mit dem gestiegenen Selbstbewusstsein nach den Wahlen begründet. Die christlichen Werte rückten wieder in den Fokus und die antisemitische Tradition wurde wieder aufgelebt und die Hemmung einer Annäherung an „radikalere“ rechte Gruppen wurde abgelegt. Dies zeigte sich auch in den Koalitionsregierungen mit der „Großdeutschen Volkspartei“ ab 1922 oder mit dem gemeinsamen Antreten in der „Einheitsliste“ bei der Nationalratswahl von 1927, in der auch die NSDAP vertreten war. (Seethaler 1993: 34f) Nach Adam Wandruszka war die christlichsoziale Partei die dominierende Partei in der Ersten Republik. Dies wird ersichtlich, wenn wir verschiedene „Führungspositionen“ betrachten. Im Zeitraum zwischen 1922 bis 1938 wurde von dieser Partei die

Regierungsführung ausgeübt, wobei die Regierung Schober von 1929 bis 1930 eine Ausnahme darstellte. Des Weiteren wurde von den Christlichsozialen zwischen 1928 und 1938 der Bundespräsident gestellt. Andere wichtige Institutionen wurden ebenfalls eine lange Zeit von den Christlichsozialen verwaltet, wie beispielsweise das Heeres- oder das Finanzministerium. Ein anderer wichtiger Machtfaktor abseits der Regierung waren die Länder, die wie gesagt bis auf Wien von den Christlichsozialen geführt wurden. (Wandruszka 1977: 301)

3.3.3 Sozialdemokratische Arbeiterpartei

Wenden wir uns den ideologischen Merkmalen der Sozialdemokraten zu, die sehr stark von Otto Bauer beeinflusst waren. Ein Streitpunkt entbrannte an einer Stelle im Linzer Programm, in dem die Gewalt nicht per se abgelehnt wurde und von einer „Diktatur des Proletariats“ gesprochen wurde. (Wandruszka 1977: 449) Dies stellte ein Problem dar, da die Sozialdemokraten nach Wolfgang Maderthaner dem demokratischen Mittel der Wahl verbunden fühlten. Dieser Widerspruch, zwischen der Beachtung der demokratischen Spielregeln und der gleichzeitigen „Zustimmung“ Gewalt einzusetzen, barg ein Konfliktpotenzial, da nicht alle von einem bewaffneten Putsch Abstand genommen haben. Wir können nun kurz das Linzer-Parteiprogramm betrachten, denn nach diesem sollten die Arbeiter die Basis für die Führungsrolle im Staat übernommen und dadurch sollte die Demokratie gerettet werden. Ein wichtiger Punkt wurde der Bildung der Arbeiterschaft zu geschrieben, denn nur mit einem Mindestmaß an Bildung könnte man dieses Ziel erreichen, denn der Arbeiter sollte von sich aus selbst den Sozialismus erkennen und zu einem Teil von ihnen machen. Wenn man eine sozialistische Gesellschaft erschaffen möchte, so war die These der Austromarxisten nach Maderthaner, dann müsste der Mensch verändert werden. Um dies zu schaffen, wurden verschiedene sozialistische Organisationen benötigt, die eine Alternative zum Staat und seinen Institutionen darstellen sollten und daher musste ein „komplexes und dichtes Netz von Neben-, Kultur- und Vorfeldorganisationen“ (Maderthaner 1995: 186) entstehen. Dieses Vorhaben war besonders in Wien leichter umzusetzen als in den Ländern. Einen berechtigten Hinweis liefert Maderthaner, da auf eine Demokratisierung gepocht wurde, aber die eigene Entwicklung der Sozialdemokraten eher das Gegenteil davon darstellte. Die österreichische Sozialdemokratie dieser Zeit wies Merkmale einer Oligarchisierung und Hierarchisierung auf und die Willensbildung kam von oben nach unten zustande. Daraus resultierte ein Spannungsfeld zwischen der Führung und Basis. (Maderthaner 1995: 185-187)

3.3.3.1 *Relevanz Wiens in der Ersten Republik - „Alle gegen Wien“*

Wir haben schon des Öfteren die besondere Rolle von Wien angesprochen und den Konflikt zwischen der Stadt Wien und den restlichen Ländern bzw. der christlichsozialen geführten Regierung hervorgehoben. Wien war das „rote“ Symbol der Sozialdemokraten in der Ersten Republik. Neben der Funktion als Zentrum der Sozialdemokratie übte die Stadt einen psychologischen Effekt aus. Wien war quasi eine sozialistische Insel im konservativen Meer der Republik. In Wien konnte Aufbau- und Rekrutierungsarbeit für die Sozialdemokraten geleistet werden, was im größten Teil Restösterreichs nicht möglich war. Die Rivalität zwischen Wien mit dem Rest von Österreich hatte seinen Ursprung in der Monarchie und dieser Konflikt wurde durch die föderale Struktur in die Erste Republik mitübernommen. Der föderale Konfliktpunkt wurde dabei durch einen ideologischen Gegensatz der Großparteien verschärft. (Wandruszka 1977: 461- 463) Karl Weber sieht dies ähnlich und formuliert den Konflikt als eine Konfrontation des Föderalismus gegen das rote Wien. Dieser Konflikt hatte wie bei Wandruszka seinen Ursprung in der Monarchie. Die Sozialdemokratie hatte in Wien eine Vormachtstellung aufgebaut, da die Sozialdemokratie und ihre Wählerschaft besonders stark in industriellen Gebieten vertreten waren. Dieser Gegensatz und diese Konfliktlinie blieben in der Ersten Republik bestehen. Dies zeigte sich unter anderem daran, dass sich die Länder geweigert haben, die Bundeshauptstadt Wien mit Lebensmitteln und anderen Waren zu versorgen. Als die Sozialdemokraten aus der Regierung ausgeschieden sind, wurde der Kampf gegen Wien auf bundespolitischer Ebene ausgedehnt. Dies zeigte sich etwa am Finanzausgleich, der als politisches Instrument gegen Wien angewandt wurde und im Zuge der Verhandlungen musste Wien finanzielle Abstriche gegenüber den Ländern machen. Hier gibt Weber ein weiteres Beispiel an, da bei der Verfassungsnovelle von 1929 in einigen Punkten für Wien Nachteile sich ergeben haben. Dazu zählte der Verlust der eigenen Stadtwache, die in Bundeskompetenz übergegangen ist. (Weber 1995: 130f)

3.3.4 **Kommunistische Partei Österreichs**

In Österreich spalteten sich die Kommunisten von den Sozialdemokraten am Beginn der Ersten Republik ab und wurden im November 1918 als die „Kommunistische Partei Deutschösterreichs“ gegründet. Die Partei erlangte nie die Bedeutung und die Relevanz wie ihre „Schwesterpartei“ in Deutschland, was einerseits an der Konkurrenz der Sozialdemokraten lag, andererseits in inneren Spannungen und ideologische Grabenkämpfe, die zu Mitglieder- und Wählerverlusten führte, begründet wurde. (Wandruszka 1977: 471f)

Die relative Bedeutungslosigkeit der kommunistischen Partei in Österreich bestätigt ebenfalls Josef Ehmert, da diese nach ihm nur am Beginn und am Ende der Ersten Republik von größerer Bedeutung war. Im Zuge der Ereignisse um 1919 sah die „Kommunistische Partei Österreichs“ die Zeit für eine Machtübernahme gekommen. Am 17. April 1919 wurde der „Gründonnerstagsputsch“ durchgeführt. (Botz 1976: 48f) Es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die mit Todesopfern endete aber am Schluss blieb es bei einem Versuch. Die tatsächliche politische Rolle und die eigene Selbsteinschätzung der Kommunisten in Österreich ging weit auseinander. Als Schreckensgespenst des Bolschewismus wurden nach Ehmert die Kommunisten als politisches „Feindbild“ verwendet. Die Relevanz lässt sich auch anhand der Wahlerfolge ablesen und die beliefen sich in der Blütezeit der Partei zwischen fünf und zehn Prozent. Ideologisch gesehen war die Partei stark beeinflusst von der russischen Revolution und übernahmen teilweise deren Ideologie. Für die Kommunisten in Österreich bedeutete dies eine Ablehnung des Parlamentarismus und eine kritische Haltung gegenüber der Demokratie, auch wenn dies sich im Laufe der Zeit abgeschwächt hatte. Zu den weiteren Merkmalen Antiparlamentarismus und Misstrauen gegenüber der Demokratie gesellte sich ab Mitte der 20er Jahre die Ablehnung des Faschismus und es wurde zum Kampf gegen diesen aufgerufen. Im Zuge der Radikalisierung kam es auch bei den Kommunisten zu dieser Entwicklung und 1932 wurde die Auffassung vertreten, dass die herrschende Demokratie und die faschistische Diktatur das Gleiche wären und dementsprechend bekämpft werden müssten. (Ehmert 1995: 220f, 228f)

3.3.5 NSDAP in Österreich

Kommen wir nun zu den Nationalsozialisten in Österreich. Nach Gerhard Jagschitz konnte die NSDAP kaum eine eigenständige Ideologie in Österreich entwickeln. Vielmehr wurden andere Ideen in die eigene Ideologie mitübernommen. Man könnte die NSDAP nach Jagschitz als Sammelbecken bestehend aus „völkischer deutschnationaler, bündischer, groß und kleindeutscher, katholisch-romantischer, antisemitischer, antimarxistischer, antiparlamentarischer, autoritärer, ständisch-korporativer und jugendlich-aktivistischer“ (Jagschitz 1995: 236) Elementen beschreiben. Viele dieser Elemente, welche die NSDAP beeinflusst haben, hatten ihren Ursprung im 19. Jahrhundert. Ab 1930 kam es zu einem Wachstum der NSDAP in Österreich. Nach Jagschitz war ein Grund für den Erfolg der NSDAP, dass diese es geschafft haben, die verschiedenen Strömungen, die sich im „Sammelbecken“ befunden haben und die ihrem politischen Spektrum nütz-

lich erschienen, in der NSDAP als Organisation zu vereinen. Es wurden „völkische“ und „alldutsche“ Bewegungen übernommen. Jene „Kampfverbände“ oder Organisationen, die der NSDAP gefährlich werden könnten, wurden entweder übernommen oder ausgeschaltet. Es kam also zu einer Konzentration des rechten Lagers unter Führung der Nationalsozialisten und damit ging man auf Konfrontationskurs mit der damaligen Regierung unter Dollfuß. (Jagschitz 1995: 236-239) Die bewaffneten Einheiten, welche nach Jagschitz das Rückgrat der Partei gebildet haben, setzten sich aus der Sturmabteilung (SA) und der Schutzstaffel (SS) zusammen, wobei die SS an Bedeutung im Laufe der Zeit gewonnen hatte. Dabei lösten die SA und SS die „Heimwehren“ im Kampf gegen die Sozialdemokraten als stärkste Kraft ab. (Botz 1976: 187) Kommen wir zu einem Punkt, der sehr wichtig ist. Die Gewalt als politisches Instrument wurde sehr früh von den Nationalsozialisten aufgegriffen. Interessant erscheint hier eine Einteilung der Gewaltausübung, die nach Jagschitz in zwei Kategorien einordenbar ist. Einerseits gab es Gruppen, die individuelle Gewalt ausgeübt haben. Dies bedeutete, dass Attentate auf einzelne oder kleine Gruppen verübt wurden, wobei diese von einzelnen Tätern durchgeführt wurde. Andererseits gab es eine andere „Strömung“ bei den Nationalsozialisten, die die Gewalt als systematisches politisches Instrument verstanden haben. Die Gewalt wurde koordiniert und es entstanden neue Organisationen wie der „Vaterländische Schutzbund“ oder wie beschrieben die „SA“. Man versuchte die Massen für sich zu gewinnen und in der Regierung und in der Opposition sahen die Nationalsozialisten ihre Gegner und dementsprechend harsch wurde auf breite Gewaltanwendung gesetzt. (Jagschitz 1995: 240f)

3.3.6 Politisch relevante Akteure abseits der Parteien - Die Wehrverbände

Die Heimwehren spielten innerhalb des politischen Systems der Ersten Republik eine wichtige Rolle. Wir haben schon eingangs die Heimwehr als politischer Akteur erwähnt. Die Zwischenkriegszeit war durch ein Erstarken von „Gruppen“ gekennzeichnet, die nicht im Vordergrund als politische Partei aufgetreten sind, die aber die ideologischen Grabenkämpfe“ zusätzlich verschärft haben. Wir können Edmondson zustimmen, wenn er für die Erste Republik feststellt, dass die ideologischen Spannungen im Laufe der Ersten Republik gestiegen sind und die verschiedenen bewaffneten, teils uniformierten Wehrverbände erhielten eine wichtige Rolle in dem politischen System. Aufseiten der rechten Verbände konnte man nicht von einem homogenen Bild sprechen, vielmehr lag die „Gemeinsamkeit“ darin, dass diese Verbände beispielsweise in der Zielsetzung, in der

Zusammensetzung der Mitglieder oder in der geschichtlichen Entwicklung unterschiedlich waren. (Edmondson 1995: 262)

3.3.6.1 *Republikanischer Schutzbund*

Der Republikanische Schutzbund unterstand der Leitung der Sozialdemokraten und wurde als „eigene Armee“ nach Edmondson geführt. Nach Drimmel wurde 1923 der Ordnungstrupp in den Schutzbund integriert und war der erste umfassende Wehrverband einer Partei in der Ersten Republik. Die Mitglieder des Schutzbundes waren auch Mitglieder der Partei oder der Gewerkschaft und standen unter der Führung der Partei. Dies stellte ein großer Unterschied zu den anderen Wehrverbänden da, die nie so eine enge Verbindung an eine Partei aufgewiesen haben. (Drimmel 1986: 219, 312) Aus dieser Sichtweise heraus kann man Edmondson Aussage von einer „eigenen Armee“ der Sozialdemokraten wohl zustimmen. Geplant war der Einsatz des Schutzbundes als eine „Waffe“ und dieser sollte Schutz gegenüber Angriffen von anderen Parteien bzw. der Staatsmacht geben. Zu den Aufgaben zählte die Sicherung von Versammlungen gegenüber politischen Aggressoren und im Falle eines gewaltsamen Angriffes gegen die Demokratie sollte der Schutzbund eingreifen. Im Laufe der Zeit kam es, wie auch bei anderen „Verbänden“, zu einer Professionalisierung. Der „Republikanische Schutzbund“ entwickelte eigene Sanitäts-, Kommunikations-bzw. Nachrichtendiensteinheiten. Ab 1927 wurde diese Professionalisierung im militärischen Sinne wie beispielsweise die Einteilung in Kompanien oder Bataillone weiterverfolgt. Die „Mannstärke“ schwankte in der Ersten Republik. Nach Edmondson zählte der Schutzbund bei seinem Verbot im März 1933 ca. 60.000 Mitglieder. (Edmondson 1995: 264f)

3.3.6.2 *„Heimwehren“*

Die „Heimwehren“ stellten nach Wandruszka ein spezifisches Phänomen der Ersten Republik dar und hatten einen Einfluss auf die drei politischen Lager. (Wandruszka 1977: 359) Wie schon erwähnt, stellte ein Merkmal der „Heimwehren“ ihre Heterogenität dar. In jedem Bundesland entstanden „Heimwehren“, in manchen Fällen sogar mehrere. Auch in der Phase der Konsolidierung und des gemeinsamen Auftretens gab es innere Streitigkeiten. Dies lag „durch Landestreue, durch persönliche Differenzen und Rivalität unter den Führern und durch verschiedene Orientierungen, Interessen und Ziele“ (Edmondson 1995: 265) begründet und es verwundert daher nicht, dass diese verschiedenen Interessen einen Schwachpunkt dargestellt haben. Charles Gulick bestätigte diese Heterogenität.

Nach ihm kann man doch ein gemeinsames Merkmal finden, die Ablehnung der Demokratie. Die Gewaltbereitschaft spielte in diesen Gruppen eine wichtige Rolle und so kam es immer wieder zu gewaltbereiten Übergriffen auf Juden und Sozialisten. Die Systematik der Gewaltanwendung war sich nicht so ausgereift wie später bei den Nationalsozialisten. Es kam zu Überfällen auf Kaffeehäuser oder Personen wurden verprügelt. (Gulick 1976: 269) Im Folgenden können wir noch auf die „Mannstärke“ der Heimwehren eingehen. Im Jahr 1929 erreichten die „Heimwehren“ ihren Mitgliederhöchststand mit 300.000 Mann, wobei diese Zahl nach Edmondson etwas vage wirkt. (Edmondson 1995: 267) Andere Schätzungen nach Hanisch deuten darauf hin, dass es maximal 150.000 bis 200.000 Heimwehrmitglieder gab, davon waren aber nur 40.000 bis 50.000 Mann militärisch geschult, organisiert und bewaffnet. (Hanisch 2005: 290). Die Mitgliederstruktur war, wie die „Heimwehren“ selbst, sehr unterschiedlich. Die Bauern stellten die größte Zahl der Mitglieder. Die „Kleinstädter“ hatten einen großen Einfluss innerhalb der Heimwehr und waren radikaler eingestellt als die Bauern. Dies zeigte sich auch in der Frage, wie man die Gewalt einsetzen sollte. Die Gewaltanwendung wurde von den „Kleinstädtern“ befürwortet, die Bauern waren gegenüber der Gewalt zurückhaltender eingestellt. (Edmondson 1995: 268)

Zwischen den Ereignissen rund um den Justizpalastbrand im Juli 1927 und dem „Korneuburger Eid“¹⁷ hatte die Heimwehr ihre größte Machtentfaltung. Zu dieser Zeit sammelten sich quasi alle antimarxistischen Kräfte unter dem Firmament der Heimwehr. Dazu zählten etwa „Christlichsoziale, Großdeutsche und Landbündler, Monarchisten, Anschlußfreunde und Anschlußgegner, radikale Antisemiten und bürgerliche Juden, die Exponenten der Industrie und die der christlichen Arbeiterschaft [dazu noch] Frontkämpfervereinigung, Bund Oberland den Wehrzügen des Deutschen Turnerbundes, Studentenfreikorps, bis hinüber zum Freiheitsbund der christlichsozialen Arbeiterschaft und den Mannschaften des christlichsozialen Bauernbundes“ (Wandruszka 1977: 362). Aus der Zusammensetzung wird ersichtlich, was wir schon erörtert haben, dass diese „Koope-ration“ der unterschiedlichsten Gruppen und „Interessensvertretungen“ auf Dauer nicht stabil bleiben konnte. Diese Heterogenität zeigte sich auch in dem Fehlen eines gemeinsamen erstellten und befürworteten „Plans“, mit konkreten Programmen und Lösungsvorschlägen, wie die politischen Ziele erreicht werden sollten. (Wandruszka 1977: 362f).

¹⁷ „Korneuburger Eid“ ist zu finden im Anhang.

Die radikale Sichtweise und die offene Ablehnung gegenüber der Demokratie und der Republik werden im „Korneuburger Eid“ von Mai 1930 ersichtlich. In diesem Dokument bekannte sich die Heimwehr „zur Errichtung eines faschistischen, ständisch gegliederten Staates“. (Seethaler 1993: 35). Dieses Selbstbewusstsein zeigte sich auch in der teilweisen „unabhängigen“ Kandidatur bei den Nationalratswahlen von 1930. Wir können nun einen kurzen Blick in den inneren Ablauf einer „Heimwehrveranstaltung“ werfen und auf Botz verweisen, da nach ihm die „Heimwehren“ ein bestimmtes Verhaltensmuster an den Tag gelegt haben. Der Ablauf bestand darin, dass nachdem die Heimwehrmitglieder an den Demonstrationsort angekommen waren, eine Messe oder Segnung von einem Pfarrer abgehalten wurde. Im Anschluss wurden Reden von den Führern der „Heimwehren“ gehalten, die im Wesentlichen vom Marsch auf Wien und der Bekämpfung des Marxismus und Parlamentarismus handelten. Bei den Aufmärschen konnte man unter den Zuhörern auch Vertreter der bürgerlichen-konservativen Partei aber auch lokal Politiker wie Bürgermeister, Bezirkshauptmänner oder hohe Mitglieder der Polizei antreffen. (Bolz 1976: 163)

3.4 Wendepunkt: Schattendorfvorfall und Justizpalastbrand

Wir haben in dieser Arbeit angenommen, dass der Justizpalastbrand einen Wendepunkt in der Polarisierung der Ersten Republik eingenommen hatte. Nicht alle Autoren vertreten diese Meinung, dass der 15. Juli 1927 bzw. das Jahr 1927 ein Wendepunkt in der Entwicklung war und wir haben schon auf Robert Kriechbaumer dabei verwiesen. Diese Zäsur der politischen Landschaft fand nach ihm erst in der Phase 1930-1933 statt. Wir sehen aber im Justizpalastbrand einen Wendepunkt und werden uns dieses Ereignis und die Vorgeschichte näher betrachten. Wir können kurz festhalten, wie die allgemeine Situation bis zu diesem Zeitpunkt ausgesehen hat. Nach Gerhard Bolz war eine Dynamik ab den 20er Jahren in der Ersten Republik erkennbar, die sich in Gewaltbereitschaft und einer inneren Anspannung zeigte. Die Zusammenstöße innerhalb dieser Zeit waren unausgewogen. Auf der einen Seite standen „rechte“ Gruppierungen, welche bei Zusammentreffen mit Gruppen aus dem sozialdemokratischen Lager im Vorteil waren, da die „rechten“ Organisationen technisch bzw. militärisch besser organisiert als ihr sozialdemokratisches Pendant waren. Dieses Ungleichgewicht zeigte sich auch, wenn man die Todesopfer betrachtet, da aufseiten der Sozialdemokraten die Opferanzahl in diesem Zeitraum höher war. Ein „ausgewogenes“ Kräfteverhältnis in organisatorisch und militärischen Bereichen entwickelte sich erst zwischen 1928 bis 1933. (Bolz 2002: 12f)

3.4.1 Schattendorfvorfall

Wenn wir das Jahr 1927 als Wendepunkt annehmen, dann müssen wir die Vorgeschichte der Ereignisse rund um den Justizpalastbrand erörtern, denn Schattendorf sollte der Funke sein, der zur Eskalation der Gewalt führen sollte. Nach Gulick stellte das Burgenland ein Unruhepol dar. Die ungarischen Ansprüche waren nicht abgeklungen und aus diesem Grund kam es immer wieder zu Konflikten. Um die Lage nicht zu destabilisieren, einigten sich die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen darauf, dass im Burgenland keine privaten bewaffneten „Parteieinheiten“ stationiert werden sollten und diese Abmachung wurde bis 1926 eingehalten. (Gulick 1976: 272) Laut Botz wurde dieser Vorsatz durch die „Frontkämpfervereinigung“ gebrochen, da diese eine Ortsgruppe im Burgenland gründeten, was ein Bruch in dem vorranggegangenen Beschluss zwischen den beiden Großparteien bedeutete. Der Grund dafür war eine militärische Überlegung. Sollte es zu einem Streik oder zu marxistischen Unruhen kommen, dann würden die „rechten Organisationen“ durch ungarische paramilitärische Einheiten Unterstützung erhalten. Um dies umzusetzen, musste dieser „neutrale“ Fleck im Burgenland durch den Frontkämpferbund verschwinden. (Bolz 2002: 15f) Schattendorf war zur damaligen Zeit ein kleines Dorf nahe an der Grenze zu Ungarn und zählte ca. 2.500 Bewohner und war nach Bolz eher dem sozialdemokratischen Lager zuzurechnen. Bolz macht dabei einen interessanten Vergleich, wenn er Schattendorf als Sittenbild der damaligen politischen Lage in Österreich bezeichnet. Das Dorf war gespalten und die Lage spitzte sich seit dem Auftreten des Frontkämpferbundes zu. (Bolz 2002: 18f)

Der Vorfall ereignete sich am 30. Jänner in Schattendorf. Zu besagtem Datum waren zwei Versammlungen in Schattendorf angesetzt. Die „Schutzbündler“ wollten eine Gegendemonstration zur Veranstaltung der „Frontkämpfer“ abhalten, da bei dieser der Führer der Frontkämpfervereinigung als Redner erscheinen sollte. Das Problem bestand nach Bolz nun darin, dass es unweigerlich zu einem Zusammenstoß kommen musste, da es nur eine Dorfstraße gegeben hat, an der die beiden Gaststätten der Vereine und der Bahnhof gelegen waren. 15 „Schutzbündler“ betraten das Lokal der „Frontkämpfer“. Einige Frontkämpfer, unter ihnen der Wirt des Gasthauses, gelangten in das gegenüberliegende Gebäude, indem am Vormittag Gewehre hinterlegt wurden und es kam zur Abgabe von zwei Warnschüssen. Der Gendarmerieinspektor des Dorfes konnte die Lage etwas beruhigen und die „Schutzbündler“ zum Gehen bewegen. Um 15:45 kam es beim Bahnhof zu leichten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen.

Die „Schützbündler“ schlugen mit Gürtelriemen, was quasi zur Standardausstattung des Schutzbundes gehörte, auf „Frontkämpfer“ ein und daraus entwickelte sich eine Schlägerei¹⁸, in deren Verlauf die „Frontkämpfer“ im Bahnhof Unterschlupf suchten. Diese Situation konnte entschärft werden und die „Frontkämpfer“ zogen sich zurück. Abseits dieser Gruppe gab es noch eine Handvoll von „Frontkämpfer“ in Schattendorf, die im Gasthof Tscharmann verbarrikadiert waren. An diesem Gasthaus zog ein Demonstrationszug der „Schützbündler“ vorbei, bei dem nach Botz auch das „einfache Volk“ beteiligt war. Ein paar „Schützbündler“ trennten sich von der Demonstration und begaben sich in das Gasthaus und in dem darauf folgenden Chaos zogen sich 15 Frontkämpfer mit dem Wirt und dessen Söhnen in das Zimmer¹⁹ zurück, indem die Waffen versteckt waren und aus besagtem Zimmer wurden Schüsse auf den Demonstrationszug abgegeben und dabei wurde ein achtjähriges Kind und ein Kriegsinvalid getötet. (Bolz 2002: 22-25) Am 2. Februar wurden die Opfer bestattet und als Solidarität wurde für eine Viertelstunde die Arbeit von den sozialdemokratischen Mitgliedern niedergelegt und am 5. Juli fand der Schattendorfprozess statt. (Gulick 1976: 275) Bis zum Geschworenenprozess blieb die Lage angespannt aber es kam zu keinen weiteren schweren Vorfällen. (Oellerer 1952: 147)

3.4.2 Wien und der Justizpalastbrand

Bevor wir die Ereignisse rund um den Justizpalastbrand behandeln, erscheint es angebracht näher auf die sozialdemokratische Lage vor dem Juli 1927 einzugehen. Wir haben festgehalten, dass der Justizpalastbrand ein Wendepunkt, nicht nur für die Sozialdemokraten war.

3.4.3 Angespannte Stimmung vor dem 15. Juli 1927 auf Seiten der Sozialdemokraten

Wir haben schon in der Betrachtung der Ausgangslage der Ersten Republik einige Problemfelder aufgezählt. Wie gesagt, forderte die Gewalt die meisten Opfer auf der „linken“ Seite des ideologischen Spektrums. Die Stimmung wurde auch durch die juristische Aufarbeitung der Straftaten erhitzt, da die Strafen für die Taten der „Rechten“ besonders mild ausgefallen waren, und aus dieser Erfahrung heraus spitzte sich die Skepsis gegenüber der Judikatur zu. Im Zuge des Schattendorfprozesses spielten die Opfer eine wichti-

¹⁸ Im damaligen Polizeibericht wurde diese Schlägerei, welche den Charakter einer Wirtshausrauferei hatte, es gab keine Stich- und Schusswaffen, als politischer Zusammenstoß bezeichnet, damit wurde der „Überbewertung der Ereignisse“ Rechnung getragen. Drimmel 1986: 360.

¹⁹ Bolz liefert eine übersichtliche Grafik, die die Schussszene aus dem Zimmer grafisch darstellt. Bolz 2002: 25.

ge Rolle, da ein Kriegsinvalide und ein Kind sehr gut für die mediale „Berichterstattung“ der Sozialdemokraten geeignet waren. Hierbei liefert Botz eine gute Analyse. Die Sozialdemokraten spielten eine wichtige Rolle bei der Gründung der Republik, wiesen eine große Mitgliederbasis auf und hatten eine gute Organisationsstruktur. Aber unter den Arbeitern herrschte eine Enttäuschung, da die Sozialdemokraten bei Wahlen teilweise die stimmenstärkste Partei waren, aber realpolitisch betrachtet an den Rand gedrängt wurden. Ein weiteres Problem stellte die Vermittlung von „Demokratie“ durch die Sozialdemokraten dar. Auf der einen Seite wurde gefordert, dass die demokratischen Spielregeln eingehalten werden sollten und die Gewalt nur als Mittel zur Verteidigung wäre. Aber im politischen Alltag wurde ein anderer Ton angewandt, der den Klassenkampf propagierte. Nach Botz führte dies bei den Anhängern der Sozialdemokraten zu keiner „klaren Vorstellung vom Wesen der Demokratie“ (Bolz 1976: 143) und der Einsatz von Gewalt als politisches Instrument wurde von einem großen Teil der Anhänger als legitimes Mittel erachtet. Wie gesagt, lag ein wesentlicher Grund für die Gewalteskalation in der Urteilsentscheidung der Schattendorfverhandlung und dem damit verbundenen Verhalten der sozialdemokratischen Führung. Man war sich unschlüssig, wie man sich verhalten sollte und die Partei verzichtete auf öffentliche Proteste. Als sich der zug“ selbstständig sich bildete, blieb die Partei uneins, wie man agieren sollte. Aus dieser Zurückhaltung der Sozialdemokraten heraus kann man die Enttäuschung der Arbeiter und die spätere „Nichtbeachtung“ der Besänftigungsversuche von den sozialdemokratischen Führern beim Justizpalastbrand verstehen. Ein weiterer Faktor war die nach Bolz übermäßig angewandte polizeiliche Gewalt. Die Demonstranten waren von dieser Entwicklung ebenfalls enttäuscht, da man doch geglaubt hätte, dass die Polizei die Arbeiter unterstützen würde. (Bolz 1976: 142-144)

3.4.4 Justizpalastbrand²⁰

Am 15. Juli 1927 wurden die Urteile im Schattendorfvorfall bekannt gegeben und endeten mit einem Freispruch für alle Angeklagten und aus diesem, für die Arbeiter unerwarteten Ergebnis, entwickelten sich die Massenproteste. Nach Bolz waren die Sozialdemokraten überrascht über den Freispruch und die Führung konnte wie gesagt mit der eingehenden Wut der Arbeiterschaft nicht umgehen. Die Polizei war ebenfalls überrascht von den Protesten und nach Bolz gab es Probleme mit der Mobilisierung der Polizei, da in der kurzen Zeit nicht genügend Männer zusammen gezogen werden konnten. Damit hatte die

²⁰ Vgl. Stummfilm „Der Brand des Justizpalastes in Wien“. http://www.mediathek.at/akustische-chronik/popups_22/F_15_Juli_1, 10.4.2011.

Eigendynamik der Massen keine Gegenkraft und konnte sich ungebremst entwickeln. (Botz 2002: 35) Das Versagen der Organisation wird auch von Drimmel bestätigt, da der Polizeivizepräsident Ignaz Pamer festhielt, dass der Schutzbund seine Rolle nicht erfüllen konnte und nicht beruhigend auf die Masse der Arbeiter eingewirkt hätte. Man hatte bis dahin den Glauben, dass der Schutzbund die Masse der Arbeiter unter Kontrolle hätte und deeskalierend im Falle des Falles wirken würde. (Drimmel 1986: 374f)

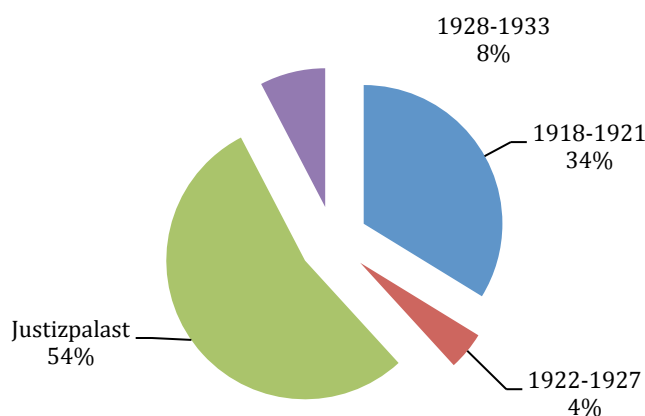
Nach Gulick fanden die ersten Unruhen vor der Universität statt und er sieht ebenfalls, dass die Polizei im späteren Verlauf „unglücklich“ agierte und der Situation nicht gewachsen war. Gulick verweist auf Ordnungsdienste, die in den letzten Jahren vor diesem Ereignis von dem Schutzbund gestellt wurden. Dazu kamen noch eine Selbstüberschätzung, falsche Organisation und ein Vertrauen in die sozialdemokratischen Führen, die diese Situation entschärfen sollten, die sich als falsch herausstellten. Auf der Ringstraße kam es zu einem Aufeinandertreffen, bei dem das erste Blut unter den Demonstranten vergossen wurde. Die Lage hatte sich durch das gewaltsame Eingreifen verändert. Nach Gulick transformierte die anfangs friedliche Demonstration gegen die Urteile von Schattendorf in „einem Kampf gegen ‚Seipels Männer‘ – die Wiener Polizei“ (Gulick 1976: 278).

Ein Problem für die Regierung war das Fehlen bzw. die rechtzeitige Mobilisierung des Schutzbundes, der ja wie schon erwähnt Ordnungsdienste für die Polizei ausgeführt hatte. Die Masse der Demonstranten erreichte den Justizpalast, der von einigen Polizisten bewacht worden wurde und diese gaben Schüsse in die anrückenden Massen ab, was wohl auf Panik zurückzuführen war. Die Demonstranten bekamen im Zuge des Rückzuges der Polizisten Zugang zum Gebäude und aus den Fenstern wurden Dokumente geworfen, auf der Straße angezündet, einzelne brennende Papierstücke wurden zurückgeworfen und damit das Gebäude in Brand gesteckt. Nach einer Ruhepause vor dem Gebäude kam es zu weiteren Schüssen. Seipel hatte während der Pause Schober den Auftrag erteilt mit aller Macht die Unruhen niederzuschlagen. Schober entsandte 600 bewaffnete Männer in die Nähe des Parlamentes, zudem wurde von Schober um militärische Unterstützung angesucht. Nach Gulick unterlag die Polizei auch der Hysterie, was nicht verwunderte, da teilweise sehr stark gegen die Polizisten vorgegangen wurde und die Eigendynamik in Form von Gruselgeschichten über die Gewalt sich verselbstständigte. Es war nun keine einfache Demonstration mehr nach Gulick, sondern es wurde ein Kampf über die Vor-

herrschaft zwischen den Großparteien. Die Regierung konnte die Ängste und Rachege-
lüste der Polizei gut verwenden und einsetzen. Am Ende stand eine Bilanz mit 89 getöte-
ten Menschen, wovon nur vier Polizisten waren. Der Rest setzte sich aus Demonstranten
und zufällig beteiligte Passanten zusammen. Im Verlauf von zwei Tagen wurden 1.057
verletzte Menschen gezählt. Mit den Verletzten und Toten stellte dieses Ereignis nach
Gulick ein einschneidendes Erlebnis zwischen der Regierung und den sozialdemokrati-
schen Arbeiter dar, denn dies war das erste Mal in der Ersten Republik, dass vonseiten
der Regierung in diesem Ausmaß mit Waffengewalt gegen die Arbeiter vorgegangen
wurde. (Gulick 1976: 276-281) Wir werden im Kapitel „Destabilisierung des politischen
Systems“ näher darauf eingehen.

Wir entfernen uns nun von den direkten Ereignissen und können zum Ende dieses Kapi-
tels uns die „Opferverteilung“ betrachten. Die besondere Relevanz des Justizpalastbran-
des können wir daran erkennen, wenn wir die Gewaltphasen nach Botz mit den Opferzah-
len in der Ersten Republik vergleichen. Wir können nun diese drei Phasen grafisch dar-
stellen, wobei wir hier den Justizpalastbrand gesondert hervorheben möchten.

Abbildung 8 Phasen der Gewalt nach Botz²¹



Quelle: selbsterstellte Grafik²² nach Botz 1976: 236f.

Anhand dieser grafischen Darstellung bekommen wir einen guten Überblick über die
Opferverteilung. In den wenigen Tagen des Justizpalastbrandes wurden mehr als die
Hälfte der Toten und Verletzte aller Opfer in der demokratischen Phase der Ersten Re-

²¹ Um eine grafische Darstellung zu ermöglichen, haben wir die weite Phase nach Botz zwischen 1922 und 1927 neu kategorisiert.

²² Vollständige Auflistung zu finden im Anhang in Tabelle 14: „Anzahl der Opfer der politischen Gewaltanwendung 1918-1934“.

publik erreicht. Nach Botz starben aufseiten der Sozialdemokraten 85 Menschen und 57 wurden verletzt. Aufseiten der Regierung bzw. der eingesetzten Exekutive wurden nur 4 Menschen getötet aber 120 verletzt. Es verwundert daher kaum, dass dieses Ereignis traumatische Erinnerungen aufseiten der Sozialdemokraten zurückließ und die weitere Entwicklung mitbeeinflusst hat.

4 Massenmedium „Tageszeitung“ in der Ersten Republik

Wir werden in diesem Abschnitt die Zeitungslandschaft der Ersten Republik näher beleuchten und wie in diesem Medium der Justizpalastbrand dargestellt wurde. Wir haben in der Einleitung schon festgehalten, dass die „Zeitung“²³ das bedeutendste „Massenmedium“ der Ersten Republik war und werden in diesem Kapitel dies begründen. Andere Massenmedien im heutigen Sinne wie der Rundfunk spielten in der Ersten Republik keine entscheidende Rolle. Das erste Rundfunkunternehmen in Österreich wurde nicht für die politische Agitation verwendet, denn über die Bereiche Politik und Religion wurde nicht berichtet. Im Ständestaat kam es zur „Verstaatlichung“ und der Rundfunk wurde erst ab diesem Zeitpunkt für die Propaganda benutzt. (vgl. Csoklich 1983: 726)

4.1 politische Öffentlichkeit und Massenmedien

Wir können behaupten, dass ohne Massenmedien unser heutiges gesellschaftliches System kaum vorstellbar wäre und in diesem Zuge wird auch von Mediendemokratie gesprochen. Wir wollen nun uns mit den Merkmalen beschäftigen, was man unter dem Begriff „Massenmedium“ subsumieren kann. Dazu können wir uns auf Jürgen Wilke berufen, der eine klassische Beschreibung liefert, da nach ihm „Massenmedien“ indirekt, also über ein Medium wie die Zeitung, einseitig von dem Sender zum Empfänger wirken und für jeden zugänglich sind. Massenmedien würden damit eine größtmögliche Zielgruppe bedienen. (Wilke 2008: 2) All diese Punkte treffen auf das „Massenmedium Zeitung“ in der Ersten Republik zu. Für die politische und gesellschaftliche Relevanz der Massenmedien bringen die Autoren Gabriele Melischek und Josef Seethaler eine interessante Sichtweise, wenn sie auf Rosengren verweisen, der dies treffend formulierte: "In modern societies culture [...] is to a large extent produced and reproduced, distributed, consumed, and gradually changed by means of the mass media" (Rosengren 1989: 433, zitiert nach: Melischek/Seethaler 1996a: 60) Christiane Eilders beschreibt unter anderem die Massenmedien als unabhängige Akteure der politischen Kommunikation. „Mit ihrer Teilnahme am politischen Diskurs versuchen sie legitimermaßen, die politische Meinungsbildung der Bevölkerung und des politischen Systems zu beeinflussen“. (Eilders 2008: 27) Wobei man hier sagen muss, dass dies eine Idealsituation darstellt, in denen Medien agieren sol-

²³ Wir verwenden den Begriff „Zeitung“ aber haben noch nicht geklärt, was eine „Zeitung“ kennzeichnet. Paupié bezieht sich hier auf Groth der Charakteristika lieferte, die auch in der heutigen Zeit für die Zeitung gilt. „1. Periodisches Erscheinen, 2. Mechanische Vervielfältigung, 3. Das öffentliche Erscheinen, d. h. Zugänglichkeit für jedermann (Publizität) und für den Inhalt: 4. Mannigfaltigkeit bzw. Vollständigkeit, 5. Allgemeinheit des Interesses (Kollektivität, Universalität), 6. Aktualität, schließlich 7. Gewerbsmäßige Erzeugung (wirtschaftliches Unternehmen). Groth 1948: 22, nach: Paupié 1957: 28.

len. Zum Verhältnis von Massenmedien und Politik attestiert Everhard Holtmann den Massenmedien „wichtige informationelle Steuerungsaufgaben“ (Holtmann 1987: 393). Es soll zu einer störungsfreien Kommunikation zwischen der Gesellschaft und dem politischen System kommen. Das politische System ist in der Lage als einziges System verbindliche Regeln für die gesamte Gesellschaft herzustellen. Aber die Entscheidungsträger der Politik „müssen jedoch Interessen und Leistungserwartungen, die von sozialen Kräften angemeldet werden, rechtzeitig wahrnehmen und solche ‚demands‘ zwecks Sicherung von Massenloyalität wenigstens teilweise berücksichtigen“ (ebd.:) und in dieser Vermittlerrolle besteht die besondere Relevanz der Massenmedien. Ohne diese Loyalität, die als Herrschaftslegitimation dient, würde eine demokratische Gesellschaft ins Wanken kommen. Katrin Voltmer liefert interessante Punkte, die von einem idealen kritischen Massenmedium ausgeht. Wir werden feststellen, dass die beschriebenen Punkte, wenn wir diese mit den Massenmedien der Ersten Republik vergleichen, nicht von diesen erfüllt wurden. Einerseits benötigen Massenmedien für ihre Rolle in einer Demokratie ein gewisses Maß an Autonomie. Voltmer beschreibt dies als „Freiheit vor politischer Manipulation“ (Voltmer 2008: 93). Damit einher geht auch ein ökonomischer Faktor, denn um „kritikfähig“ zu bleiben, müssen die Massenmedien eine ökonomische Unabhängigkeit besitzen und in diesem Punkt hat die Politik die Möglichkeit die Medien zu beeinflussen. Als abschließender Punkt verweist Voltmer auf die Bereitstellung von Informationen und auf die Kontrollfunktion, die vor Machtmissbrauch schützen soll. (Voltmer 2008: 93f) Dies sind wichtige Punkte, die Massenmedien in einer Demokratie erfüllen sollen und können uns Voltmer anschließen.

Die wichtige Bedeutung der Massenmedien sehen auch die Autoren Matis et al. Die Medien dienen als eine Vermittlungsinstanz bei der Kommunikation zwischen der Öffentlichkeit und dem politischen System. Es wird nach Matis et al. den Massenmedien „ein entscheidender Anteil an der Konsolidierung der Demokratie zugeschrieben, da es an ihnen liegt, systemlegitimierende Einstellungen und Werterhaltung zu vermitteln“ (Matis et al. 2004, 882). Ähnlich argumentieren Seethaler/Melischek, da sie die Medien als „politische[n] Sozialisationsinstanz“ (Seethaler/Melischek 1993: 27) für unser Werte- und Normenverständnis wahrnehmen, die unverzichtbar für unser gesellschaftliches System sind. Für die Erste Republik kann man festhalten, dass das Massenmedium „Zeitung“ diese Punkte einer kritischen Ausübung nach Voltmer und im Sinne einer Sozialisationsinstanz nach Seethaler/Melischek nicht erfüllt haben. Wir werden in diesem Kapi-

tel noch hören, dass die politische und finanzielle Unabhängigkeit kaum gegeben war und die Bereitstellung von Informationen für den politischen Diskurs für parteipolitische Interessen verwendet wurde und eine Kontrollfunktion im heutigen Sinne nicht existierte. Michael Mathias Stadler weist auf einen Punkt hin, den wir noch nicht berücksichtigt haben, obwohl dieser mit der Polarisierung der Parteienlandschaft und der Medienlandschaft einhergegangen ist, nämlich die Propaganda und Agitation. Stadler beschreibt die Agitation als „die kämpferische, aggressive Werbung für politische Ziele ... [und es] werden oft Gedanken und Berichte ohne Rücksicht auf ihre Wahrheit und Richtigkeit verbreitet“ (Stadler 1990: 5). Diese Beschreibung spiegelt die politische Lage und die Berichterstattung der Ersten Republik treffend wieder. Große Teile der Tageszeitungen haben diese Funktion nahezu perfekt ausgeführt. Die besondere Rolle der Tageszeitungen im ideologischen Kampf um Wählerstimmen und der Diffamierung des politischen Gegners sieht auch Stadler gegeben, wenn er meint, dass die Parteizeitungen mit der „Gesinnungspresse“ hier eine wichtige Rolle gespielt haben. (Stadler 1990: 16) Diese Punkte führen uns eine Ebene tiefer, nämlich zum Verhältnis von politischen Parteien und den Massenmedien. Wir werden noch kurz auf das Verhältnis von Massenmedien und Partei bei Wahlen eingehen und warum dies so wichtig für die Politikvermittlung ist. Rüdiger Schmitt-Beck und Barbara Pfetsch bestätigten die Annahme, dass die Massenmedien „in modernen Industriegesellschaften [...] die wichtigsten Austauschkanäle [darstellen], über die sich Öffentlichkeit konstituiert.“ (Schmitt-Beck/Pfetsch 1994: 106) Es verwundert dabei nicht, wenn politische Parteien versuchen einen Einfluss auf diese Medien zu bekommen. Schmitt-Becker/Pfetsch beschreiben die Öffentlichkeit als einen Raum, in dem sich jene Themen befinden, die der Bevölkerung als wichtig erscheinen und diese können beeinflusst werden. Für die herrschende Regierung kann das bedeuten, dass mit dem Mittel „Massenmedien“ ein selbst erstelltes gutes Bild der eigenen Politik konstruiert werden kann. (Schmitt-Beck/Pfetsch 1994: 108)

In der Ersten Republik war der mediale öffentliche Raum ein „Kampfgebiet“ der verschiedenen Partei- und Gesinnungspresen und in diesem Kapitel werden wir sehen, dass dabei die Politikvermittlung aus Propaganda und der Diffamierung des politischen Gegners zu großen Teilen bestanden hat. Wir können diesen Abschnitt mit der „Gesellschaft“ in der Ersten Republik abschließen. Nach Everhard Holtmann stellte diese eine fragmentierte Gesellschaft dar, die sich in zwei Teilkulturen der dominanten politischen Lager aufteilte. Diese „Gräben“ firmierten sich anhand verschiedener „Cleavages“, die

sogar die Privatsphäre nach politischen Weltanschauungen ausrichtete. Die Identifizierung dieser Gruppen mit ihren jeweiligen politischen Eliten lag in deren Interesse. Holtmann beschreibt dies als „identitätssichernde Funktion“, und dafür sorgte unter anderem die Parteipresse, die wir in diesem Abschnitt behandeln werden. (Holtmann 1987: 396, 399)

4.2 Medienlandschaft in der Ersten Republik

Wir haben in dieser Arbeit schon öfter uns auf die These bezogen, dass die „Tageszeitung“ das wichtigste Massenmedium war, und können uns auf die Autoren Melischek und Seethaler berufen, die der „Tagespresse“ einen steigenden Stellenwert für die politische Sozialisation in unserem untersuchten Zeitraum der Ersten Republik attestiert haben. (Melischek/Seethaler 1996a: 62) Die Autoren Matis et. al. liefern eine Ergänzung dazu, da die Tageszeitung in der Ersten Republik die damalige politische Lage in der Gesellschaft widerspiegelte bzw. die verschiedenen „ideologischen“ Wahlmöglichkeiten, die an bestimmte Werte und Vorstellungen geknüpft waren, repräsentierten. (Matis et al. 2004, 884) Stadler stellt dabei fest, dass „[d]ie politische Presse der Zwischenkriegszeit [...] durch Konfrontation der christlichsozial-katholischen und der sozialdemokratischen Anschauung [geprägt war]“ (Stadler 1990: 31). Wie wir später feststellen werden, können wir anhand der Gegnerschaft in der „Partei- und Gesinnungspresse“ die gespaltene politische Situation erkennen. Weiteres weisen die Autoren Matis et. al. auf die historische Entwicklung hin (vgl. Matis et. al 2004: 884) Es ist logisch, dass die Habsburgermonarchie einen Einfluss auf die Medienlandschaft der Ersten Republik gehabt hatte und diesen Punkt sollten wir nicht unterschätzen. Ein Merkmal der „Wiener Presse“ stellte nach Csoklich die außerordentlich bissige und stark vertretene Boulevardpresse dar, die auf plakative Überschriften, um die Leser anzusprechen, setzte, aber auch „einen gut entwickelten politischen Nachrichtenteil und auf ein zum Teil hochstehendes Kulturfeuilleton“ aufweisen konnte. Eine weitere interessante Tendenz nach Csoklich stellte der Bedeutungsgewinn des „Leitartikels, der Glosse und des Kommentars“ dar. Damit wurde der Polarisierung in der Sprache, die sich in die Öffentlichkeit widerspiegelte, Rechnung gezollt und man konnte dadurch die Beeinflussung der Leser weiter vorantreiben. (Csoklich 1983: 717f)

4.2.1 Leitmedien in der Ersten Republik

Fritz Csoklich liefert einen guten Überblick über die wichtigsten Zeitungen nach dem Ende der Monarchie. Die „Arbeiter-Zeitung“ aufseiten der Sozialdemokraten und die „Reichspost“ aufseiten der „Christlichsozialen“ erfuhren einen Bedeutungsgewinn. Csoklich streicht als besonderes Merkmal dieser Zeitungen das persönliche Verhältnis der beiden „führenden“ Redakteure Otto Bauer bei der „Arbeiter-Zeitung“ und Ignaz Seipel bei der „Reichspost“ heraus. Das verwundert kaum, da diese beiden Vertreter zu den führenden Köpfen ihrer jeweiligen Partei gezählt haben. Josef Luger sah im Medium „Wiener Tageszeitung“ das wichtigste Medium in der Ersten Republik. Es verwundert daher nicht, wenn er in diesem Medium ein geeignetes Mittel sah, die Politik zu beeinflussen und dementsprechend spiegelte sich der politische Kampf in den Tageszeitungen wieder. Als jeweilige dominierende Parteizeitungen in Wien bezeichnete Luger die „Reichspost“ und die „Arbeiter-Zeitung“, wobei die „Großpresse“ hauptsächlich mit den Christlichsozialen sympathisierte. Dies hatte die Folge, dass diese Zeitungen eine dominierende Stellung in der Meinungsbildung der politischen Öffentlichkeit eingenommen haben. (Luger 1985: 63)

Die Autoren Matis et al. stellten eine Untersuchung über die Leitmedien unter den Tageszeitungen an. Dabei wurden verschiedene Faktoren herangezogen, um die Relevanz²⁴ der einzelnen Zeitungen zu untersuchen. Ähnlich wie bei Csoklich hatte die „Arbeiter-Zeitung“ einen besonderen hohen Status. Die Bedeutung der Zeitung erfuhr am Beginn der 30er Jahre aber einen zunehmenden Rückgang. Dies wurde begründet durch wirtschaftliche Faktoren und einer schwächer werdende Bindung mit den Arbeitern. Aufseiten der Christlichsozialen waren die „Neuigkeits-Welt-Blatt“ und die „Reichspost“ die nennenswertesten „Meinungsbildungszeitungen“, wobei Matis et al. hinweisen, dass das bürgerliche-konservative Presselager sehr heterogen war. Weitere wichtige Zeitungen waren das „Neue Wiener Extrablatt“ für den Landbund und die „Deutschösterreichische Tageszeitung“ für die Nationalsozialisten. Am Beginn der 30er Jahre konnte ein stark werdender Rechtsruck im Wiener Zeitungsmarkt festgestellt werden, wobei die liberalen Blätter eine nach Matis „untergeordnete Rolle“ (Matis et al. 2004, 891) in dieser Zeit gespielt haben. (Matis et al. 2004: 890f) Interessant erscheint nun, dass die liberalen Zeitungen kaum die Funktion eines Leitmediums übernommen haben. Dies würde wieder für

²⁴ Matis et al. ermitteln einen „sozialmetrischen Status“ an und berechnen daran den sozialen Status. Der „sozialmetrische Status“ setzt sich ua. wie oft von der Zeitung zitiert wurde zusammen. Matis et al. 2004: 890.

die These einer Polarisierung des Massenmediums Zeitung sprechen, da in einer zwischen sozialdemokratischen und christlichsozialen „bipolarisierten“ politischen Öffentlichkeit liberale Blätter relativ wenig beachtet wurden.

4.2.2 Ausländischer Einfluss auf den Zeitungsmarkt

Ein weiteres Merkmal der österreichischen Presselandschaft in der Zwischenkriegszeit, das nicht unterschätzt werden darf, war der ausländische Einfluss. Hans Heinz Fabris beschrieb eine Einflussnahme auf die Presse, die vor allem von Deutschland und Italien ausgegangen ist. Der Deutsche Verlagsherausgeber Hugenberg gründete die „Österreichische Anzeigen GmbH“ (Fabris 1991: 52), die in ihrem Bereich zu den bedeutsamsten Unternehmen zählte. Die deutsche Regierung beteiligte sich ebenso an der politischen Einflussnahme bei den Zeitungen, die in Form von Handelsgeschäften und durch direkte Zeitungskäufe bzw. Förderungen zustande gekommen ist. Mit der Machtergreifung von Hitler in Deutschland verschärfte sich die politische Einflussnahme aus Deutschland auf das österreichische Pressewesen. (Fabris 1991: 52f) Neben dem deutschen und italienischen Einfluss gab es nach Csoklich (vgl. Csoklich 1983: 718) und Paupié eine Einflussnahme aus der Tschechoslowakei. Nach Paupié unterstand der Orbis-Verlag der tschechischen²⁵ Regierung und war zu einem Drittel an dem Verlags- und Druckereiunternehmen Vernay beteiligt, die „den Morgen“ und „der Tag“ mit herausgegeben haben. Des Weiteren hatte der Orbis-Verlag eine Beteiligung an dem Kronos-Verlag, der „die Stunde“, „die Börse“ und „die Bühne“ herausgebracht hatte. Interessant erscheint nun, wie diese politische Einflussnahme ausgesehen hatte.

Nach Paupié wurde indirekt auf die politische Berichterstattung Einfluss genommen. So richtete sich die Redaktionslinie „gegen die Restauration, den Revisionismus, den Anschluß an Deutschland, die Politik Ungarns sowie für eine mitteleuropäische Wirtschaftseinheit und eine positive funktionierende Völkerbundpolitik“ (Paupié 1960: 181). Ein Beispiel dieser ausländischen Einflussnahme liefert Csoklich, der dies an „der Stunde“ erörtert hatte. Nach ihm war die Zeitung bereit, für materielle Gegenleistungen auf bestimmte Themen, die für die tschechoslowakischen Teilhaber ungünstig erschienen, zu verzichten. (Csoklich 1983: 718). Der Einfluss der tschechischen Regierung ging durch Intervention der österreichischen Regierung 1927 zurück und den Tschechen blieben nur

²⁵ Wir verwenden die gleiche Begriffsbezeichnung, wie sie Paupié, der in diesem Bezug von „tschechisch“ gesprochen hat, Csoklich verwendete in diesem Punkt mit „tschechoslowakisch“ die korrekte Form. Csoklich 1983: 718.

„der Tag“ und „der Morgen“ für ihre politische Agitation in Österreich. (Paupié 1960: 180f)

4.2.3 „Länderzeitungen“

Unser Hauptaugenmerk liegt in der Analyse der Wiener Tageszeitungen aber dennoch erscheint es notwendig die Presselandschaft abseits von Wien zu betrachten. An dieser Stelle muss auf die Unvollkommenheit hingewiesen werden, da die Dokumentation und die Datenlage über die „Länderzeitungen“ bei Weitem nicht vollständig erschlossen ist und muss aufgearbeitet werden. Nach Stadler konnte keine andere Presse eine ähnliche Relevanz in der Ersten Republik wie die Wienerpresse erlangen. Die politische Gespaltenheit, die wir im angespannten Verhältnis von Wien mit dem Rest von Österreich beschrieben haben, können wir nach ihm auch auf die Presselandschaft der Ersten Republik übernehmen. Nach ihm kam es „zu einem starken Gegensatz zwischen dem ‚roten‘ Wien und den ‚schwarzen‘ Ländern“ (Stadler 1990: 35). Daher verwundert es nicht, dass die sozialdemokratische Presse in den Ländern eher schwach vertreten war und die liberale, wenn vorhanden, und die katholischen Zeitungen eine stärkere Position eingenommen haben, was nachvollziehbar erscheint. Die Auflagenstärke der Zeitungen erreichte nie die hohen Zahlen wie in Wien und nach Stadler gab es in manchen Bundesländern überhaupt keine eigenen Tageszeitungen und dabei wurde auf das Burgenland und Niederösterreich verwiesen. (ebd.:) Man muss bei Stadler anmerken, dass er keine Unterscheidung trifft, ob die Parteipresse von den Tageszeitungen ausgenommen wurde.

Csoklich sieht ebenfalls eine Medienkonzentration der Tageszeitungen in Wien und eine schwache Ausprägung in den Ländern, die keine Zeitung herausgebracht haben, welche eine „annäherungsweise gesamtösterreichische Beachtung“ (Csoklich 1983: 720) erlangt haben. Für die Bundesländer mit der Ausnahme Niederösterreich und Burgenland gab es parallele Tendenzen, in denen Zeitungen aus dem deutschnationalen, liberalen oder dem „freisinnigen“ (ebd.:) Lager die leserstärksten Zeitungen waren. Die sozialdemokratischen und katholischen Blätter waren von den Auflagenzahlen dagegen abgeschlagen. Interessant erscheint, dass bei Csoklich liberale Zeitungen am Land relativ gesehen eine hohe Auflagenzahl gehabt haben, obwohl nach Matis et. al. in Wien die liberalen Blätter keine große Relevanz aufgewiesen haben. Normalerweise vermutet man, dass die liberalen Zeitungen in der Stadt die besseren Auflagenzahlen als auf dem Land haben würden. Wir können nun die Daten über die „kommerziell erfolgreichsten“ Zeitungen nach Csok-

lich betrachten, damit können wir einen Vergleich mit der Wiener Tagespresse anstellen und gleichzeitig die Medienkonzentration erkennen. Die Daten stammen aus Csoklichs Beitrag: „Presse und Rundfunk“²⁶ und soll wie gesagt einen Überblick liefern. Im deutschnationalen Lager waren die „Grazer Tagespost“ und die „Tages-Post“ in Linz mit 28.000 bis 40.000 Stück die auflagenstärksten Zeitungen in den Bundesländern abseits von Wien. (Csoklich 1983: 720f) Wir haben eine „Institution“ noch nicht erwähnt, die auf dem ersten Blick nicht als relevanter Zeitungsherausgeber in Erscheinung getreten ist, aber dennoch einen großen Einfluss gehabt hatte. Die katholische Kirche hatte eigene Verlage und Druckereien, die bis 1938 von Priestern geleitet wurden, wobei man sagen muss, dass die Auflagenzahlen niedrig blieben. Die erfolgreichste Zeitung im katholischen Lager abseits von Wien war die „Kleine Zeitung“, die in der Steiermark und in Teilen Kärntens vertrieben wurde. Die sozialdemokratische Länderpresse erging es nach Csoklich noch schlechter als der katholischen Presse. Nur der „Arbeiterwille“ in Graz konnte man mit 22.000 Stück als erfolgreich bezeichnen, wobei es zu einem Rückgang ab der Wirtschaftskrise gekommen war. (Csoklich 1983: 721f). Eine Besonderheit wies nach Csoklich die westlichste Presse in Österreich auf, da die vorarlbergische Presse unter der Habsburgerzeit eine enge „Bindung“ mit der Schweizerpresse entwickelte. Teile von Vorarlberg unterstützten einen Anschluss an die Schweiz und dies spiegelte sich auch in der Presse wieder aber mit der Abstimmung zugunsten Österreichs endete diese Diskussion in der vorarlbergischen Presse. (Csoklich1983: 722f)

4.2.4 Medien und Wahlen

Wir haben schon erörtert, dass die Polarisierung der politischen Lager sich in einem fehlenden Konsenswillen gezeigt hatte und dies können wir nach Matis et. al. auch für die bedeutendsten Zeitungen der damaligen Zeit annehmen (Matis et al 2004: 897). Wir können einen Schritt weiter gehen und sagen, dass damit die Polarisierung von den Zeitungen nicht nur unterstützt, sondern auch vorangetrieben wurde. Diese Lagerbildung in der Presse zeigte sich auch im politischen Wahlkampf und in der politischen Berichterstattung. Nach Csoklich wurde die Auseinandersetzung in diesen Tageszeitungen nach dem Ende der Koalitionsregierung 1920 stärker. (Csoklich1983: 717) Besonders im Zeitraum vor Wahlen hatten die Zeitungen einen sehr großen Einfluss, was kaum verwundert. Im Wahlkampf zum Nationalrat im Jahr 1920 verhielt sich die „Arbeiter-Zeitung“ zurückhal-

²⁶ Eine genauere Auflistung lässt sich im Anhang in der Tabelle 11: „Überblick über Länderzeitungen 1918 - 1933 in der Ersten Republik“ finden.

tend, wohingegen die „Reichspost“ einen aggressiven Ton in der Wahlkampfberichterstattung führte. Je größer die Parteidifferenzen zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen wurde, desto schärfer wurde auch die jeweilige „Lager-Presse“. Dieses polarisierte Verhältnis in der Presse zeigte sich besonders im wechselhaften Verhältnis zwischen der „Reichspost“ mit der politischen Figur Seipel und der „Arbeiter-Zeitung“, die quasi das Sprachrohr von Otto Bauer und der Sozialdemokraten war. (Luger 1985: 64) Interessant erscheint aber, dass die „Großpresse“ nach Luger, welche am Anfang der Republik in Wien zu großen Teilen liberal war, in den Parteiendisput nicht eingegriffen hatte. Im Jahre 1922 wurde von den Sozialdemokraten eine Inseratensteuer eingeführt, welche mehrheitlich die liberalen Blätter traf. Diese Maßnahme hatte nach Luger zu diesem Zeitpunkt keinen Einfluss auf die Polarisierung der Blätter. Der Konflikt zwischen den beiden Großparteien wurde heftiger und der Schattendorfvorfall stellte nicht nur auf die Politik sondern, auch auf die eine neue Stufe der Polarisierung dar.

Die Analyse der „Parteizeitungen“ stellt sich einfacher heraus als bei der „freien Presse“, denn bei dieser wechselte in manchen Fällen das von ihnen unterstützte „ideologische Lager“. Im Wahlkampf im Jahre 1923 schrieben die „Neue Freie Presse“, das „Neue Wiener Tagblatt“ und das „Neue Wiener Journal“ für die Sozialdemokraten und konnten als sozialdemokratische „Gesinnungspresse“ bezeichnet werden. Nach Luger setzten sich die bis dahin liberalen Zeitungen „Neue Freie Presse“, „Neue Wiener Tagblatt“ und das „Neue Wiener Journal“ bei den Nationalratswahlen 1927 für die Einheitsliste ein. Als Grund für diesen Richtungswechsel gibt Luger die Inseratensteuer an, die hier diese Zeitungen auf die Seite der Einheitsliste gezogen hatte. Die Einheitsliste gewann diese Wahl und die Christlichsozialen konnten die Regierung weiter fortführen. Mit dem Justizpalastbrand verhärteten sich die ideologischen Gräben und die Rhetorik zwischen den nun polarisierten Zeitungen wurde härter und emotionaler. Im Wahlkampf für die Wahl am 9. November 1930 bekämpften sich die „Reichspost“ und das „Neue Wiener Journal“ sehr heftig, wobei die „Neue Freie Presse“ und das „Neue Wiener Tagblatt“ wie auch die „Arbeiter-Zeitung“ nach Luger sich eher zurückhaltender verhielten. (Luger 1986: 65-68)

4.2.5 Gewalt in der „politischen Sprache“

Wir haben die These aufgestellt, dass es in der Ersten Republik zu einer Polarisierung des politischen Systems gekommen ist, die sich in einer Gewaltspirale manifestierte. Wenn wir von „Polarisierung“ sprechen, dann bedarf es im Falle der Tageszeitung einer be-

stimmten Wortwahl, die eine polarisierende Wirkung gehabt hat. Im Folgenden möchten wir uns kurz mit der politischen Sprache und der Gewalt befassen und können auf Paul Sailer-Wlasits verweisen, der dies für die Erste Republik erörtert hat. Nach Sailer-Wlasits wäre die politische Sprache eine Mixtur aus verschiedenen „Fachsprachen“ mit der Alltagssprache. Politische Sprache ist wirkungsvoll, da eine große Wählerschicht bzw. Zielgruppe durch relative Vereinfachung des Sachverhaltes angesprochen werden kann. „Mehrheitsfähige politische Sprache ist daher jener sprachliche Duktus, der mit Stereotypen, Konnotationen und Metaphorik jenen Identifikationsraum erzeugt, in dem sich eine fiktive Mehrheit“ (Sailer-Wlasits 2002: 204) erreicht lässt. Je einfacher und unpräziser die Wortwahl, desto größer ist der Spielraum, in dem der Politiker sich bewegen kann und für diesen Effekt werden gerne Metaphern und andere stilistische Methoden verwendet. (Sailer-Wlasits 2002: 204-207)

4.2.5.1 „Gewalt“ auf sprachliche Ebene im „Linzer Programm“

Anhand des Linzer Programmes kann man nach Sailer-Wlasits die Polarisierung der Politik durch bestimmte Wortwahl gut erkennen. Das Linzer Programm ist auch deshalb bedeutend, da die verwendete Formulierung in dem Programm von den politischen Gegnern der Sozialdemokraten aufgegriffen und instrumentalisiert wurde. Der Parteitag wurde zwischen dem 30. Oktober und dem 4. November 1926 in Linz abgehalten. Nach Sailer-Wlasits trug die verwendete politische Sprache zur Förderung der Gewaltbereitschaft bei. (Sailer-Wlasits 2002: 93f) Deshalb ist es von Bedeutung, wenn wir kurz auf das Programm näher eingehen, wobei wir hier uns auf Sailer-Wlasits stützen können. Wenn wir einige „Begriffe“ aus dem Programm herausnehmen, so kann man die Kritik an der Wortwahl gut nachvollziehen. Ein häufiger Begriff, der in diesem Dokument verwendet wurde, ist der „Kampf“ und in diesem Sinne wurden auch andere „kriegerische“ Begriffe eingebaut. Nach Sailer-Wlasits hatte Otto Bauer den stärksten Einfluss auf den Parteitag und so verwundert es nicht, dass diese Begriffe von ihm stammten. Dabei muss noch ergänzt werden, dass Bauer selbst von einer defensiven Verwendung der Gewalt gesprochen hatte. Man müsse bei den demokratischen Spielregeln bleiben, und erst, wenn alle demokratischen Mittel ausgeschöpft wären und die Demokratie, als solche in Gefahr wäre, dürfte man Gewalt zum Schutze dieser anwenden. (Sailer-Wlasits 2002: 96) Dies stellte ein wichtiger Punkt in der eigenen Selbstwahrnehmung und in der politischen Mittelwahl der Sozialdemokraten dar. Mit dem Schattendorfvorfall und vor allem mit dem Justizpalastbrand setzte eine Wende in diesem Verständnis ein. Ein weiterer problemati-

scher Terminus war der Begriff „Diktatur“, welcher nach Sailer-Wlasits im metaphorischen Sinne als „*Klassenherrschaft des Proletariats*“ (Sailer-Wlasits 2002: 98) das Parteiprogramm beeinflusste, daraufhin entbrannte die Debatte um die Phrase „Diktatur des Proletariats“²⁷. Nach Drimmel wurde mit dieser Formulierung im Programm die Möglichkeit geschaffen, unter bestimmten Voraussetzungen auch eine Diktatur des Proletariats zu installieren. (Drimmel 1986: 347) Im Nationalratswahlkampf von 1927 wurde die Formulierung „Diktatur des Proletariats“ von den politischen Gegnern aufgegriffen und für den Wahlkampf verwendet. Obwohl Bauer gegen die negative Verwendung ankämpfte, wurde in der öffentlichen Debatte dies zum Leitwort gegen die Sozialdemokraten. Kriechbaumer charakterisierte die öffentliche Wahrnehmung, da „die Sozialdemokratie nicht müde wurde, die bürgerliche Demokratie als prinzipiell demokratieunfähig um egalitären Sinn zu diffamieren. Die Definition des Sozialismus als kontradiktorischer Widerspruch zur bestehenden Ordnung impliziere deren völlige Beseitigung und musste daher zu Angst- und Abwehrreaktionen führen.“ (Kriechbaumer 2001: 109f) Damit war die Partei gebrandmarkt und ein Stempel wurde von den Gegnern aufgezwungen. Eine weitere Folge des „Linzer Programms“ war nach Holtmann, dass es zu einer internen Identitätskrise gekommen ist. Die Sozialdemokraten verfolgten eine Politik der Tolerierung von politischen Entscheidungen der Regierung, ersichtlich etwa bei dem Budgetsanierungsgesetz von 1930, was bei der Parteibasis und in der Öffentlichkeit missgünstig interpretiert wurde. Die Partei musste sich vor der Basis und den Länderchefs rechtfertigen. Auf diese Kritik wurde argumentiert, denn wenn die Partei „auf ihren proportionellen Amtsanteil verzichte, [dann verlieren sie] ein Stück Gegenmacht“. (Holtmann 1987: 403) Anhand des Beispiels „Diktatur des Proletariats“ kann man erkennen, dass die politische Wortwahl eine entscheidende Rolle im politischen Diskurs gespielt hat.

4.3 Gesinnungspresse und Lagerbildung

In diesem Punkt möchten wir uns mit der Gesinnungspresse auseinandersetzen und klären, was sich hinter diesem Begriff verbirgt. Wir haben für die Presselandschaft der Ersten Republik festgehalten, dass wir diese zu großen Teilen als „Gesinnungspresse“ bezeichnen können.

²⁷ Sailer-Wlasits beschreibt das Problem für die Sozialdemokraten darin, dass die Verwendung der Aussage „Diktatur des Proletariats“ sich vom ideologischen Sinne von Marx und Engels entfernt und eine neue Bedeutung bekommen hatte, da dieser Begriff mit den realen Praxen der Diktatur des Bolschewismus neu geprägt wurde. Sailer Wlasits 2002: 100.

4.3.1 Gesinnungspresse

Der Begriff „Gesinnungspresse“ kann man nach Heinz Pürer und Johannes Raabe als einen Überbegriff sehen, in dem sich die verschiedenen Formen der Parteipresse zusammenfassen lassen. Man kann dabei drei Unterscheidungen ausmachen. Als erstens gab es parteieigene bzw. parteinahe Zeitungen, die entweder direkt von der Partei herausgegeben wurden, wie beispielsweise die „Arbeiter-Zeitung“, oder im Auftrag der Partei als offizielles Pressemedium erschienen sind. Als zweite Kategorie gab es die parteiverbundene Presse. Diese wurde nicht von einer Partei herausgegeben, waren also auf den ersten Blick „unabhängig“. Nach Pürer/Raabe waren diese in der Nähe der Partei verhaftet und teilten die Inhalte und Ziele der Partei. Als letzte Kategorie nennen die Autoren die Parteirichtungszeitungen. Diese Zeitungen standen in ihrer Grundhaltung der Partei nahe und unterstützen diese. (Pürer/Raabe 2007: 66) Die Gesinnungspresse der Ersten Republik hatte ihre Wurzeln in der Habsburgermonarchie und wir sollten diese historische Entwicklung kurz näher betrachten. Sigrid Lielacher liefert einen guten Überblick über die Wirkungsweise der „Gesinnungspresse“ und wie sich diese in der Monarchie herausgebildet hat. Die Gesinnungspresse der Habsburgerzeit bildete nach ihr für die jeweiligen politischen Lager eigenständige „Informationswelten“. Man vertrat die Meinung, dass der Leser der „Gesinnungspresse“ auch der Wähler der Partei war und dementsprechend wurde die Berichterstattung auf diese Zielgruppe abgestimmt. In dieser abgeschlossenen Informationswelt herrschte nur die jeweilige politische „Gesinnung“ und dies führte dazu, dass nach Lielacher diese Presse eine große Bedeutung in der Etablierung von politischen Parteien errang. Damit konnte nun eine Lagerbildung einsetzen und eine politische Abgrenzung wurde ermöglicht. (Lielacher 2010: 90) Wenn man bei Lielacher bleibt, dann entsprach diese „Gesinnungspresse“ stark einer politischen „Parteipresse“. Diese Geschlossenheit einer „Informationswelt“ wurde aber in der Ersten Republik aufgebrochen und die „Gesinnungspresse“ musste sich den neuen Umständen anpassen. Wie wir noch feststellen werden, waren die „Verlierer“ dieser Entwicklung die „Großpresse“ und die „Parteipresse“. Dieser Trend setzte sich in der Zweiten Republik weiter fort.

4.3.2 „Parteipresse“

Für die Parteipresse verwenden wir die eng gefasste Definition nach Pürer/Raabe. Ähnlich argumentieren Melischek/Seethaler, die unter der „Parteipresse“ jene Zeitungen bezeichnen, die unter der Kontrolle einer politischen Partei gestanden ist. Weiteres zählten

nur jene Zeitungen²⁸ zur „Parteipresse“, die von „parteinahen“ Institutionen herausgegeben wurden, wobei hier die ideologische Gleichschaltung mit der Partei wichtig ist. (Melischek/Seethaler 1996b: 66) Im Zuge der Transformation von der Habsburgermonarchie in eine demokratische Republik passte sich die „Parteipresse“ den neuen Umständen an. Die Sozialdemokraten bauten die „Arbeiter-Zeitung“ zu ihrem „Leitmedium“ auf. Die Christlichsozialen entwickelten 1918 aus zwei Nebenausgaben die „Reichspost“. Beeindruckend war dabei die hohe Zeitungsdichte mit 30 täglich erschienenen Zeitungen am Beginn der Ersten Republik. Damit können wir uns der Meinung von Melischek/Seethaler anschließen, dass damit die heterogene politische Zeitungslandschaft widergespiegelt wurde. Die „Parteizeitungen“ hatten nur einen Anteil am Gesamtzeitungsmarkt von 20 Prozent. Viele dieser Zeitungen hatten Schwierigkeiten überhaupt zu überleben und viele wurden im Laufe der Ersten Republik wieder eingestellt. Der Anteil am Gesamtzeitungsmarkt sank bis 1933 auf 12 Prozent.

Die beiden Großparteien versuchten diesen Trend entgegen zu wirken, indem sie sich den journalistischen Gegebenheiten anpassten. Das bedeutete eine Übernahme des journalistischen „Mainstreams“ und neue Zeitungen wurden herausgegeben. Aufseiten der Sozialdemokraten wurde das „Kleine Blatt“ und auf Seiten der Christlichsozialen das „Kleine Volksblatt“ publiziert. Eine weitere interessante Erkenntnis nach Melischek/Seethaler liegt in der Tatsache, dass die „bürgerliche“ Presse, die unter dem Firmament der Parteipresse gesehen wurde, sich selbst nicht, als solche gesehen hatte und auf das Sujet der Unabhängigkeit pochte. (Melischek/Seethaler 1996b: 67-69) Wobei das eigene Selbstverständnis und die tatsächliche Situation eine andere war, denn es herrschte eine starke Tendenz in Richtung „Gesinnungspresse“ in der Presselandschaft. Die Instrumentalisierung der Zeitungen zur Propaganda spielte in der Ersten Republik eine wichtige Rolle, da das Medium „Zeitungen“ als „Werbemittel“ für die politische Diskussion verwendet wurde. Danielle Spera bezeichnete die Parteizeitungen als wesentliches Mittel der Parteien für die Vermittlung ihrer ideologischen Inhalte. Obwohl die Parteizeitungen nur eine relativ kleine Menge an Lesern erreichte, war der Einflussfaktor bei dieser Gruppe sehr hoch gewesen. Man konnte bei dieser Gruppe die ideologische Botschaft immer wieder wiederholen und dies führte zu „treuen“ Wählern und Parteimitgliedern. (Spera 1991: 158)

²⁸ Dabei verweisen Melischek/Seethaler auf Silbermann, der unter Parteipresse „einerseits [...] von den politischen Parteien organisierte, inspirierte und kontrollierte, andererseits aber auch die den Parteien oder ihren Neben- und Hilfsinstitutionen assoziierte Zeitungs- und Zeitschriftenpresse mit statuarisch fixierter oder sonstwie manifestierter bzw. willensmäßig bekundeter permanenter parteiadäquater Ausrichtung“ (Silbermann 1982: 338, zitiert in: Melischek/Seethaler 1996: 66) verstanden hat.

Die „Parteipresse“ hatte ihren Höhepunkt um die Jahrhundertwende des 20. Jahrhunderts, so Matis et al., wobei die „Massenpresse“ ebenfalls angestiegen ist. Die Massenpresse legte die Gruppeninteressen der „Parteipresse“ ab, also die von den Parteien vertretenen Linien, blieben aber politisch engagiert. Die Parteipresse blieb dem jeweiligen Parteiprogramm verhaftet, wohingegen die Massenzeitungen hier sich an ihre Klientel, dem Leser zuwendeten konnte und die vertretene politische Einstellung der Presse konnte sich mit verschiedenen politischen Programmen überschneiden. Ein weiterer Faktor war die große Konkurrenz, die einen Druck auf die politische Position der Zeitung ausgeübt hatte. Man musste also ein Gespür haben, welche Position die eigenen Leser bzw. die Leserzielgruppe haben würde und dementsprechend musste man sich richten. Ein weiterer wichtiger Punkt stellte die Distanz der Medien zur Politik und deren Gruppierungen dar. (Matis et al. 2004: 883) Wobei wir hier natürlich eine differenzierte Sichtweise über diese Unabhängigkeit machen sollten. Denn fast jede Zeitung hatte bzw. hat noch immer eine innere Redaktionslinie, die man in die Nähe einer Partei oder politischen Interessensvereinigung bringen konnte bzw. kann. Daher sollte man diese „Unabhängigkeit“ mit einem gewissen kritischen Maß betrachten. Inwieweit wir in der Ersten Republik von einer „unabhängigen“ Presse sprechen kann, muss hinterfragt werden und in Anbetracht der Einflussnahme erscheint dies generell kaum gegeben gewesen zu sein.

4.3.3 Überblick über die Wiener Tageszeitungen

Im nächsten Kapitel möchten wir uns mit den Wiener Tageszeitungen in der Ersten Republik beschäftigen. Nach Matis et al. gab es in Wien eine große, über die Erste Republik stabil bleibende Anzahl an erschienen Tageszeitungen. Es erschienen am Februar 1919 33 Tageszeitungen in Wien, wobei diese sich aus 23 Haupt- und 10 Nebenausgaben zusammengesetzt haben. Die Anzahl der Nebenausgaben sank im Laufe der Zeit um etwa auf die Hälfte, aber die Hauptausgaben pendelten sich bei 22 und 23 Ausgaben ein. Die Auflagenstärke betrug durchschnittlich 1,3 Millionen Zeitungen. Die Parteipresse machte in der Ersten Republik nach den Autoren nur ein Drittel der erschienenen Zeitungen aus und nur ein Viertel der Gesamtauflagen. (Matis et al. 2004: 885f) Ähnliche Zahlen liefern die Autoren Melischek/Seethaler (2001: 10-14), auf die wir im Folgenden uns berufen werden. Sie liefern einen ausführlichen Überblick²⁹ über den Wiener Tageszeitungsmarkt. Die Auflagenstärke in der Ersten Republik schwankte nach diesen Autoren zwischen 1.1

²⁹ In Ihrer methodologischen Herangehensweise wurden vier Auflagenkategorien gebildet. Wir werden die zwei höchsten Kategorien über die Erste Republik betrachten und die Ergebnisse können in Tabelle 3 „Auflagenstärkste Wiener Tageszeitungen 1920 – 1933“, zu finden im Anhang, näher betrachtet werden.

Million und knapp 1.4 Millionen Stück. Die Anzahl der Tageszeitungen schwankte zwischen 31 Zeitungen im Jahr 1920 und 23 Zeitungen fünf Jahre später. In der restlichen demokratischen Phase der Ersten Republik blieb die Anzahl mit durchschnittlich 26 verschiedenen Zeitungen relativ konstant. Die Autoren bestätigen ebenso die Entwicklung, dass die Parteizeitungen an Boden verloren haben und die Boulevardblätter an Auflagenstärke gewonnen haben. Zum Bedeutungsverlust der Parteipresse verweisen Melischek/Seethaler auf den Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, der den durchschnittlichen Zeitungsleser dieser Zeit, also das Gros der Zeitungsleser, als einen einfachen Leser bezeichnete, der reißerische Berichterstattung bevorzugte. Solche Zeitungen waren vornehmlich die „Volksblätter“ wie die „Illustrierte Kronen-Zeitung“ und die „Neue Zeitung“. (Melischek/Seethaler 1996: 61)

4.3.4 ideologisches Spektrum der Wiener Tagespresse in der Ersten Republik

Wir haben schon bei der Gesinnungspresse die teilweise wechselhafte Beziehung der Tageszeitungen im Laufe der Ersten Republik zu den Parteien angesprochen. Wir werden nun einen bestimmten Zeitraum näher betrachten, den wir rund um den Schattendorfvorfall und Justizpalastbrand definieren. Eine hilfreiche Aufschlüsselung liefert dabei Seethaler/Melischek, die eine Analyse des Wiener Zeitungsmarktes zwischen 1927 und 1932 durchgeführt haben und im Folgenden können wir diese Ergebnisse betrachten.

Tabelle 4 direkte Wahlempfehlungen 1927 - 1932 nach Seethaler/Melischek

Sozialdemokratische Arbeiterpartei	Christlichsoziale Partei	Kommunistische Partei Österreichs	Großdeutsche Volkspartei	Völkisch-sozialer Block / NSDAP
• Das Kleine Blatt • Arbeiter-Zeitung • Der Abend • Der Tag/Der Wiener Tag • Wiener Mittags-Zeitung • Videnske Delnicke Listy • Die Welt am Morgen	• Reichspost • Neuigkeits-Welt-Blatt • Die Neue Zeitung	• Die Rote Fahne	• Wiener Neuste Nachrichten	• Deutsch-österreichische Tages-Zeitung
1927: Presse der Einheitsliste Kleine Volks-Zeitung Neues Wiener Journal Volks-Zeitung Neue Freie Presse Neues Wiener Tagblatt Neues Wiener Abendblatt Illustriertes Wiener Extrablatt Die Stunde Freiheit! Vidensky Denik				

selbsterstellte Grafik nach: Seethaler/Melischek 1993: 23.

Die Blätter, die direkte Wahlempfehlungen in diesen Zeitraum abgegeben haben, repräsentierten nach den Autoren 44 Prozent der Gesamtauflage. Der Rest der Zeitungen, abgesehen von der „Wiener Allgemeine Zeitung“, die indirekt für die Sozialdemokraten geworben hatte, war mehr oder weniger antimarxistisch eingestellt. Dies zeigte sich bei der Wahl 1927 bei der Unterstützung der „Einheitsliste“. Mit der Ausnahme von „der Stunde“ und „Vidensky Denik“, wurde diese von der „Kleine Volks-Zeitung“, „Neues Wiener Journal“, „Volks-Zeitung“, „Neue Freie Presse“, „Neues Wiener Tagblatt“, „Neues Wiener Abendblatt“, „Illustriertes Wiener Extrablatt“, „Freiheit!“ unterstützt. Man muss hier aber anmerken, dass diese breite Unterstützung für die Einheitsliste bei der Wahl 1927 eine einmalige Sache war, denn die innere Heterogenität der Zeitungen in diesem Lager war zu groß, um auf Dauer bestehen zu können. Seethaler und Melischek zeigen dies am Beispiel der „Freiheit!“ und am „Neue Wiener Journal“. Beide Parteien vertraten eine entschiedene antimarxistische Position, aber „Das Neue Wiener Journal“ trat für die Christlichsoziale Partei ein, wohingegen die „Freiheit!“ die Heimwehren und ab 1932 die NSDAP unterstützte. Das „Neue Wiener Tagblatt“ wiederum setzte sich gegen die NSDAP ein. (Seethaler/Melischek 1993: 23f)

Wir haben im Kapitel „Regierung und Wahlen“ uns mit der Lagerbildung beschäftigt. Wir können nun uns auf eine Zusammenfassung von Seethaler/Melischek beziehen, die das Verhältnis von Auflagenstärke und Wahlempfehlung für das Jahr 1928 analysiert haben. Wir können nun an diesem Beispiel die Lagerbildung in der Wiener Zeitungslandschaft betrachten.

Tabelle 5 Wahlempfehlung und Auflagenstärke zwischen den Lagern

	Sozialdemokraten Kommunisten	bürgerliche Parteien
Direkte Wahlempfehlung	431.700	124.000
Indirekte bzw. wechselnde Wahlempfehlung	22.000	488.000
Gesamt	453.700	612.000

Quelle: Seethaler/Melischek 1993: 26.

Es fällt auf, dass die direkte Wahlempfehlung aufseiten der Sozialdemokraten bzw. Marxisten viel höher war, als auf bürgerlicher Seite, deren Presse auf indirekte Wahlempfehlung setzte. (Seethaler/Melischek 1993: 26) Dies würde zu unserer Annahme passen, dass das bürgerliche Lager mit ihrer Presse keine „homogene Masse“, wie die Presse aufseiten der Sozialdemokraten, war. Das Erstarken des rechten Lagers in Form der Heimwehren

bis 1930 und danach durch die NSDAP setzte dem bürgerlichen Lager zu und die Presse reagierte darauf. Einige Zeitungen, wie erwähnt die „Freiheit!“, wandten sich den Nationalsozialisten zu.

4.3.5 Einteilung der politischen Presse 1918 – 1933 nach Paupié

Zum Schluss können wir noch auf eine Einteilung der politischen Presse nach Paupié verweisen, der für Wien vier Kategorien entwickelte. Den ersten Bereich konnte man als Regierungspresse zusammenfassen. Offiziell zählte zu dieser Presse nur die „Wiener Zeitung“ und hatte nach Paupié nur einen geringen Einfluss, was nicht verwundert, da die Regierungsparteien jeweils selber eigene Pressedienste entwickelt haben. Die liberalen Blätter, die aus der Großpresse und Boulevardblättern bestanden haben, stellten eine weitere Kategorie bei Paupié dar. Einen großen Anteil an der politischen Presselandschaft hatten logischerweise die jeweilige Parteipresse und konnte als weitere Kategorie festgehalten werden. Die letzte Kategorie bestand bei Paupié aus der unpolitischen Presse. (Paupié 1960: 42) Wie wir schon festgehalten haben, hatte jede Partei eine Parteizeitung oder parteinahe Zeitungen, die wir zur Gesinnungspresse zurechnen konnten. Eine weitere Einteilung können wir nach dem Grad der „Radikalisierung“ der Presse machen. Hierbei können wir uns nochmals auf Paupié beziehen, der eine hilfreiche Einteilung vornahm, wobei Paupié hier allgemein von einer Parteipresse sprach und eine differenziertere Einteilung der „Partei-“ und „Gesinnungspresse“ offen ließ.

Abbildung 9 Einteilung der Partei- und Gesinnungspresse nach Paupié

Radikale Zeitungen	Gemäßigte ab und zu mit radikalen Auswüchsen	Gemäßigte	Sehr gemäßigte Zeitungen
• Der Abend • Deutschösterreichische Tageszeitung • Freiheit! • Neues Wiener Journal • Das Kleine Blatt • Montagsblatt • Die Rote Fahne • Die Welt am Morgen	• Arbeiter-Zeitung • Morgen • Wiener Neueste Nachrichten • Reichspost • Das Kleine Volksblatt	• Wiener Allgemeine Zeitung • Illustriertes Wiener Extrablatt • Wiener Mittags-Zeitung • Die Neue Zeitung • Neue Freie Presse • Die Stunde • Neues Wiener Tagblatt • Volks-Zeitung • Neuigkeits-Welt-Blatt	• Wiener Zeitung • Illustrierte Kronenzeitung

Quelle: Paupié 1960: 43.

Wir können die Kategorisierung nach Paupié mit den Auflagenzahlen von Seethaler/Melischek ergänzen³⁰. Aus dieser Übersicht können wir keine Schlussfolgerungen ziehen, aber wir bekommen eine Übersicht über die Entwicklung der Presse innerhalb unseres Zeitrahmens. Aus dieser kann eine weiterführende Arbeit aufbauen.

4.4 Pressestimmen zum Justizpalastbrand

Wie schon erwähnt, stellte das Schattendorfurteil der Auslöser für die Gewalteskalation rund um den Justizpalast dar. (vgl. Csoklich 1983: 723) Nun möchten wir vor und zu diesem Ereignis rund um den Urteilsspruch die Berichterstattung betrachten. Wir können nur einen eingeschränkten Überblick über die Tageszeitungen liefern aber anhand der verwendeten Beispiele können wir die angespannte Situation nachvollziehen.

4.4.1 Berichterstattung vor dem Justizpalastbrand

Man möge jetzt denken, dass der Schattendorfvorfall größere Nachwirkungen in der politischen Auseinandersetzung auf die Nationalratswahl am 24. April gehabt hätte und ein entscheidendes Wahlkampfthema gewesen wäre. Der Schattendorfvorfall blieb wohl medial in der damaligen Zeit erhalten und wurde für die Wahl von beiden Seiten für die Propaganda verwendet, ging aber im „wilden Durcheinander der Wahlwerbung“ (Drimmel 1986, 363) unter. Erst wieder durch den 15. Juli 1927 wurde Schattendorf als „Initiation“ der Ereignisse relevant. Eine Konsequenz von Schattendorf können wir für die Wahl dennoch feststellen. Die Christlichsozialen hatten die Befürchtung durch diesen Vorfall Wählerstimmen zu verlieren, deshalb kam es zum gemeinsamen Antreten unter der Einheitsliste. Wir haben uns schon mit den stark festgefahrenen ideologischen Positionen in der Ersten Republik auseinandergesetzt. Deshalb verwundert es kaum, dass die Berichterstattung über den Schattendorfprozess ebenfalls sehr ideologisch aufgeladen war. Dies wird auch von Gulick bestätigt, der eine stark einseitige Berichterstattung im Zuge der Verhandlung festgestellt hat. Daher verwundert es nicht, wenn diese Form der Berichterstattung in den „Parteizeitungen“ bzw. „parteinahen Zeitungen“ angewandt wurde. Menschen, welche in der Arbeiterzeitung als gefährlich dargestellt wurden, erfuhren in der Reichspost eine positive Erwähnung. Ein möglicher Grund für die Freisprüche lag nach Gulick in der Propagandaarbeit der regierungsfreundlichen Presse. (Gulick 1976: 275) Es verwundert daher nicht, dass im Zuge des Justizpalastbrandes die Wut über die Freisprüche der Justiz sich gegen „regierungsfreundliche Zeitungen“ richtete. Die

³⁰ Im Anhang zu finden, Tabelle 12: „Kategorisierung nach Paupié mit Auflagenzahl nach Seethaler/Melischek“

„Reichspost“ und die „Wiener Neuesten Nachrichten“, die von den Christlichsozialen bzw. von der „Großdeutschen Partei“ als Sprachrohr verwendet wurden, bekamen diese Wut zu spüren. Die Büroräume wurden erstürmt und das Büro der „Reichspost“ wurde in Brand gesetzt. (Gulick 1976: 279) Der Urteilsspruch wurde mit besonderer Spannung erwartet. Nach Goldinger zeigte sich das auch im Leitartikel der „Arbeiterzeitung“ des 15. Juli, also noch vor den Ereignissen desselben Tages. Die Wortwahl heizte die Stimmung weiter an und nach Goldinger führte dieser Artikel dazu, dass „die Flammen seiner Leidenschaft [Chefredakteur Austerlitz, d. Verf.] wenige Stunden später in dem brennenden Justizpalast emporlodern würden“. (Goldinger 1977: 153)

4.4.2 Reprise der Berichterstattung zu dem Justizpalastbrand

Wir möchten nun kurz auf die Berichterstattung des Justizpalastbrands näher eingehen. Wir haben schon von der „Verrohung“ des politischen Diskurses in der Presse gesprochen, und wenn wir die Berichte über den Brand betrachten, dann fällt dies besonders bei den „radikalen“ Zeitungen auf. Die Berichterstattung in den verschiedenen Zeitungen stellt die Ereignisse teilweise unterschiedlich dar, was kaum verwundert. Drimmel bestätigte die manchmal „kreative“ Interpretation der Ereignisse. (Drimmel 1986: 379)

4.4.2.1 *Christlichsoziale Berichterstattung*

„Die Reichspost“

Die Reichspost wandte sich in der Ersten Republik gegen die Sozialdemokraten und gegen die Kommunisten und unterstützte die christlichsoziale Regierung. Damit wurde die Reichspost zum Sprachrohr der Christlichsozialen. Ab 1933 befürwortete die Zeitung die Schaffung eines Ständestaates. (Paupié 1960: 100) In der Ausgabe vom 15. Juli wurde der Prozess als „bewunderungswürdig geleitet“ bezeichnet. Die „[p]olitische Gesinnung bestimmte in manchen Fällen die Farbe der Aussage“ (Reichspost 193: 1), aber am Ende wurde der Freispruch sehr wohlwollend aufgenommen und die Geschworenen aufgrund ihrer Standhaftigkeit gegenüber der Beeinflussung gelobt. Damit wurde auf die Kritik eingegangen, dass dieser Urteilsentscheid von der Regierung beeinflusst wurde. Die Sozialdemokraten wurden stark als Provokateur gesehen und als gewaltbereite Unterstützer bezeichnet.

„Das herzliche und militante Wohlwollen, das die offiziellen sozialdemokratischen Instanzen für jeden rotfaschistischen Gewalttäter bereit haben, ist einer der entscheidenden Ursachen der immer wiederkehrenden Exzesse. [...] Jedem Mißbrauch der Gewalt folgte also ein neues Bekenntnis zur Gewalt, gleichbedeutend mit einer Aufmunterung der Gewaltburschen“ (Reichspost 193: 2)

Die nächste Ausgabe erschien erst am Montag nach dem Justizpalastbrand und hatte diesen Vorfall verständlicherweise als aktuelles Thema auf der Titelseite mit der Überschrift „Die Revolte in Wien abgewehrt.“. Man berichtete fast ausschließlich darüber in der Ausgabe. Es wird auf einen Angriff auf die staatliche Ordnung und auf die christliche Presse gesprochen. Es wurde von einem „Häuflein tapferer Sicherheitswachleute“ berichtet, die gegen den Ansturm entgegenhielten und von tapferen Feuerwehrmännern, die unter Lebensgefahr versucht haben, den Brand zu löschen. Es wurde auf die sozialdemokratischen Antagonisten und deren Behinderung der Polizei und Feuerwehr hingewiesen. (Reichspost Nr. 194: 1f) Diese positive Erwähnung der Polizei unterscheidet sich in der späteren Darstellung im gegnerischen Lager.

„Die Neue Zeitung“

Die nach Paupié gemäßigte zum christlichsozialen Lager zugehörige „Die Neue Zeitung“ schlug hier „sanftere“ Töne in der Berichterstattung an. Die Urteilsverkündung des Prozesses wurde „vom Publikum durchaus ruhig und ohne jede Kundgebung aufgenommen“ (Die Neue Zeitung Nr. 193: 1) Die Entscheidung wurde außerhalb des Gerichtsbäudes eher mit gemischten Gefühlen aufgenommen. „Es wurden Pfuirufe laut, aber auch Heilrufe. Sonst wurden Ruhe und Ordnung nirgends gestört“. (Ebd.:) Die Berichterstattung zum Urteil wurde nicht viel Platz eingeräumt, denn es wurden nur in zwei Spalten über den Prozess berichtet. Die nächste Ausgabe stand unter den Ereignissen des Justizpalastbrandes. Die Zeitung titelte mit „Schreckenstage in Wien“ und zeigte den brennenden Justizpalast mit einem Foto, das fast die vollständige Titelseite einnahm.

„Diesen Umstand benützten nun die Kommunisten, um durch möglichst radikaler Demonstrationen sich die Erregung der Arbeiterschaft dienstbar zu machen. [...] Diese Großstadt hat unter den Millionen ihrer Einwohner einen Mob, der sich gewöhnlich im Dunkeln verkriecht, der aber bei Unruhen sofort auftaucht und am liebsten die ganze Stadt in Brand setzen möchte.“ (Die Neue Zeitung Nr. 194: 1)

Die Berichterstattung war nun nicht so einseitig, wie man denken möchte, da wir diese Zeitung dem christlichen Lager zugerechnet haben. Eine Teilschuld wurde ebenfalls der Exekutive vorgeworfen. Aber Großteiles der Schuld wurde den Kommunisten, (Die Neue Zeitung Nr. 194: 2) und dem „Mob“ gegeben. Inwieweit dieser „Mob“ für die Sozialdemokraten stand, bleibt der eigenen Interpretation vorbehalten und geht aus der Zeitung nicht hervor. Die Sozialdemokraten wurden kaum erwähnt, was ein wenig verwundert. Diese Darstellung der Dinge wird sich erheblich unterscheiden, wenn wir die Berichte der sozialdemokratischen Presse betrachten.

4.4.2.2 Sozialdemokratische Berichterstattung

Arbeiter-Zeitung

Paupié beschreibt den politischen Stil der Zeitung als sehr scharf, da vor allem gegen die Christlichsozialen gewettert wurde. Neben diesen Hauptfeind wurde auch gegen liberale und im späteren Verlauf gegen die Nationalsozialisten geschrieben. Die „Arbeiter-Zeitung“ wurde nach dem Ersten Weltkrieg zum wichtigsten Kommunikationsmedium der Sozialdemokraten. Interessant erscheint es, dass nach Spera diese Zeitung die einzige Zeitung war, die für die Republik bejahend eingetreten ist. (Spera 1991: 166) Dies verwundert nicht, da die sozialdemokratische Partei die einzige Partei war, die sich für die neue Republik eingesetzt hat. In der Literatur zum Justizpalastbrand wurde dem Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ vom 15. Juli eine besondere eskalierende Wirkung zugeschrieben. (vgl.: Sailer-Wlasits 2002: 104, Chraska 1986: 73) Wir werden darüber später noch eingehen aber im Folgenden werden wir uns mit diesem Leitartikel beschäftigen. Diese Freisprechung stand im eklatanten Widerspruch mit dem Rechtsverständnis des Chefredakteurs und war nach seiner Meinung weit entfernt von einem rechtmäßigen Urteil.

„Eine Schurkerei ist diese Freisprechung, wie sie in den Annalen der Justiz wohl fehlten, vielleicht noch nie erlebt worden ist. [...] Nach Ansicht dieser Geschworenen bedeutet es also gar nichts, auf Menschen zu schießen; das ist, wenn die Schießenden Frontkämpfer sind, wohl ein erlaubtes Jagdvergnügen!“ (Arbeiter-Zeitung Nr. 193: 1)

Im letzten Absatz des Artikels wurde vor einer Gegenreaktion und vor den Konsequenzen gewarnt.

„Aber ihnen allen, die der Geduld des arbeitenden Volkes mit den Freisprechungen der Arbeitermörder eine so schwerere Belastung zufügen, ihnen allen sei gesagt, daß sie da ein frivoles, ein gefährliches Spiel treiben. Denn wenn die Arbeiter erkennen müssen, daß es für sie in tiefer kapitalistischen Ordnung keine Gerechtigkeit gibt, daß die Justiz zur Komödie herabsinkt, wenn eine den arbeitenden Menschen zugefügtes Unrecht zu sühnen ist [...] Die bürgerliche Welt warnt immerzu vor dem Bürgerkrieg; aber ist dieser glatte, tiefe aufreizende Freisprechung von Menschen, die Arbeiter getötet haben, weil sie Arbeiter getötet haben, nicht schon selbst der Bürgerkrieg? Wir warnen sie alle, denn aus einer Aussaat von Unrecht, wie es selten geschehenes, kann nur schweres Unheil hen.“ (Arbeiter-Zeitung Nr. 193: 2)

Die „Arbeiter-Zeitung“ zeichnete ein anderes Bild der Lage in ihrer Ausgabe vom 18 Juli als die christlichsoziale Presse, was wir oben schon erörtert haben. Die Ereignisse des Justizpalastbrandes werden bissig wiedergegeben.

„Überall in der Welt, wo menschliches Gefühl lebt, wird das Grauenhafte, das sich an dem traurigsten Tage Wiens, an diesem Freitag, ereignet hat, wird die zermürbende, die erschütternde Tatsache, daß an diesem einem Tag mehr als fünfzig Menschen hingeschlachtet und hingemordet worden sind und daß mehr als vierhundert Menschen in schrecklichen Verwundungen um ihr Leben gen ...“ (Arbeiter-Zeitung Nr. 194: 1)

Auf die Frage, wie es zu dieser Eskalation der Gewalt kommen konnte, wird in einem Artikel des gleichen Tages argumentiert. „Die Feinde des Wiener Proletariats sind schon daran, der Welt zu erzählen, es sei ein „revolutionärer Putsch“ geplant gewesen und der Staat habe die Gewalt nur mobilisiert, um sich vor einem Umsturz zu schützen. [...] Alles Schwindel, alles Lüge! Der Freispruch der Schattendorfer Mörder hatte die Arbeiterschaft aufs tiefste empört. Wahrlich kein Wunder, nachdem so viele Morde an Sozialdemokraten ungesühnt geblieben sind“ (ebd.:) und in weiterer Folge wird von politischer Einflussnahme der sozialdemokratischen Gegner auf den Geschworenenprozess gesprochen, was als Provokation angesehen wurde. Warum diese am Beginn friedliche Demonstration in Gewalt umgeschlagen hatte, wurde mit dem Gewalteinsatz der Polizei begründet.

„...die unsühnbare Schuld der Polizei, die, ob aus der verbrecherischen Dummheit des kommandierenden Polizeifunktionärs heraus oder ob infolge eines eins Auftrages der Regierung, diese Demonstranten nicht zu dulden, sofort am allerersten Beginn der Demonstration, berittene Wachleute eingesetzt hat [...] In die bis dahin ganz friedlich ihres Weges gehenden Menschen läßt nun die Polizei blind hineinreiten. [...] Ohne ersichtliche Veranlassung zogen an einer anderen Stelle die Polizeireiter die Säbel...“ (Arbeiter-Zeitung Nr. 194: 1f)

Man muss nicht explizit erwähnen, dass dies eine sehr einseitige Darlegung der Ereignisse war. Drimmel geht darauf ein und meinte im Falle der Polizeireiter, dass die nur im Fall von Notwehr von der Waffe gebraucht gemacht haben. Auch die Zahl der Verletzten und Toten wurde im eigenen Interesse der „Arbeiter-Zeitung“ geschönt. (Drimmel 1986: 379)

Das Kleine Blatt

Das „Kleine Blatt“ stellte im Jahr 1927 die auflagenstärkste Tageszeitung aufseiten der Sozialdemokraten dar. Das „Kleine Blatt“ wurde als Reaktion auf die Boulevardisierung des Zeitungsmarktes und dem damit verbundenen Absatzverlust der „Arbeiter-Zeitung“ gegründet und sollte den Einfluss der Sozialdemokraten sichern. Das den Sozialdemokraten nahe „Kleinem Blatt“ verurteilte die Freisprüche ebenfalls und die Zeitung fand harte Worte dafür.

„Die Schüsse des Herrn Riehl haben ihr Ziel nicht verfehlt. Die infame Stimmungsmache der Seipelpresse hat gewirkt. Die Arbeitermörder dürfen Jubeln. Sie haben hinterrücks mit dreiundzwanzig Schüssen den Kopf eines Kriegsinvaliden zertrümmert. Sie haben den Leib eines unschuldsvollen Kindes mit ihren Schrotladungen zerfetzt.“ (Kleine Blatt Nr. 135: 1)

Der Grund für diesen Freispruch wurde wie in der „Arbeiter-Zeitung“ in der Einflussnahme durch die Regierung gesehen. Die Schuldigen blieben auch in der nächsten Ausgabe, Montag dem 18 Juli, dieselben. Es wurde das Vorgehen der Regierung und der Polizei scharf kritisiert und die Gesamtschuld für die Gewalteskalation diesen beiden Akteuren gegeben.

„Am Freitag entschloß sich aber die Polizei zu einem rücksichtslosen, sinnlos-brutalen Einschreiten, welches zur alleinigen Ursache des momentanen Unglücks geworden ist. Die freilich sehr erregte, aber im geschlossenen, vollgeordneten Zuge anmarschierende Arbeiterschaft aus den Betrieben wurde auf dem Ring plötzlich von Kavallerieattacken der Polizei angefallen. Anscheinend völlig sinnlos, ganz ohne wirklich Grund sprengten Polizeileute zu Pferde in die Massen hinein.“ (Kleine Blatt Nr. 136: 1)

Auch in den späteren Ausgaben im „Kleinen Blatt“ wurde dieser Vorfall stark rezipiert und die eingeschlagene Richtung mit Polemik weiter verfolgt.

4.4.2.3 *gemäßigte Pressestimmen – „Neue Freie Presse“*

Wir möchten noch eine weitere Pressestimme zu diesem Ereignis betrachten. Die „Neue Freie Presse“ positionierte sich antisozialistisch und war gegen Arbeiterstreiks und Demonstrationen. (Gulick 1976: 281) Die „Neue Freie Presse“ berichtete nach Oellerer (vgl. Oellerer 1952: 165) über das Urteil sachlich, der Mord wurde wohl verurteilt aber im Sinne von Deeskalation wurde zu besonnenen Verhalten aufgerufen. In der Freitagsausgabe des 15. Julis wurde im Leitartikel an die Vernunft der Menschen appelliert.

„So hat eine entsetzliche Mordtat geschehen müssen, ohne daß Strafe dafür eingetreten wäre, so haben die Geschworenen nur der Empfindung Folge geleistet, daß der allgemeine Terrorismus den bösen Willen ausschalte. Das öffentliche Bewußtsein wir sich gewiß nicht gänzlich diesem Wahrspruch anschließen. Die Parteien dürfen jedoch ihre eigenen Verbrechen nicht den Geschworenen auflasten. Die Schattendorfer Schüsse müssen die dringende Mahnung bilden zur Wiederkehr der Besinnung.“ (Neue Freie Presse Nr. 22569: 2)

In weiterer Folge wurde auf die besondere Problematik des Vorfalls noch einmal eingegangen und eine Erklärung gegeben, warum und wie dieser Schuldspruch zustande gekommen ist.

„Für die Geschworenen ist es ungemein schwer, sich in dem Gestrüpp der Fragen zurecht zu finden, wo schon Gesetz und Fragestellung im Unklaren zwischen verschiedenen Standpunkten schwanken. Menschlich ist wohl da Gefühl begreiflich, das für das Verdikt maßgebend gewesen sein mag und das auch in der Anklage zu finden ist, daß die Täter unter dem Eindruck ihrer Angst und Furcht, daß sie aus Notwehr gehandelt haben. Aus all dem erschien der Freispruch wahrscheinlich. Die Geschworenen konnten diesmal nicht anders. (Neue Freie Presse Nr. 22569: 13)

Diese Argumentation erscheint nachvollziehbar und im letzten Absatz wird kurz auf die Frage der politischen Einflussnahme nachgegangen, da „die politische Färbung der Geschwornen ganz außer acht [gelassen wurde], die zweifellos, je nach der Parteeinstellung der einzelnen Geschwornen, das Urteil beeinflusst hat.“ (ebd.:) Trotz der Ereignisse des Justizpalastbrandes fand die „Neue Freie Presse“ besonnene Worte für die Vorfälle.

„Die Saat der Agitation ist aufgegangen. Nicht der Geist des Verzeihens ist durch das Schattendorfer Urteil geweckt worden, nicht der Wunsch, das Unselige zu vergessen. Ein Aufschrei wie von einem verwundeten Riesen war die Antwort, ein Aufschrei, menschlich erklärbar, aber doch unerwartet in seiner Durchschlagskraft. Alles, was am blutigen Freitag geschehen ist, alles, was darauffolgte, entsprang der rasenden Erregung, die Taten waren nicht Taten besinnungsvoller Absicht, keine tiefliegende oder gar politisch Gerichtsbeschwörung wird vermutet. („Neue Freie Presse“ Nr. 22570: 1)

Es wurden keine Verurteilungen und keine Schuldzuweisungen gegenüber den betroffenen Akteuren getroffen, vielmehr wurde die Schuld in der unerwarteten Wut der Masse gesehen. Diese besänftigende Haltung der „Neuen Freien Presse“ erscheint eine Ausnahme in dieser Zeit gewesen zu sein. Politisch unterstützte diese Zeitung nach Paupié die Regierung Seipel, „die Genfer Protokolle, sie trat besonders für Schober ein, war jedoch bestrebt, sich im Übrigen unabhängig zu halten“. (Paupié 1960: 149) In diesem Lichte erscheint die Haltung der Zeitung verständlich.

4.4.3 Rolle der „Arbeiter-Zeitung“

Als Parteizeitung hatte die „Arbeiter-Zeitung“ eine wichtige Rolle in der Kommunikation der Sozialdemokraten zwischen ihren Mitgliedern, den Wählern und der Parteiführung inne. Deshalb erscheint es interessant, wie der Justizpalastbrand in der Zeitung thematisiert wurde und welche Schlussfolgerungen gezogen wurden. Die Autoren Pelinka/Scheuch liefern über den inneren Ablauf einen guten Überblick. Sie attestieren der „Arbeiter-Zeitung“ eine wichtige Rolle beim Justizpalastbrand und sahen in der Ausgabe des 15. Juli 1927 den „Funken im Pulverfaß“. (Pelinka/Scheuch 1989: 86) Die „Arbeiter-Zeitung“ nutzte nach Drimmel die Situation und verstärkte die angespannte Lage. Der Chefredakteur Friedrich Austerlitz wollte nach Drimmel das Ventil der angestauten Wut der Arbeiterschaft benutzen. Man wollte nicht mehr warten, man wollte direkt eine Aktion starten, so Drimmel. (Drimmel 1986: 369f) Die Berichterstattung war schon im Schattendorfvorfall stark polarisiert und die Zeitung verwendete daher „harte“ Worte. In der

Ausgabe vom 31. Jänner 1927 wurde von gezieltem Mord gesprochen. „... [E]inem Kriegsinvaliden wurde der Schädel zertrümmert, ein achtjähriges Kind erschossen, ein sechsjähriges Kind schwer verwundet ... Dieser feige, infame Mord darf nicht ungesühnt bleiben.“ (Pelinka/Scheuch 1989: 86) Der Freispruch am 15. Juli 1927 wurde im Leitartikel von Austerlitz scharf kritisiert.

„Die bürgerliche Welt warnt immerzu vor dem Bürgerkrieg; aber ist dieser, glatte, diese aufreizende Freisprechung von Menschen, die Arbeiter getötet haben, nicht selbst schon der Bürgerkrieg? Wir warnen sie alle, denn aus einer Aussaat von Unrecht, wie es gestern geschehen ist, kann nur schweres Unheil hen.“ (Pelinka/Scheuch 1989: 86)

Wir haben schon erörtert, dass die Sozialdemokraten mit den Ereignissen des Justizpalastbrandes überfordert waren und keine gemeinsame Linie gefunden wurde, wie mit dieser Situation umgegangen werden sollte. Dies spiegelte sich in der internen Debatte der „Arbeiter-Zeitung“ wieder. In der Sitzung vor der Veröffentlichung am 15. Juli wurde beraten, in welchem Maße man auf den Freispruch reagieren sollte, aber ohne den Parteivorstand war man nicht gewillt die Entscheidung zu treffen. Ernst Fischer beschreibt diese Unsicherheit treffend:

„Wir brauchen mehr. Wir brauchen die richtige Weisung. Dazu bin ich [Austerlitz] nicht befugt. Das kann nur der Parteivorstand. Wo ist der Parteivorstand? Sie sind Chefredakteur, Genosse Austerlitz, Mitglied des Parteivorstandes. Geben Sie die Parole, auf der ersten Seite: Generalstreik! Alles auf die Ringstraße!“ (Fischer 1987: 168, zitiert nach: Pelinka/Scheuch 1989: 87)

5 Destabilisierung des politischen Systems

Wir haben uns im vorigen Kapitel ausführlich den Justizpalastbrand beschäftigt und diesen als Wendepunkt in der politischen Landschaft der Ersten Republik bestimmt. Im Folgenden möchten wir den weiteren Verlauf der Ereignisse nach 1927 betrachten, da die Destabilisierung des politischen Systems weiter fortgeführt wurde und die politische Agitation zwischen den Lagern zusehends bis zum Ende der demokratischen Phase der Ersten Republik sich zuspitzte. Wir werden weiteres in diesem Kapitel den Verlauf der verschiedenen Regierungskoalitionen näher betrachten. Da die Sozialdemokraten als Partner von der christlichsozialen Regierung schon am Anfang der 20er Jahre ausgeschlossen wurden, mussten alternative Koalitionspartner gefunden werden. Im späteren Verlauf der Ersten Republik stellte dies ein Problem für die regierenden Christlichsozialen dar.

5.1 Radikalisierung der Ideologien und die Koalitionsbildung nach Wahlen

Wir haben im Kapitel „Regierung und Wahlen“ von verschiedenen Phasen in der Ersten Republik gesprochen. Nach Simon war die Phase nach dem Justizpalastbrand von einem Rückgang der Gewalt gekennzeichnet. Dies ist nach Simon überraschend, da in dieser Phase die ökonomische und soziale Lage in Österreich sich stark verschlechtert hatte. Simon weist auf diese interessante Entwicklung hin, da normalerweise ein Ansteigen der Gewalt bei solchen Entwicklungen erwarten würde. Der Grund dafür lag nach Simon in der „Zusammenarbeit politischer Gegner im Parlament“ (Simon 1984: 119), was doch überrascht. Natürlich gab es gemäßigt gesinnte Gruppierungen innerhalb der polarisierten Lager. Nun stellt sich die Frage, warum hat diese Zusammenarbeit nicht funktioniert. Auf diese Frage liefert Simon eine Erklärung, da die radikalen Kräfte der Lager dies einfach nicht zugelassen haben. Die Reaktion wäre ein innerer Konflikt gewesen, was verständlich erscheint. (ebd.:) Die unmittelbare Zeit nach dem 15. Juli beschreibt Leser ebenfalls als Wendepunkt, sieht aber die Lage differenzierter, da es „sowohl eine Vertiefung als auch eine Besänftigung“ (Leser 2002: 87) der zugespitzten Situation möglich gewesen wäre. Daraus kann man ableiten, dass an diesem Punkt die Entscheidung zwischen einer friedlichen und gewaltsamen Lösung noch offen gestanden ist. Dass die letztgenannte Möglichkeit gewählt wurde, lag nach Leser an den beteiligten Hauptakteuren. Das bürgerliche Lager sah den Feind vornehmlich bei den Sozialdemokraten und nicht in den stärker werdenden „radikalen“ Kräften, die nicht nur in der Republik, sondern auch im benachbarten Deutschland stärker wurden.

Wir wollen nun uns mit der Frage beschäftigen, warum die Republik scheiterte. Der Hauptgrund für das Scheitern der Ersten Republik lag darin begründet, dass die beiden großen ideologischen Parteien der damaligen Zeit soweit polarisiert waren, dass ein Konsens bzw. die Einigung auf ein gemeinsames Ziel nicht möglich war. Wir können auf Leser verweisen, denn nach ihm gab es kein gemeinsames Ganzes, sondern jede der beiden Parteien sah sich als die einzige Kraft, die die Republik führen konnte, wobei das Verständnis wie diese Führung auszusehen hatte und wie dies durchgeführt werden sollte, unterschiedlich aufgefasst wurde. Leser geht so weit, dass nach seiner Meinung die Distanz der Parteien so weit auseinandergelegen ist, dass nur im jeweiligen Lager „Österreich“ gesehen wurde. Das bedeutete aber auch, dass es nie zu einem gemeinsamen „Wir sind Österreich“ Bewusstsein kommen konnte, wenn beide Großparteien, den jeweilig anderen per se ausschlossen haben. (Leser 2002: 89f)

5.1.1 Verhalten der Sozialdemokraten nach 1927

Eine wichtige Schlussfolgerung für die Sozialdemokraten rund um die Ereignisse des Justizpalastbrandes war, dass die bisher vertretene Meinung Militär und Polizei würden nicht gegen Arbeiter eingesetzt werden, sich als falsch heraus stellte. Diese Annahme beruhte auf der sozialdemokratischen Einflussnahme auf Polizei und Heer, die bis 1920 „sozialdemokratisch eingefärbt“ wurden. Die Sozialdemokraten hatten eine bestimmte Erwartung in die „Sicherheitsorganisationen“. Nach Drimmel hatte man bis zum Justizpalastbrand die Vorstellung, dass die mehrheitlich sozialdemokratische geprägte Polizei in Wien in einem Ernstfall aufseiten der Sozialdemokraten stehen würde. Man hatte die nach Drimmel berechtigte Hoffnung, dass man mit der Polizei, Gendarmerie und dem Schutzbund ein „rotes Heer“ (Drimmel 1986: 215) bilden könnte. Diese Annahme wurde aber nach den Ereignissen rund um den Justizpalastbrand als nicht realistisch betrachtet. Viele Beamte im Dienste der Wiener Polizei waren durch diesen Vorfall enttäuscht und traten aus der „Freien Gewerkschaft“ aus und wanderten zu gegnerischen Gewerkschaften ab. (Drimmel 1986: 320f) Dies hatte nach Leser zur Folge, dass die Kontrolle über die Massen verloren ging und eine gefährliche Eigendynamik einsetzte. Neben der „Führungsschwäche“ der Sozialdemokraten gab es weitere Faktoren, die zur Eigendynamik beigetragen haben. Innerhalb der Polizei kam es ebenfalls zu Spannungen, da einerseits viele Polizisten Wähler der Sozialdemokraten waren, aber andererseits mussten die Polizeikräfte die Befehlshierarchie Folge leisten.

Man stand nun sozusagen zwischen den Stühlen und musste sich zwischen der eigenen sozialdemokratischen Überzeugung und der „Befehlstreue“ gegenüber der Polizei entscheiden. Die Enttäuschung der demonstrierenden Masse bestand darin, dass die Polizisten sich für die herrschende Ordnung und der Umsetzung der Befehle und gegen ihre „sozialdemokratischen“ Brüdern und Schwestern entschieden haben. Der Einsatz von berittenen Polizisten erregte zu dem den Unmut der Massen, da dabei negative Assoziationen mit der Habsburgermonarchie in Erinnerung gerufen wurden. (Leser 2002: 88f)

Die Sozialdemokraten hielten sich an die demokratischen Spielregeln und daraus ergab sich ein weiteres Problem, denn es stellte sich die Frage, wie könnte die Partei die parlamentarische Mehrheit erreichen, wenn es keinen Koalitionspartner gäbe. Es wurde die Meinung vertreten, dass die Sozialdemokraten sich nicht an der Regierung beteiligen dürften, wenn sie Stimmen bei Wahlen gewinnen wollten und überließen so ihren antidemokratischen Gegnern die politische Macht, was bedeutete, dass diese von innen heraus gegen die Demokratie agieren konnten. Zu dieser Feststellung kommt auch Leser, der den Justizpalastbrand als eine „Peripetie“ nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für die Republik sah. Nach Leser stellt die „Peripetie“ jener Punkt dar, „von dem an sich alles auf die Katastrophe zubewegt, von dem an es langsam, aber sicher bergab geht. Nicht selten tritt diese Peripetie, die alles zum Schlechteren wendet, nach einer Periode des Erfolges, in der sich alles einem positiven Höhepunkt zuzubewegen scheint, auf und zerstört mit einem Schlag alle vordem gehegten Hoffnungen und Träume.“ (Leser 2002: 53) Diese Feststellung versinnbildlicht die kommenden Ereignisse sehr treffend. Leser vergleicht diesen negativen Entwicklungsprozess der Sozialdemokraten mit einer aristotelischen Tragödie. Diese Behauptung möge überzeichnet erscheinen von Leser, aber die Entwicklung der Partei als politische Kraft, welche gegen den aufkeimenden Faschismus ein aktives Gegengewicht bilden könnte, gelang nicht. Inwieweit eine erstarkte Sozialdemokratie genügend Potenzial gegen die außenpolitische faschistische Einflussnahme gehabt hätte, kann nur mehr hypothetisch diskutiert werden. (vgl.: Leser 2002: 72) Die Folgen des 15. Juli war ein Prestigegewinn für die Christlichsozialen und der „Heimwehren“ auf Kosten der Sozialdemokraten. Nebenbei wurde die Umfärbung in der Verwaltung, beim Heer und in der Polizei weiter vorangetrieben und damit die Sozialdemokraten weiter in die Enge getrieben. (vgl.: Botz 1976: 159) Als Reaktion auf die „Unfähigkeit“ zur Aktion wurde aufseiten der Sozialdemokraten die Hierarchie- und Befehlsstruktur straffer organisiert, sodass es nicht mehr zu einer nichtgewollten Demonstration wie

beim Justizpalastbrand kommen konnte. Die Parteiführung musste nun die Genehmigung erteilen. Ein weiteres Resultat lag in der Straffung und Professionalisierung des eigenen Schutzbundes und es kam zu einer Militarisierung. (Botz 1976: 159f) Dies sieht ebenfalls Drimmel, da nach ihm als Reaktion des Brandes die SCHUWA in Wien gegründet wurde. (Drimmel 1986: 389) Wilhelm Chraska formulierte zu dem Justizpalastbrand in polemischen Worten, dass mit dem Urteil von Schattendorf der Umsturz „[i]n der Beugung des Rechtes, in der Rechtsverweigerung, im Verzicht auf Sühne, in der Nichterfüllung der Schutzfunktion des Staates“ (Chraska 1986: 69) eingeleitet wurde, der in der Entwicklung von 1934 abgeschlossen wurde. Eine Schlussfolgerung aus diesen Ereignissen war nach Chraska, dass die Sozialdemokraten erkennen mussten, dass sich „ihre“ Republik in eine „Seipelsche“ (Chraska 1986: 151) entwickelt hatte. Eine weitere Erkenntnis war nach Chraska, dass ab diesem Zeitpunkt das Lagerdenken sich in der Gesellschaft durchgesetzt hatte, und jeder Mensch einem der politischen Lager zugerechnet werden konnte. (ebd.:) Die Sozialdemokraten hatten ein gespanntes Verhältnis mit der Kirche und mit dem Justizpalastbrand verschärfte sich dieses, da die Kirche eng mit Seipel, dem „Prälat ohne Milde“, in Zusammenhang gebracht wurde und daraufhin traten viele Sozialdemokraten aus der Kirche aus. (Chraska 1986: 155) Die defensive³¹ Rolle der Sozialdemokraten ab dem Justizpalastbrand bestätigen auch Everhard Holtmann und Charles Gulick (vgl.: Gulick 1976: 284-286). Der Justizpalastvorfall führte nach Holtmann die Partei in die Defensive und es kam zu inneren Spannungen, da die Distanz zwischen Parteispitze und der Basis größer wurde. Dies führte dazu, dass das Vertrauen der Basis verloren ging. (Holtmann 1975: 113f)

5.1.2 Entwicklung ab 1927 bei den Christlichsozialen

Die Sozialdemokraten waren die Verlierer dieser Entwicklung aber wo ein Verlierer, da auch Gewinner und das waren in diesem Fall neben den „Heimwehren“ die Christlichsozialen. Die Folgen des 15. Juli war ein Prestigegewinn für die Christlichsozialen auf Kosten der Sozialdemokraten. Eine interessante Aussage bezüglich der Wirkung dieses Vorfalles macht Oellerer. Bei der zugegeben verklärten Sichtweise bei Oellerer über Seipel können wir interessante Punkte herauslesen. Wir wissen, dass nach diesem Ereignis die Polarisierung der politischen Landschaft stärker wurde und die Heimwehren an Bedeutung bis 1930/31 gewonnen haben. Seipel war gegenüber der Heimwehr bis zu diesem

³¹ Goldinger sieht diese Entwicklung ebenfalls, da nach seiner Meinung die Sozialdemokraten einen Denkkettel erhielten und ab diesem Zeitpunkt den aktiven Zusammenstoß mit dem Staat abgelehnt haben. Goldinger 1977: 159.

Datum positiv eingestellt. 1929 hielt Seipel einen Vortrag, in dem er die Heimwehren im positiven Sinne beschrieben hat: „Bei uns in Österreich gibt es eine starke Volksbewegung, welche die Demokratie von der Parteienherrschaft befreien will. Die Träger dieser Volksbewegung sind die Heimwehren.“ (Seipel 1930: 188, zitiert nach: Oellerer 1952: 216) Diese Aussage erscheint in unserem Verständnis von Demokratie und in der Erkenntnis der historischen Entwicklungen mehr als problematisch, da eine „Parteiherrschaft“ ohne Pluralismus keine Demokratie mehr darstellt und eine weitere Aussage von Seipel über die Heimwehr bestätigt diesen Punkt, denn er stellte fest, dass „[n]ichts falscher [ist], als wenn behauptet wird, die Heimwehrbewegung ... bedrohe irgendwie die Demokratie. Im Gegenteil, die Sehnsucht nach wahrer Demokratie ist eine der stärksten Triebkräfte der Heimwehrbewegung. Deswegen vertraue ich auf sie und bekenne mich zu ihr.“ (ebd.:) Diese Behauptung sollte sich noch als trügerisch herausstellen. Inwieweit das Demokratieverständnis von Seipel mit unserem vergleichbar ist, muss stark hinterfragt werden, aber aus heutiger Sicht war das Vertrauen in die Heimwehr ein Punkt, der die weitere Polarisierung förderte, denn in weiter Folge hatte die Heimwehr einen Einfluss auf die Novellierung der Verfassung 1929 und traten mit neuem Selbstbewusstsein als politischer Akteur bei der letzten Nationalratswahl 1930 an.

Die autoritäre Tendenz der christlichsozialen Partei trat nach Staudinger ab 1930 deutlich unter der Regierung Vaugoin in den Vordergrund. Die Regierung versuchte die Sozialdemokraten weiter in Bedrängnis zu bringen und ihren Stimmenanteil bei Wahlen zu erhöhen. Dies konnte nicht erreicht werden und die Christlichsozialen mussten Verluste hinnehmen, da die Heimwehren eigenständig angetreten sind. (Staudinger 1975: 65) Nach der Minderheitsregierung Buresch II kam es zu einer Regierungsbildung unter Dollfuß mit Land- und Heimwehrpolitiker, die nur über eine knappe Mehrheit im Nationalrat verfügten. Des Weiteren wurde die christlichsoziale geführte Regierung unter Druck gesetzt, da die Nationalsozialisten bei Wahlen ab 1932 große Wahlgewinne errungen. Um die Regierung zu stabilisieren, wurde die „Großdeutsche Volkspartei“ als weiterer Koalitionspartner ins Auge gefasst. (Staudinger 1975: 66f) Interessant erscheint es nun, dass nach Staudinger schon in der Jahreswende 1930/31 die Benützung des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917“ (Staudinger 1975: 67) von Dollfuß in Erwägung gezogen wurde, um damit das Parlament zu umgehen. Als Vorstufe und zur Erprobung vor dem „Putsch“ wurde dieses Gesetz schon am 1. Oktober 1932 im Zusammenhang der Creditanstaltkrise angewandt. (ebd.:)

5.1.3 „Heimwehren“ und NSDAP nach dem 15. Juli 1927

Da der 15. Juli 1927 als Erfolg für die Heimwehren gewertet wurde, versuchten sie an diesem aufzubauen. Nach Simon versuchten die Heimwehren die Sozialdemokraten weiter zu provozieren, indem uniformierte Aufmärsche in sozialdemokratischen Gebieten durchgeführt wurden. Anscheinend hatte die Polizei aus dem Justizpalastbrand gelernt und sicherte diese Kundgebungen ab. Die Sozialdemokraten agierten ebenfalls auf diese Aufmärsche und hielten Gegenveranstaltungen ab. Die Heimwehren wollten, wie bei Seipel beschrieb, die Sozialdemokraten und die Parteienlandschaft bekämpfen und so kam es zwischen 1929 und 1930 zu Aufeinandertreffen von „Heimwehren“ und Vertretern der Sozialdemokratie. Ein größerer Zwischenfall dieser Art war am 18. August 1929 in St. Lorenzen, wobei das Gewaltniveau nach Simon bis 1932 spürbar abgenommen hatte. (Simon 1988: 81f, 86) Unter der Regierung Schober wurde die Heimwehr mehr oder weniger geduldet, wobei aber der radikale Putschgedanke von Schober abgelehnt wurde. Gulick sieht ebenfalls das „Erstarken“ der Heimwehren als Resultat des 15. Juli 1927. Die Heimwehren „erkannten“, dass die Polizei „sich als brauchbares Werkzeug der Unterdrückung von Massen erwiesen“ (Gulick 1976: 286) hatte. Die Polizei als Instrument der Staatsmacht konnte im Falle des Falles als zuverlässiger „Partner“ angesehen werden. Die Heimwehr etablierte sich somit in der Ersten Republik als „reale einsetzbare Waffe“ gegen die Arbeiterschaft. (Gulick 1976: 284-286)

Als eine „temporäre“ Folge des Justizpalastbrandes war nach Simon die „Vereinigung“ der Gegner der Sozialdemokraten unter dem „Banner der Heimwehr“. Die „Heimwehren“ wurden von verschiedenen Institutionen, wie dem „Österreichischen Bankenverband“ oder der „Alpine Montan“, unterstützt und dabei flossen erhebliche Summen zu den „Heimwehren“. (Simon 1984: 113) Die Unterstützung blieb nicht nur auf Österreich beschränkt, sondern nach Chraska gab es große finanzielle Unterstützung aus dem Ausland und hier vor allem aus Bayern und Ungarn. (Chraska 1986: 158f) Dieses Engagement verwundert kaum, da es sehr enge Verbindungen zu diesen Ländern gab und im Austrofaschismus flüchteten österreichische Nationalsozialisten nach Deutschland und agierten dort im Geheimen. Ein weiterer Effekt des Jahres 1927 war eine nicht nur auf die Heimwehren bleibende militärische Aufrüstung. Nach Simon erhielten die „Heimwehren“ Waffen aus Italien, wohingegen der Schutzbund von der Tschechoslowakei mit militärischem Material versorgt wurde. (Simon 1984: 113)

Wir haben im Kapitel „Regierung und Wahlen“ die Entwicklung der Nationalratswahlen nachverfolgt und festgehalten, dass die Nationalsozialisten bei den Nationalratswahlen kaum Erfolge verzeichnen konnten. Der Erfolg begann erst nach den Nationalratswahlen 1930 offensichtlich zu werden. Interessant erscheint, dass Simon von unserer Meinung abweicht, dass der Justizpalastbrand der Wendepunkt in der Ersten Republik war. Wir möchten nun diese Sichtweise nachverfolgen. Simon sah erst im Herbst 1929 den Wendepunkt in der ersten Republik. Einerseits nahmen der Landbund und die Großdeutschen einen Abstand gegenüber der Heimwehr ein und andererseits gab es innerhalb dieser verschiedene Richtungstendenzen, da eine Richtung sich nach Rom orientierte und die anderen nach München, also zwischen Mussolini und Hitler. (Simon 1984: 122) Simon liefert eine interessante Tabelle, die diesen Wandel aufzeigt und auf diese möchten wir kurz eingehen³². Die Tabelle nach Simon zeigt den Anstieg der NSDAP Wähler deutlich auf. In Innsbruck fiel diese Tendenz besonders stark aus, da im Jahr 1930 die NSDAP nur 800 Stimmen erhielt, aber im Jahr 1933 kam es zu einem Anstieg auf 15.000 Stimmen und die Nationalsozialisten erreichten damit die meisten Stimmen aller beteiligten Wahlparteien. Ähnliche massive Zuwächse gab es in Wien und in Vorarlberg. Anhand dieser Entwicklung können wir schon von einer Herausbildung eines „neuen“ dritten Lagers sprechen. Ähnlich sieht es Kriechbaumer, der ab 1932/33 eine Dreiparteienlandschaft für das Parlament sah, da „zahlreiche Heimatblockwähler zu den“ (Kriechbaumer 2001: 197) wechselten. Damit gab es nun zwei Parteien, die man zur Systemopposition zählen konnte. Dies führt uns zum nächsten Kapitel.

5.2 Lagerbildung – Korsett der Unbeweglichkeit?

Wir haben schon öfter über die politischen Lager der Ersten Republik gesprochen. Wir möchten nun kurz auf Siegfried Lielacher verweisen, die, den von uns schon verwendeten Begriff „politisches Lager“, folgendermaßen charakterisiert hat. Nach ihr haben politische Lager eine Gemeinsamkeit in der Abgrenzung zum jeweiligen anderen politischen Lager. Ein politisches Lager grenzt sich zu anderen Lagern ab und benötigt diese Abgrenzung zur eigenen Selbstdefinierung, wobei in dem politischen Lager die Zusammensetzung der Mitglieder vielschichtig gestaltet sein kann. (Lielacher 2010: 89)

³² Zu finden im Anhang in der Tabelle 10 „Wahlergebnisse in Innsbruck, Wien und Vorarlberg zwischen 1930 und 1933“.

Dieser Punkt der Abgrenzung passt in unser Konzept der Polarisierung der politischen Landschaft in der Ersten Republik und damit in der einhergehenden Polarisierung der Presselandschaft. Die politischen Lager teilten sich, wie wir schon erörtert haben, in einen sozialdemokratischen und in einen konservativen-bürgerlichen Block, im späteren Verlauf auch in einen stärker werdenden nationalistischen Block. Eine Hauptgemeinsamkeit von diesem Block war die Ablehnung und feindliche Gesinnung gegen über die Sozialdemokratie. Da im Verlauf der Ersten Republik die Parteien keine homogene Struktur beim Antritt zu den Nationalratswahlen aufgewiesen haben, stellt sich eine Gegenüberstellung der Entwicklung zur Lagerbildung als nicht einfach heraus. Eine hilfreiche Erläuterung zu den Wahlergebnissen von der Nationalratswahl am 9. November 1930 kann uns dabei weiter helfen. Es wurde eine Übersicht über den Verlauf der Stimmenverteilung zwischen „marxistischen und nicht-marxistischen Parteien“ über die Nationalratswahlen in der Ersten Republik erstellt und diese Übersicht können wir nun näher betrachten.

Tabelle 6 Verhältnis von marxistisch und nicht-marxistischen Stimmen

Wahljahr	Gültige Stimmen		Zu- oder Abnahme der marxistischen Stimmen im Vergleich zur jeweiligen letzten Wahl		Von 100 gültigen Stimmen verfielen auf marxistische Parteien
	Nicht-marxistische	marxistische	Absolut	In %	
1919	1,761.640	1,211.814			41
1920/21/22 ³³	1,880.233	1,100.095	-161.868	-13,3	37
1923	1,978.572	1,334.034	+233.939	+21,2	40
1927	2,081.443	1,555.269	+221.235	+16,5	43
1930	2,149.971	1,538.097	-17.172	-1,1	42

Quelle: NRW 1930: 10.

Auch wenn diese Tabelle keine genaue Aufschlüsselung der einzelnen Parteien ermöglicht, lässt diese Aufstellung eine Grundtendenz erkennen. Als gemeinsames Unterscheidungsmerkmal wurde marxistisch und nicht-marxistisch ausgewählt. Ersichtlich wird dabei, dass die anti-marxistischen Kräfte in Summe immer die Mehrheit der Stimmen bei den Nationalratswahlen erhalten haben. Für die Zeit ab 1930 gibt es keine bundesweiten Wahldaten mehr. Wir haben für die Erste Republik eine Polarisierung der politischen Landschaft in zwei Lager festgestellt. Simon erweitert diese Auffassung um ein drittes Lager, die Nationalsozialisten. Die Wahlentwicklung beeinflusste das parlamentarische

³³ Setzt sich zusammen aus der Wahl am 17. Oktober 1920 und die Ergebnisse aus den später durchgeführten Wahlen in Kärnten am 19. Juni 1921 und aus dem Burgenland vom 18. Juni 1922.

Agieren der vertretenen Parteien. Die Großdeutschen gingen in Opposition und damit verlor die Regierung ihre Mandatsmehrheit und musste als Minderheitsregierung agieren. (Simon 1984: 143) Diese Entwicklung werden wir später noch näher erläutern. Die Opposition bestand nun aus den Sozialdemokraten, den Großdeutschen und „zwei bis drei mit den Nationalsozialisten sympathisierenden Heimwehrlern“. (Simon 1984: 146) Diese „Tripolarisierung“ begann am Ende der Ersten Republik und bildete sich im Austrofaschismus so weit heraus, dass man wirklich von drei Lagern sprechen kann, da die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten die Gegner für das „austrofaschistische Regime“ in dieser Zeit waren.

5.2.1 Wahlen nach 1927

Im Kapitel „Regierung und Wahlen“ haben wir schon die Wahlentwicklung kurz besprochen und Hänisch attestierte eine ab dem Jahr 1927 stärker werdende „Radikalisierung“ der politischen Landschaft. Im Folgenden werden wir uns mit den Wahlen nach 1927 näher beschäftigen und dabei die Nationalratswahl von 1930, welche die letzte Nationalratswahl in der Ersten Republik war, näher betrachten.

5.2.1.1 Ereignisse vor der NR-Wahl 1930

Vor dieser Wahl wurde die Zusammenarbeit von Schober mit der Heimwehr aufgekündigt, da Schober den hohen Heimwehrführer Papst aus Österreich ausgewiesen hatte. Ebenfalls gab es einen Bruch von Schober mit seinem christlichsozialen Koalitionspartner, da Schober und die Christlichsozialen bei der Bestellung des Generaldirektors der Bundesbahnen unterschiedlicher Auffassung waren. Am 30. September trat Schober zurück und Vaugoin wurde Bundeskanzler unter einer Koalition mit den Heimwehren. Dabei wurden die letzten demokratischen Wahlen in der Ersten Republik festgesetzt. Schober trat bei dieser Wahl selbst unter der Liste „Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund: Führung Dr. Schober“ (Simon 1984: 123) an, wobei dieser als „Schober-Block“ bezeichnet wurde. Nach Simon vertrat diese Liste eine „national-liberale Ideologie“ (ebd.:) und zeichnete sich durch eine demokratische Grundhaltung aus. Wie wir schon erörtert haben, waren die Heimwehren weit davon entfernt, eine homogene Masse zu sein. Das zeigte sich auch bei der Nationalratswahl 1930. Einerseits kam es zum gemeinsamen Antreten der Christlichsozialen mit der Heimwehr in Wien als „Christlichsoziale Partei und Heimatwehr“ und in Niederösterreich als „Christlichsoziale und Heimwehr“. Neben dieser Kooperation trat der Großteil der Heimwehr selbstständig bei der

Wahl unter der Führung von Starhemberg und Hueber als „Heimatblock“ an. Das Wahlergebnis bezeichnete Simon als Erfolg für die Demokratie. Der „Heimatblock“ erreichte 6 Prozent und damit 8 Abgeordnete. Die Nationalsozialisten kamen auf 3 Prozent und verfehlten den Einzug in den Nationalrat. Damit wurde die Regierung Vaugoin von der Regierung unter Kanzler Ender abgelöst, da es zu einer Koalition aus den Christlichsozialen, den Großdeutschen und dem Landbund gekommen war. (Simon 1984: 123f) Die beschriebene „Radikalisierung“ lässt sich anhand der engen Zusammenarbeit der Christlichsozialen mit den Heimwehren gut erkennen. Dies wird ersichtlich, wenn wir das Wahlergebnis zur letzten Nationalratswahl in der Ersten Republik betrachten.

Tabelle 7 Wahlergebnis 9. November 1930

Wahlpartei	Stimmenanteil	Mandate
Sozialdemokratische Partei	41,1	72
Christlichsoziale Partei	35,7	66
Christlichsoziale Partei und Heimwehr (Wien)	7,7	
Christlichsoziale Partei und Heimwehr (Nied.-Österr.)	9,8	
Christlichsoziale Partei	18,2	
Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund („Schober-Block“)	11,6	19
Heimatblock	6,2	8
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	3,0	
Andere Parteien	2,4	

Quelle: NRW 1930: 9. Dachs 1995: 150.

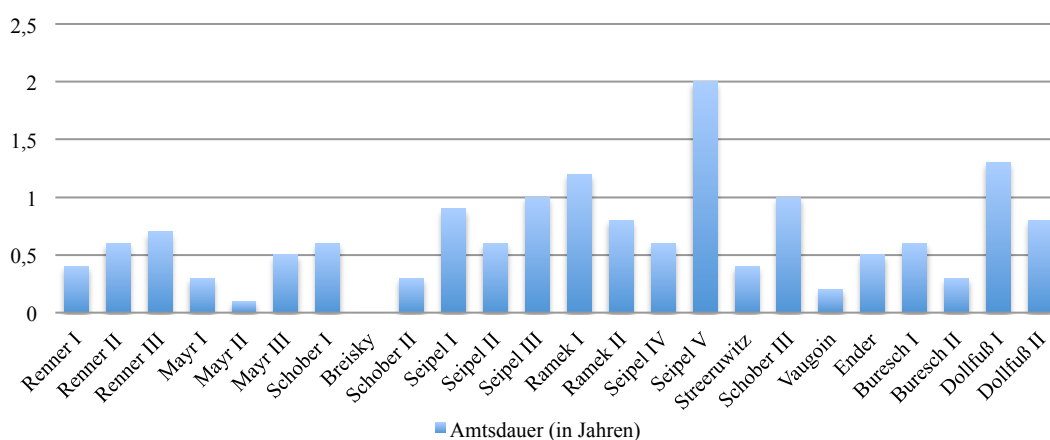
Im Jahr 1931 gab es eine Entspannung der Situation, dies lag aber nach Simon daran geschuldet, da die Heimwehren in sich zusammengebrochen sind. Dieser Zusammenbruch wird auch am Selbstständigen agieren der steirischen Heimwehr ersichtlich. Ein Putschversuch unter Pfrimer wurde versucht, der nach Simon dilettantisch durchgeführt wurde und letztendlich scheiterte. (Simon 1984: 125)

5.2.2 Regierungsentwicklung nach 1927

Ein Krisenmerkmal in einem demokratischen Staat ist der häufige Regierungswechsel, der mit einer Regierungsumbildung einhergeht. Wir haben schon kurz im Kapitel „Wahlen und Regierung“ dieses Thema aufgegriffen. Nun werfen wir einen näheren Blick auf die verschiedenen Regierungen. Nach dem Justizpalast kam es zur längsten „stabilen“ Regierungszeit mit zwei Jahren unter Seipel, der damit seine fünfte Regierung unter

seinem Banner leitete. Die nachfolgenden Regierungen wiesen kürzere Amtszeiten auf. Die Autoren Müller et al. liefern in ihrer Tabelle „Amtsdauer, Status, parlamentarische Unterstützung der Regierung“³⁴ einen sehr guten Überblick. (Vgl. Müller et al. 1995: 82-84) Wir möchten hier besonders die Entwicklung nach dem Jahr 1927 betrachten. Die Regierung Seipel V wurde überraschend durch die Person Seipel selbst beendet. Der Grund lag nach Müller et al. in der Auseinandersetzung zwischen der Kirche und den Sozialdemokraten und Seipel wollte damit die Agitation gegen die Kirche beenden. (Müller et al. 1995: 84)

Abbildung 10 Amtsdauer der Regierungen in der Ersten Republik

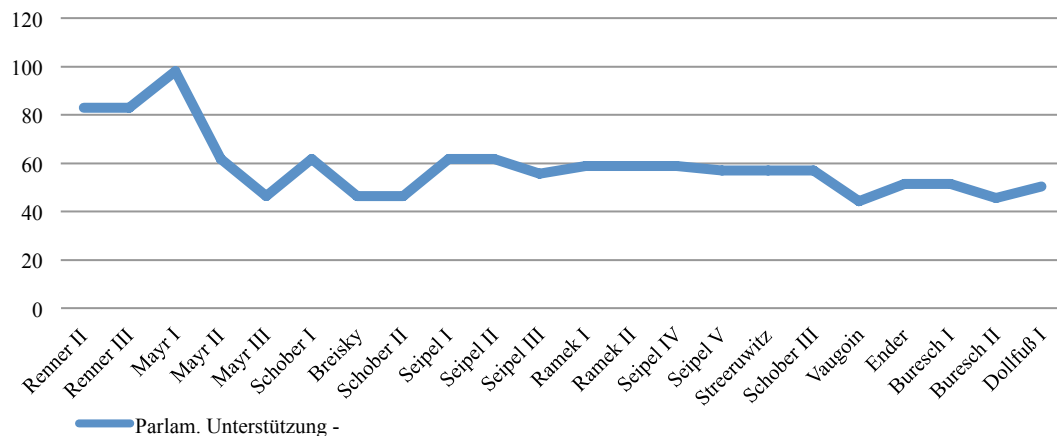


Quelle: selbsterstellte Grafik nach Müller et al. 1995: 82-84.

Die hohe Anzahl an Regierungswechsel in der Ersten Republik bedeutete, dass generell die Regierungen sich in einer manifesten Gefahr eines Sturzes befunden haben. Dieser Eindruck wird bekräftigt, wenn wir nach Müller et al. die parlamentarische Unterstützung in der Ersten Republik betrachten. Dieser anfängliche Rückgang in der Unterstützung der Regierung und die darauf folgende Stagnation auf einem bestimmten Niveau werden erkennbar, wenn wir die folgende grafische Darstellung betrachten.

³⁴ Siehe Anhang Tabelle 15: „Amtsdauer, Status, parlamentarische Unterstützung der Regierung und Ursachen der Regierungswechsel.“

Abbildung 11 parlam. Unterstützung der Regierungen in der Ersten Republik



Quelle: selbsterstellte Grafik nach Müller et al. 1995, 82-84.

Abgesehen von der „Allparteienregierung“ am Beginn der Ersten Republik verfügten die jeweiligen Regierungen, wenn keine Minderheitsregierung herrschte, über eine Parlamentsmehrheit zwischen 61,8 und 57 Prozent. Ab der Regierung Vaugoin begann die Mehrheit der Regierung noch stärker zu schwinden. Diese Minderheitsregierung wurde von der Regierung Ender und Buresch I abgelöst, die nur 51,5 Prozent des Nationalrates hinter sich versammeln konnte. Die Bundesregierung Buresch II stellte eine Minderheitsregierung dar. Die Regierung unter Dollfuß I verfügte auch nur über eine minimale Mehrheit von 50,3 Prozent der Abgeordneten.

5.3 Das Ende der Demokratie in der Ersten Republik

Die Vorgeschichte begann mit einem Eisenbahnerstreik am 1. März 1933, der von Dollfuß mit einer Verordnung aus dem Jahr 1914 verboten wurde. Als Reaktion darauf riefen die Sozialdemokraten eine außerordentliche Sitzung im Nationalrat ein. (Berchtold 1998: 699) Nach Simon begann die Ausschaltung des Parlaments mit einer Debatte über einen „Abstimmungsirrtum eines Nationalratsabgeordneten“ (Simon 1984: 148). Nach Berchtold kam es zu zwei formalen Fehlern, da einerseits ein christlichsozialer Abgeordneter zwei Stimmzettel abgegeben hatte und andererseits „lügen zwei Stimmzettel auf den Namen Abram vor, aber kein Stimmzettel auf den Namen von dessen Nachbar, den Abgeordneten Scheibin, obwohl dieser anwesend gewesen sei.“ (Berchtold 1998: 703) Aus diesem Vorfall entwickelte sich eine hitzige Diskussion und am Ende traten alle drei Nationalratspräsidenten zurück. Der dritte Nationalratspräsident setzte für den 15. März eine Sitzung an, die von der Regierung als ungültig aufgefasst wurde und der Sitzungssaal wurde polizeilich abgeriegelt damit keiner von den Sozialdemokraten und Großdeut-

schen Zutritt verschaffen konnte. Die Regierung konnte nun mit einer Notverordnung handeln. (Simon 1984: 148f, 152) Die Regierung Dollfuß drängte die Sozialdemokraten zusehends ins Abseits und bediente sich der „Salamitaktik“³⁵. Das bedeutete, dass man nur für sich genommen kleine Maßnahmen gegen die Sozialdemokraten getroffen hatte, die in Summe aber ihre Wirkung nicht verfehlten. Dollfuß integrierte die Heimwehren als Hilfspolizei. Ein weiterer Schlag gegen die Sozialdemokraten gelang Dollfuß, indem ein Waffenlager des Schutzbundes entdeckt und beschlagnahmt wurde. Mit den erlassenen Notverordnungen hatte man ein probates Instrument gegen die Sozialdemokraten und gegen die Gewerkschaft gefunden. (Simon 1984: 152, 155) Das letzte Kapitel der Agonie in der Ersten Republik wurde mit den Ereignissen in den ersten Februar Tagen 1934 eingeläutet. Polizei und Heimwehrmitglieder führten Hausdurchsuchungen bei den Sozialdemokraten durch und Schutzbundmitglieder wurden in diesem Zusammenhang verhaftet. Am Montag dem 12. Februar wurde das Arbeiterheim in Linz auf Waffen kontrolliert aber diesmal wehrte sich der Schutzbund gegen die Polizei und ein sozialdemokratischer Generalstreik wurde ausgerufen. Der Schutzbund war nach Simon unterlegen, da es den „Schutzbündlern“ an Waffen gefehlt hatte und sie konnten sich nicht gegen die von der Regierung eingesetzte Artillerie wehren. Dollfuß verbot am 12. Februar die „Sozialdemokratische Partei“, die Gewerkschaften und sozialdemokratisch nahestehende Organisationen. (Simon 1984: 159f)

5.3.1 Scheitern des Konsens

Wir haben die Zeit nach dem Justizpalastbrand als eine neue Stufe der Divergenz der politischen Lager gekennzeichnet und man könnte nun meinen, dass dabei eine völlige Paralyse der demokratischen Entwicklung vonstattengegangen wäre. Nach Hanisch war „[d]ie Chancen für den großen Konsens [...] keineswegs ganz verschüttet“ (Hanisch 2005: 301) gewesen. Es gab in gewissen Dingen eine „gemeinsame“ Mitarbeit der beiden Lager. Beispielsweise unterstützen die Sozialdemokraten die Sanierung der Creditanstalt oder gaben ihr Einverständnis bei Gehaltskürzungen für öffentliche Bedienstete. Nach Hanisch bestand bis zu Dollfuß einer Möglichkeit eines Konsens zwischen den großen politischen Lagern. Dabei bezieht sich Hanisch auf eine erstellte Tabelle von Schausberger.

³⁵ Nach Simon stammte diese Vorgehensweise von dem ungarischen Diktator Rakosi, der nach dieser Methode gegen die Opposition vorgegangen ist. Simon 1984: 152.

Tabelle 8 Konsens oder Konflikt: Regierung 1927 bis 1932

	Konsens	Konflikt
	orientiert	
Seipel V (1927-1929)		+
Streeruwitz (1929)	+	
Schober III (1929-1930)	+	
Vaugoin (1930)		+
Ender (1930-1931)	+	
Buresch I, II (1931-1932)	+	

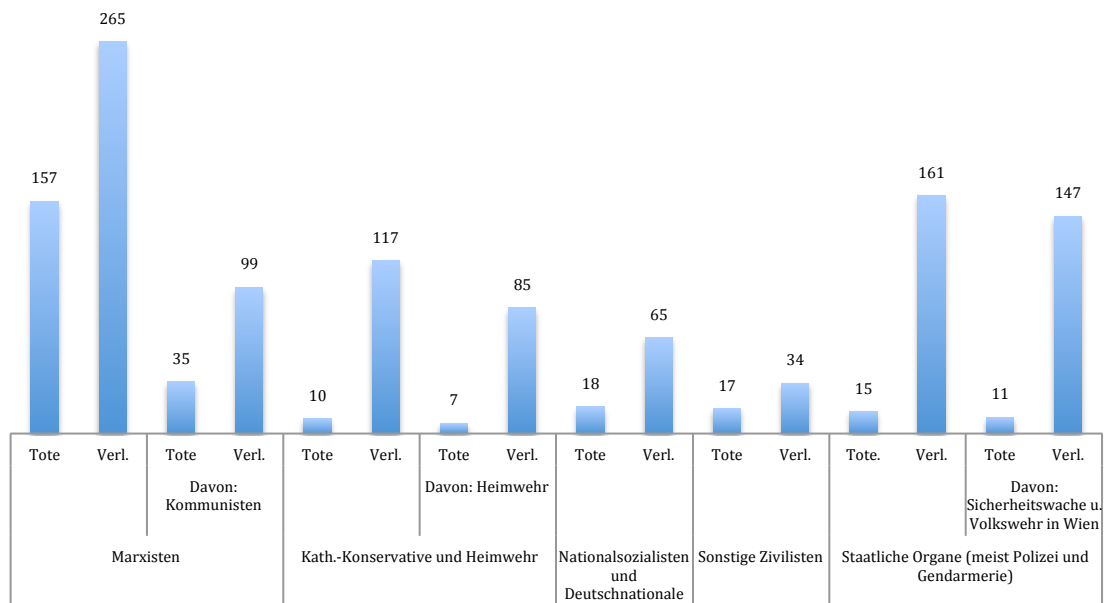
Quelle: Schausberger 1995. Ins Parlament, um es zu zerstören. Das „parlamentarische“ Agieren der Nationalsozialisten in den österreichischen Landtagen 1932/33. Hanisch 2005: 302.

In der Regierung Seipel V herrschte demnach eine konfliktorientierte Haltung. Diese Entwicklung verwundert nicht, da der Justizpalast in diese Ära hineinfiel und eine restriktive Politik nach diesem Ereignis verfolgt wurde. Interessant erscheint nun, dass abgesehen von der Regierung Vaugoin bis zur Regierung Buresch II es zu einem konsensorientierten Verhalten der Regierungen nach Hanisch gekommen ist. Es stellt sich nun die Frage, warum wurde dieser „Konsenswillen“ nicht weiterverfolgt und worin lagen die Gründe im Scheitern. Hier liefert Hanisch interessante Erklärungsansätze. Führende Wirtschaftstreibende der damaligen Zeit setzten sich für einen Rückbau der von den Sozialdemokraten errungenen sozialen Leistungen und Löhnen ein. Ein weiterer Grund im Scheitern eines Konsenses lag in der geschwächten Position der Christlichsozialen. Die inneren Spannungen wurden sehr groß und damit einher ging eine Angst vor Neuwahlen. Ab 1932 stiegen die Nationalsozialisten zu einem Hemmschuh für den Konsens auf, die mit der Gefahr des Rechtsradikalismus ausgegangen war. Die christlichsoziale Regierung unter Dollfuß vertrat die Meinung, man könnte dieser Entwicklung entgegensteuern, wenn man selbst diesen „faschistischen“ Weg beschreiten würde. Die Koalition der Regierung Dollfuß stand vor einer Belastungsprobe, denn die Koalitionspartner Heimatblock und Landbund entwickelten sich in entgegengesetzte Richtungen und damit bestand die schwebende Gefahr, die hauchdünne Mehrheit im Parlament zu verlieren. (Hanisch 2005: 302-304)

5.3.1.1 „Opferverteilung“ in der Ersten Republik

Wir können die Destabilisierung des politischen Systems mit einer Übersicht über die Gewalt abschließen. Wir haben schon die Erste Republik unter anderem in verschiedene Gewaltphasen nach Botz eingeteilt und wir können seine Zusammenfassung über die Gewalt in der Republik betrachten. Anhand der Opferzahlen erkennt man, dass das Gros der politischen Agitation gegen die Sozialdemokraten sich richtete.

Abbildung 12 Summe der Toten und Verletzten zwischen 1918 und 1933



Quelle: selbsterstellte Grafik³⁶ nach Botz 1976: 236f.

Die Bilanz der politisch motivierten Gewalt und besonders die Verteilung in der Ersten Republik legen uns den Schluss nahe, dass die „Marxisten“ das Hauptziel der politischen Agitation waren. Insgesamt kam es zu 215 Toten und 640 Verletzten. Wenn man die Summe aus den drei Gewaltphasen nach Botz zieht, dann waren mehr als die Hälfte der Todesopfer aufseiten der Sozialdemokranten und Kommunisten zu beklagen. Der Rest der Getöteten verteilt sich auf die anderen Kategorien. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Zahl der Verletzten betrachtet, da ebenfalls aufseiten der „Marxisten“ die meisten Verletzten zu beklagen waren. Wir haben schon kurz im Punkt „Justizpalastbrand“ die Gewaltverteilung angesprochen und die Bedeutung dieses Ereignisses hervorgehoben. Wir haben dabei festgehalten, dass mehr als die Hälfte der Gesamtanzahl der Toten und Verletzten auf diesen Vorfall zurückzuführen waren. Wenn wir die letzte Gewaltphase betrachten, in der wir eine stärker werdende Polarisierung der politischen Kultur ausgemacht haben, dann fällt auf, dass in diesen letzten Jahren der Ersten Republik die Gewalt sich verlagert hatte. Man kann einen Anstieg der „Opferzahlen“ bei den Heimwehren und den Nationalsozialisten/Deutschnationalen erkennen.

³⁶ Vollständige Auflistung zu finden im Anhang in Tabelle 14: „Anzahl der Opfer der politischen Gewaltanwendung 1918-1934“.

5.4 Radikalisierung der Presse - Verhärtung der „Presselager“ nach dem Justizpalastbrand

Unsere Grundthese lautet, dass das Massenmedium Zeitung einen Einfluss auf die zunehmende Polarisierung in der Ersten Republik gehabt hatte. Wir nehmen damit an, dass die politische Spannung durch „Radikalisierung“ in der Wortwahl unterstützt wurde. Die besondere Rolle der Zeitung erkennt auch Sailer-Wlasits an. Nach ihm übte die „Arbeiter-Zeitung“ im Falle des Justizpalastbrandes eine „Gewalt fördernde bzw. Gewalt eskalierende“ Funktion aus. Mit dem Leitartikel zum 15. Juli 1927 lässt sich nach Sailer-Wlasits „die zeitlich erste wesentliche Verstärker- bzw. Auslöserrolle für die nachfolgende Eskalation, zeitlich noch weit vor dem fatalen Schießbefehl an die Polizei“ (Sailer-Wlasits 2002: 104) feststellen. Im Kapitel „Pressestimmen zum Justizpalastbrand“ haben wir die Berichterstattung der „Arbeiter-Zeitung“ besprochen. Auch vor dem Urteilsentscheid des Schattendorfprozesses hatte die „Gesinnungspresse“ der beiden großen Lager massive politische Polarisierung der Massen betrieben. Die Parteizeitungen hatten nach Drimmel die Spannung im Geschworenenprozess gesteigert. Dabei versuchte die jeweilige Presse die Gegenseite negativ darzustellen und die Schuld dem anderen zu zuweisen. Mit dem Urteilsentscheid begann die Eigendynamik und Zeitungen, welche nicht der Meinung der „Arbeiter-Zeitung“ waren und eine differenzierte Analyse der Schuldzuweisung machten, bekamen am 15. Juli die Wut der Arbeiter zu spüren. Regierungsnahe Zeitungen, wie schon erwähnt die „Reichspost“, wurden besetzt oder in Brand gesetzt. (Drimmel 1986: 369f)

Die Radikalisierung der Presse sieht auch Fritz Csoklich. Die Sozialdemokraten erkannten nach ihm die Übermacht der konservativen Presse recht früh und versuchten diese zu behindern. Es wurden in Wien die Inseratensteuer 1923 eingeführt und damit sollten „in erster Linie die finanzstarken liberalen Blätter zur Kasse gebeten“ (Csoklich 1983: 723) werden. Die Erfolge blieben hinter der Erwartung zurück und die Parteiführung mahnte an die Genossen keine gegnerischen Zeitungen zu kaufen. Mit dem Justizpalastbrand „radikalisierte“ sich die politische Landschaft und damit wurde der Weg in ein autoritäres politisches System geebnet. Diesem Trend der Radikalisierung wurde auch von den konservativen Zeitungen und die katholische Presse aufgegriffen. (Csoklich 1983: 724) Wir haben den Justizpalastbrand als Wendepunkt in der Verhärtung der Lager in Österreich ausgemacht. Dies wird ersichtlich durch einen Artikel in der Arbeiter-Zeitung. Ernst Fi-

scher verfasste einen Aufsatz, der die aufgebrachte Stimmung Rechnung zollte. In der „Arbeiter-Zeitung“ wurde firmiert:

„Versöhnung? Es gibt keine Versöhnung ... Wir haben den Haß des Bürgertums erlebt, den hemmungslosen, rasenden Haß, der sich in den Salven der Polizei entlud, wir erwidern den Haß [...] Sie knallen einzelne Arbeiter nieder, wir werden nicht einzelne, wir werden das ganze System vernichten.“ (Arbeiter-Zeitung 20. 7. 1927, zitiert nach: Pelinka/Scheuch 1989: 87)

Die Autoren Pelinka/Scheuch sehen in dem Zeitraum zwischen dem Justizpalastbrand und 1934 „eine Chronologie wachsenden Terrors von rechts, aber auch wachsender Hilflosigkeit von links, zwischen Lächerlichmachung des Gegners und Kompromißsignalen pendelnd.“ (Pelinka/Scheuch 1989: 96) Die Sozialdemokraten wirkten orientierungslos und mit der Einführung der Zensur kurz nach der Ausschaltung des Parlaments wurde dieser Trend in Richtung rechts fortgesetzt. Am 7. März 1933 wurde die Vorzensur wieder eingeführt und die Zeitungen mussten ihre Ausgaben zwei Stunden vor der Veröffentlichung bei der zuständigen Behörde vorlegen. Als erste Zeitung war die „Rote Fahne“ der Kommunisten betroffen und am 24. März traf es die „Arbeiter-Zeitung“ und das „Kleine Blatt“. Die „Arbeiter-Zeitung“ musste einen weiteren Rückschlag hinnehmen, da ein Kolportageverbot ab dem 9. Oktober 1933 verhängt wurde. Damit wurde der Verkaufsweg sehr stark eingeschränkt und man durfte die Zeitung nur mehr über den Postweg vertreiben. (Pelinka/Scheuch 1989: 99) Den politischen Wandel des Tageszeitungsmarktes in Wien zeigen die Autoren Melischek/Seethaler in ihrer Gegenüberstellung von der ersten freien Wahl und der Letzten in der Ersten Republik. Diese Gegenüberstellung können wir nun betrachten und daraus wird die Verschiebung der politischen Stimmung in Richtung „rechts“ erkennbar.

Tabelle 9 Spektrum der Wiener Tageszeitungen 1919 und 1932 nach Wahlempfehlungen und Auflagenanteilen

Wahlempfehlungen für ... in %	1919	Wahlempfehlungen für ... in %	1932
die bürgerlich-demokratische Parteien	48	gegen faschistische Parteien	6
Sozialdemokratische Arbeiterpartei	12	Sozialdemokratische Arbeiterpartei	30
Parteien des "Bürgerblocks" • Christlichsoziale Partei • Deutschnationale Parteien	12 11 1	Parteien des „Bürgerblocks“ • Christlichsoziale Partei • Großdeutsche Volkspartei • Gemeinsame Wahlempfehlung für Christlichsoziale und Großdeutsche Volkspartei	40 21 5 14
Sonstige Parteien	5	Sonstige Parteien	4
keine	23		20

Quelle: Melischek/Seethaler 1996a: 13.

5.4.1 Unbeständigkeit der „Gesinnungspresse“

Ähnlich der Heterogenität der Parteienlandschaft wechselte auch die „Gesinnungspresse“ die von ihr unterstützten Parteien und dies kann man nach Melischek/Seethaler ab 1930 erkennen. Sie sehen ab diesem Zeitpunkt die Unbeständigkeit der „parteiungebundenen Gesinnungspresse“, da die Presse, welche 1927 für die Einheitsliste geworben hatte, nun für den „Schober-Block“ eine Wahlempfehlung abgaben, aber im Jahr 1932 unterstützte diese Presse wieder großteils die christlichsoziale Partei. Melischek/Seethaler stellten fest, dass sich „seit 1927 manifeste Polarisierung zwischen ‚Bürgerblock‘ und (Austro-)marxisten weiter verfestigt [hatte], mit der eine zunehmende Radikalisierung des seit 1920 allein die Regierungsverantwortung tragenden bürgerlichen ‚Lagers‘ einhergegangen war.“ (Melischek/Seethaler 1996, 73) Diese Radikalisierung lässt sich nach den Autoren bei den Wahlen von 1927 nachvollziehen, da die „Zeitungen der Einheitsliste“ wohlwollend gegenüber den Nationalsozialisten und den Heimwehren eingestellt waren und dementsprechend ihre Berichte gestaltet haben. Daraus ziehen Melischek/Seethaler den Schluss, dass durch den Abbau von Hemmungen gegenüber faschistischen „Gruppierungen“ und der ablehnenden Haltung der bürgerlichen Zeitungen gegenüber den Sozialdemokraten die „Akzeptanz autoritärer Lösungen zur Durchsetzung eigener Interessen“ (Melischek/Seethaler 1996: 73) erhöht wurde. (Melischek/Seethaler 1996: 73f) Die „ungebundene Gesinnungspresse“ musste sich den ökonomischen Entwicklungen der damaligen Zeit anpassen, wenn sie überleben wollte, denn im Vergleich zur „Parteipresse“ musste man unter ökonomischen Gesichtspunkten agieren. Die „Par-

teipresse“ wurde, wie schon beschrieben, von den Parteien gesteuert und organisiert, und hatte daher ein Mindestmaß an finanzieller Unterstützung. Die restliche „Gesinnungspresse“ musste sich nach ökonomischen Spielregeln agieren und die „Gesinnung des Wählers“ treffen. Daraus resultierte eine Fluktuation in der „Gesinnungspresse“ und wir können uns der Schlussfolgerung von Melischek/Seethaler anschließen, die diese Entwicklung auf Basis von ökonomischen Gründen sahen. (Melischek/Seethaler 1996: 75) Wir möchten hier noch ergänzen, dass der Wettbewerb am Wiener Tageszeitungsmarkt erheblich stärker war, als nach dem Ende der Ersten Republik bzw. nach 1955 und daraus erscheint es verständlich, dass der ökonomische Druck sehr hoch war und die Auflagenzahl teils stark variierte. In diesem Zusammenhang sollte man noch das Wechselverhältnis von Politik und dem Massenmedium „Zeitung“ hervorheben, da einerseits die Polarisierung der politischen Landschaft in der Ersten Republik ökonomische Auswirkungen auf die „Pressegesinnung“ hatte, aber gleichzeitig auf der anderen Seite die „Presse als Massenmedium“ eine Polarisierung der politischen Landschaft selbst mitgetragen hatte. Ein weiterer Punkt kann festgehalten werden, da die politischen Parteien der Ersten Republik die „Presse“ als politisches Instrument eingesetzt haben und daher verwundert es nicht, dass die Presse sich nach den politischen Gegebenheiten gerichtet hatte. Wenn wir den heutigen Zustand der Presse betrachten, dann bekommen wir den Eindruck, dass die Politik sich nach den Medien richtet. Von diesem Hintergrund können wir die Wahlergebnisse und die Wahlberichterstattung in Verbindung bringen und davon ausgehen, dass eine polarisierte politische Gesellschaft einen Einfluss auf die „Gesinnungspresse“ hatte, da die jeweiligen Leser und Käufer nur in den politischen Lagern zu finden waren. Dies betraf die „ungebundene Gesinnungspresse“ besonders, da diese Konstellation das wirtschaftliche Überleben der Zeitung besonders beeinflusst hatte.

5.4.2 Massenmedium „Zeitung“ unter Dollfuß

Mit dem Ausschalten des Parlaments ging die demokratische Phase in der Ersten Republik zu Ende. Dollfuß versuchte, die ihm unangenehme Presse zu beeinflussen. Diese politische „Mitbeeinflussung“ blieb nicht ohne Folgen, wie im Falle der „Arbeiter-Zeitung“, dessen Verkauf erschwert und schlussendlich verboten wurde. (Luger 1986: 69, 71) Unter dem autoritären Regime Dollfuß wurde, wie schon beschrieben, die Presse stark eingeschränkt und die Zensur wieder eingeführt. Die Beeinflussung der Presse ging mit verschiedenen Verordnungen weiter. Die Kommunistische Partei wurde mit einer Verordnung verboten, wovon auch die kommunistische Parteipresse betroffen war. Schwerwie-

gend wirkte sich, wie schon erwähnt, das Kolportageverbot aus, das den betroffenen Zeitungen die Verbreitung sehr stark eingeschränkte und stellte einen wirtschaftlichen Schlag gegen die Zeitung dar. Neben den „linken“ Blättern war auch die nationalsozialistische Propaganda von den Beschränkungen und Verboten betroffen, die bis zum Juli-Abkommen von 1936 bestanden hatten. (Paupié 1960: 47f) Mit der Ausschaltung des Parlamentes und der Demokratie bekam die Parteipresse der Regierung die Rolle einer offiziellen Regierungspresse zugesprochen, die aus der „Reichspost“, „Neuigkeitsweltblatt“, „Das Kleine Volksblatt“, „Kleine Blatt“ und dem „Wiener Tag“ sich zusammensetzte. Interessant erscheint ebenfalls, dass die „Neue Freie Presse“ in diesem Zeitraum von der Regierung heimlich aufgekauft wurde und daher kann man diese Zeitung auch der Regierungspresse zurechnen. (Paupié 1960: 118)

5.4.3 Nationalsozialisten und die „Propaganda-Presse“

Der Umgangston in der Presse in der Ersten Republik war, wie wir schon festgestellt haben, stark polarisiert. Nach den Ereignissen rund um den Justizpalastbrand verschärfte sich diese radikale Sprache in der Presse. Dazu beigetragen haben auch die Nationalsozialisten, die die „Heimwehren“ als „größten“ gewaltsamen politischen Agitator gegen die Sozialdemokraten abgelöst haben. Die Wortwahl und die Rhetorik ließen sich in der „Deutschösterreichischen Tageszeitung“ nachverfolgen. Nach Botz liefert eine Wortmeldung des nationalsozialistischen Bundestagsabgeordneten Franz Schattenfroh ein Paradebeispiel für die Gewaltverherrlichung dieser Partei. (Bolz 1976: 192) Wenn man diese Zeilen durchliest, wird das kommende Terrorregime schon vorweggenommen. In diesen Zeilen wird ein Rundumschlag gegen die Gegner der Nationalsozialisten angestellt. Schattenfroh warnte die Freimaurer und Juden vor Gewalt gegenüber dem Führer, denn die Rache der Nationalsozialisten würde keine Gnade kennen und man war gewillt mit voller Härte vorzugehen. Nicht einmal der Staat mit seiner Staatsgewalt könnte dem in diesem Fall etwas entgegensetzen und es würde „*elementarer Gewalt*“ über diejenigen hereinbräche, in denen man in erster Linie und wohl mit Recht die eigentlichen Drahtzieher und Urheber einer so ruhmloser Tat erkenne würde ...“ [Die Rache] „wäre nicht aufzuhalten und würde in seinen erschreckenden ausmaßen [...] selbst in der Geschichte mittelalterliche *Pogrome*“ (Arbeiter-Zeitung, 27. Jänner 1932, zitiert nach: Bolz 1976: 192) einzigartig sein. Ein wirkungsvolles politisches Instrument der NSDAP, welches mit dem Aufstieg der NSDAP untrennbar verbunden ist, stellte die Propaganda dar. Nach Jagschitz hatte die Partei bis zum Anfang der 30er Jahre ein großes Netzwerk an verschiede-

nen Tages- und Wochenzeitungen aufgebaut. In Österreich gab es beispielsweise die „Deutschösterreichische Tageszeitung“, „der Kampf“ in Graz, „der Kampf ruft“ in Linz oder „die Volksstimme“ in Linz. Es gab schon vorher Propaganda in Form von Zeitungen aber das Besondere nach Jagschitz lag in dem Punkt, dass es zu einer neuen Dimension nicht nur im Umfang der Propaganda, sondern auch in der Anwendung von neuen Techniken gekommen ist. Es wurden neben psychologischen Werbemethoden auch neue Formen der Beeinflussung eingesetzt. Es wurden unter anderem Autos, der Tonfilm, das Radio oder Schallplatten für die Propaganda verwendet. Im Zuge der Machtübernahme in Deutschland stieg die Unterstützung der österreichischen NSDAP durch Deutschland noch stärker an. (Jagschitz 1995: 242)

6 Conclusio

Wenn wir uns mit der Polarisierung der politischen Landschaft auseinandersetzen, dann kommen wir unweigerlich in Kontakt mit den Begriffen „Extremismus“ und „Radikalismus“. Wir versuchten den Unterschied zwischen den „Radikalismus“ und „Extremismus“ festzuhalten, wobei wir feststellen mussten, dass eine gesonderte Betrachtung ohne wechselseitige Miteinbeziehung, als nicht sinnvoll erscheint. Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal stellt die Grundablehnung der Demokratie dar und die physische Gewalt scheint nicht nur ein Mittel, sondern ein wesentlicher Kern beim „Extremismus“ zu sein. Hierbei muss man aber eine weitere Unterscheidung treffen, da beim „aktuellen Extremismus“ die physische Gewalt nicht mehr so im „Vordergrund“ steht und wenn „extremistische Parteien“ einen Aufruf zur Gewalt machen, dann im geheimen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit, was vor dem Zweiten Weltkrieg anders zu beobachten war. „Radikalismus“ und „Extremismus“ streben beide eine Veränderung des Istzustandes an, aber im Falle des „Extremismus“ wird auf einen geordneten Ablauf verzichtet und der Sollzustand gleich eingefordert.

Der Entwicklungsprozess der Ersten Republik in ging in Richtung Polarisierung der Politik und der Gesellschaft und dies stellt ein interessantes Forschungsgebiet dar. In vielen Arbeiten werden verschiedene Gründe genannt, die für das „Scheitern“ der Republik genannt werden. Die wesentlichsten Punkte haben wir im Kapitel „verschiedene Ansätze für die ‚Ausgangslage‘ der Ersten Republik“ erörtert und zusammengefasst. In dieser Diskussion wurde ein Punkt nicht adäquat herausgestrichen, den wir für ebenfalls bedeutend erachten. Die „Massenmedien“ erlangte für die Politik in unserem untersuchten Zeitrahmen eine äußerst wichtige Rolle. Wir haben festgehalten, dass eine Demokratie ohne Massenmedien nicht existieren kann, da diese erst eine politische Öffentlichkeit konstruieren, und dadurch wird der demokratische Diskussions- und Interessenaustausch erst ermöglicht. Wahlen stellen das wichtigste „Beteiligungsinstrument“ der Wähler in einer Demokratie dar und mit dem Instrument „Massenmedium“ können die politischen Parteien einen Einfluss auf den Entscheidungsprozess des Wählers nehmen. Als wichtigstes Massenmedium der damaligen Zeit haben wir die „Zeitung“ bestimmt. Die Presselandschaft der Ersten Republik wies eine starke Tendenz in Richtung „Parteipresse“ und „Gesinnungspresse“ auf und damit kann die Polarisierung der politischen Landschaft auch in der Presselandschaft gefunden werden.

Zu dieser Entwicklung kam der Trend der „Boulevardisierung“ des Zeitungsmarktes hinzu und damit setzte ein beginnender Bedeutungsverlust der „klassischen Parteizeitungen“ ein, der sich in der heutigen „Bedeutungslosigkeit“ widerspiegelt. Wir haben uns in unserer Arbeit auf die „Wiener Tageszeitungen“ als zu untersuchenden Rahmen festgelegt. Dies hatte am Anfang den Grund, dass wir diese Arbeit so weit eingrenzen wollten, um eine passende Untersuchung zu erstellen. Im Zuge der Recherche zu dieser Arbeit ist aufgefallen, dass die Datenlage bezüglich eines gesamtösterreichischen Tageszeitungsmarktes in der Ersten Republik nicht ausreichend erforscht ist. Die Autoren Melischek/Seethaler haben für die Wiener Tagespresse eine sehr ausführliche und vollständige Analyse herausgegeben. Die „Wiener Presse“ hatte die größte Bedeutung und wies die auflagenstärksten Zeitungen in der ersten Republik auf. Für die „Marktmacht“ kann auch die Tatsache gesehen werden, dass es in Niederösterreich und dem Burgenland keine „Tagespresse“ gegeben hat. Damit einher geht auch, dass die Datenlage für die „Landeszeitungen“ spärlich vorhanden ist. Wir haben in diesem Punkt auf Csoklich verwiesen, der einen Überblick über die Länderzeitungen liefert, aber dabei werden nur ausgewählte Tageszeitungen aufgezeigt und eine vollständige Darstellung fehlt. In diesem Punkt besteht noch erheblicher Nachholbedarf.

Wir haben uns auf den Justizpalastbrand, dem der Schattendorfvorfall vorrangig gegangen war, als „Wendepunkt“ in der Polarisierung der Ersten Republik festgehalten und schlossen uns damit der langläufigen Meinung an. Wenn wir die politisch motivierte Gewalt nach Botz betrachten, dann starben an diesem Vorfall mehr als die Hälfte aller politisch motivierten „Opfer“ in der Ersten Republik. Die Weichen wurden nach diesem Ereignis für die Sozialdemokraten in Richtung „defensive“ gelegt. Sieger waren auf dem ersten Blick die Christlichsozialen, aber als Hauptgewinner können wir sagen, standen die „rechten“ Kräfte fest. Am Anfang sammelten sich diese bei den „Heimwehren“ und ab 1932 wanderten diese „rechten Gruppierungen“ zu den Nationalsozialisten ab. Diese Destabilisierung des politischen Systems konnten wir auch anhand der Wahlentwicklung nachvollziehen. Es kam oft zu Regierungswechseln, und wenn man die parlamentarische Mehrheit der jeweiligen Regierung betrachtet, dann sank diese bis zum Ende der Ersten Republik stetig. Wir haben uns auf die „bimodale“ Wählerverteilung nach Downs, mit Ergänzung mit Sartori, bezogen, und die auf die erste Republik übernommen. Wir haben erörtert, dass durch Massenmedien die politischen Parteien den Wähler beeinflussen kön-

nen. Ein polarisiertes politisches System weist eine ebenfalls polarisierte Presse auf. Mit Daten nach Paupié konnten wir diese Polarisierung der Presse nachvollziehen.

Wir können als weiteren Punkt festhalten, dass die Polarisierung in der Ersten Republik so weit fortgeschritten war, dass bedingt durch die mediale Berichterstattung, keine Verschiebung mehr auf dem Wählerspektrum möglich gewesen war. Dies würde zur These von Downs passen, da wir festgehalten haben, wenn die polarisierten Lager des politischen Systems sich zu weit voneinander entfernen und einen radikalen bzw. extremistischen Punkt erreichen, dann ist die Wählerschaft in der Mitte sehr gering und eine Wählerabwanderung in eine andere radikale Richtung kommt nicht zustande. Wir haben für die Erste Republik eine Polarisierung in zwei politische Lager angenommen. Im Zuge der Arbeit haben wir aber festgestellt, dass wir diese Aussage differenzierter formulieren müssen. Der „marxistische Block“ bestand fast ausschließlich aus den Sozialdemokraten, da die Kommunisten in der Ersten Republik eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Die reale politische Relevanz bestand in der Verwendung als Feindbild beim politischen Gegner. Als zweiten Block hielten wir ein „rechtes Lager“ fest, das unter der Führung der christlichsozialen Partei stand. Hier müssen wir einige Punkte näher ausführen, da die Heterogenität in der Parteien- und Gruppenlandschaft bei diesem Lager groß war. Die „Heimwehren“ wiesen innere Spannungen auf, die sich in unterschiedlicher Unterstützung bei Wahlen und im Grad der „Radikalität“ zeigte. Hier braucht man nur auf den „Pfrimerputsch“ der steirischen Heimwehr oder auf das unterschiedliche „Verhalten“ bei den letzten Nationalratswahlen von 1930 verweisen. Die Entwicklung des politischen Systems ging in die Richtung einer „Tripolarisierung“ der politischen Landschaft und wir haben dieses „System“ als „polarisierten Pluralismus“ bezeichnet. Dies lässt sich am Ende der „demokratischen Phase“ feststellen, da neben den Sozialdemokraten und Christlichsozialen mit ihren Koalitionspartnern die Nationalsozialisten sich als drittes Lager herausgebildet haben.

7 Literatur

- Backes, Uwe 2003a. „Rechtsextremismus“ – Konzeptionen und Kontroversen. In: Backes, Uwe (Hrsg.). *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*. Köln: Böhlau Verlag GmbH & Cie. 15-52.
- Backes, Uwe 2003b. Extremismus und politisch motivierte Gewalt. In: Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hrsg.) *Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich: historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven*. Opladen: Leske + Budrich. 341-371.
- Backes, Uwe 2006. *Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co KG.
- Berchtold, Klaus 1998. *Verfassungsgeschichte der Republik Österreich. Band 1: 1918-1933*. Wien: Springer Verlag.
- Botz, Gerhard 2002. Der „15. Juli 1927“: Ablauf, Ursachen und Folgen. In: Leser, Norbert/Sailer-Wlasits Paul (Hrsg.). *1927 als die Republik brannte. Von Schattendorf bis Wien*. Wien/Klosterneuburg: Edition va bene. 33-52.
- Botz, Gerhard 2002. Der „Schattendorf-Zusammenstoß“: Territorialkämpfe, Politik und Totschlag im Dorf. In: Leser, Norbert/Sailer-Wlasits Paul (Hrsg.). *1927 als die Republik brannte. Von Schattendorf bis Wien*. Wien/Klosterneuburg: Edition va bene. 11-32.
- Botz, Gerhard 1976. *Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934*. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Böhme-Kuby, Susanna 1991. *Extremismus, Radikalismus, Terrorismus in Deutschland. Zur Geschichte der Begriffe*. München: Kyrill & Method.
- Bruckmüller, Ernst 2004. Nationsbildung und nationale Mythologie in Mitteleuropa. Staatlich-herrschaftliche Tradition und nationale Mythen bei Österreichern, Ungarn und Tschechen. In: Kopetz, Hedwig/Marko, Joseph/Poier, Klaus (Hrsg.). *Soziokultureller Wandel im Verfassungsstaat. Phänomene politischer Transformation. Band 2*. Wien/Köln/Graz: Böhlau Verlag. 803-815.
- Chraska, Wilhelm 1986. *Die verwundete Republik. Österreichs Weg ins Dollfuß-Schuschnigginterregnum*. Frankfurt am Main/Bern/New York: Peter Lang.
- Csoklich, Fritz 1983. Presse und Rundfunk. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt. *Österreich 1918 – 1938: Geschichte der Ersten Republik*. Graz/Wien/Köln: Verlag Styria.
- Pelinka, Peter/Scheuch, Manfred 1989. *100 Jahre AZ Wien/Zürich*: Europa Verlag.

- Dachs, Herbert 1995. Das Parteiensystem. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 143-159.
- Downs, Anthony 1968. Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen: J.C.B Mohr (Paul Siebeck).
- Drimmel, Heinrich 1986. Vom Justizpalastbrand zum Februaraufstand. Österreich 1927-1934. Wien/München: Amalthea Verlag.
- Drimmel, Heinrich 1986. Vom Umsturz zum Bürgerkrieg. Österreich 1918-1927. Wien/München: Amalthea Verlag.
- Edmondson, C. Earl 1995. Heimwehren und andere Wehrverbände. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 261-276.
- Ehmer, Josef 1995. Die Kommunistische Partei Österreichs. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 218-230.
- Eilders, Christine 2008. Massenmedien als Produzenten öffentlicher Meinung – Pressekommentare als Manifestation der politischen Akteursrolle. In: Pfetsch, Barbara/Adam, Silk (Hrsg.). Massenmedien als politische Akteure: Konzepte und Analysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 27 – 51.
- Everts, Carmen 2000. Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS. Berlin: Weißensee Verlag.
- Fabris, Hans Heinz 1991. Abhängige Entwicklung: Zur „Internationalisierung“ der österreichischen Medien 1918 – 1938. In: Duchkowitsch, Wolfgang/Haas, Hans/Lojka, Klaus (Hrsg.). Kreativität aus der Krise. Konzepte zur gesellschaftlichen Kommunikation in der Ersten Republik. Wien: Literas-Universitätsverlag.
- Faßmann, Heinz 1995. Der Wandel der Bevölkerungs- und Sozialstruktur in der Ersten Republik. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 11-22.
- Goldinger, Walter 1977. Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse in Österreich von 1918 bis 1945. In: Benedikt, Heinrich (Hrsg.). Geschichte der Republik Österreich. Wien: Verlag für Geschichte und Politik. 15- 288.

- Gulick, Charles Adam 1976. Österreich von Habsburg zu Hitler. Wien: Forum Verlag.
- Hanisch, Ernst 1995. Einleitung. Das politische System Erste Republik/Zwei Erklärungsmodelle. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 1-7.
- Hanisch, Ernst 2005. Österreichische Geschichte 1890 – 1990. Der Lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien: Verlag Carl Ueberreuter.
- Hänisch, Dirk 1995. Wahlentwicklung und Wahlverhalten in der Ersten Republik. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 261-276. 488-503.
- Holtmann Everhard 1987. Massenmedien im politischen System der Ersten Republik. Konzeptuelle Überlegung am Beispiel der sozialdemokratischen Parteipresse. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. (87/4) 393- 408.
- Holtmann, Everhard 1975. Sozialdemokratische Defensivpolitik vor dem 12. Februar 1934. In: Jedlicka, Ludwig/Neck, Rudolf (Hrsg.). Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Wien: Druck und Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei. 113-120.
- Jagschitz, Gerhard 1995. Die Nationalsozialistische Partei. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 230-244.
- Jaschke, Hans-Gerd 2006. Politischer Extremismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kailitz, Steffen 2004 Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kriechbaumer, Robert 2001. Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich vor der Jahrhundertwende bis 1945. Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag Ges.m.H und Co.Kg.
- Leser, Norbert 2002. Der 15. Juli 1927 als Peripetie des Austromarxismus und der österreichischen Demokratie der Ersten Republik. In: Leser, Norbert/Sailer-Wlasits Paul (Hrsg.). 1927 als die Republik brannte. Von Schattendorf bis Wien. Wien/Klosterneuburg: Edition va bene. 53-91.

- Lielacher, Sigrid 2010. Die Entstehung der Gesinnungspresse nach 1848 und die Formierung politischer Lager in Österreich. Wien: Dipl.-Arbeit.
- Luger, Josef Friedrich 1985. Das Anzeigenwesen der Wiener Tagespresse in der Ersten österreichischen Republik um im Ständestaat. Wien: Dissertation Uni Wien.
- Luhmann, Niklas 2009. Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Matis, Herbert/Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef 2004. Versäumte Konsolidierung. Medien und politische Parteien in der Ersten Republik. In: Kopetz, Hedwig/Marko, Joseph/Poier, Klaus (Hrsg.). Soziokultureller Wandel im Verfassungsstaat. Phänomene politischer Transformation. Band 2. Wien/Köln/Graz: Böhlau Verlag. 881-899.
- Maderthaner, Wolfgang 1995. Die Sozialdemokraten. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 177-194.
- Manhart, Sebastian 2003. Diesseits von Rechts und Links. In: Rustemeyer, Dirk (Hg.). Bildlichkeit. Aspekte einer Theorie der Darstellung. Würzburg: Königshausen & Neumann GmbH. 107-147.
- Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef 1996a. Konzept und Anforderung einer Institutional Process Analysis am Beispiel der Datenbank der Wiener Tageszeitungen (1918-1938). Historical Social Research, Vol. 21. No. 3. 57-75.
- Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef 1996b. Zwischen Gesinnung und Markterfolg. Zum politischen Spektrum der Wiener Tagespresse der Ersten Republik. In: Imhof, Kurt/Schulz, Peter (Hrsg.). Politisches Raisonement in der Informationsgesellschaft. Zürich: Seismo Verlag. 61-79.
- Melischek, Gabriele/Seethaler Josef 2001. Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation. Nr. 1. Auflagenzahlen der Wiener Tageszeitungen 1885 – 1933 in quellenkritischer Bearbeitung. <http://www.oeaw.ac.at/cmc/data/Arbeitsbericht%20Nr%201.pdf>, 22. Februar 2011.
- Müller, Wolfgang C./Philipp, Wilfried/Steininger, Barbara 1995. Die Regierung. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 160-176.
- Oellerer, Franz 1952. Seipel, der 15. Juli 1927 und die Wiener Presse. Wien: Uni Wien Dissertation.

- Paupié, Kurt 1957. Öffentlichkeit, Meinungsbildung und Nachrichtenwesen. Wien: Wilhelm Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.M.B.H.
- Paupié, Kurt 1960. Handbuch der österreichischen Pressegeschichte: 1848 – 1959. Band 1: Wien. Wien/Stuttgart: Wilhelm Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.M.B.H.
- Pelinka, Anton 1995. Parlament. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 59- 71.
- Pürer, Heinz/Raabe, Johannes (Hrsg.) 2007. Presse in Deutschland. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Sailer-Wlasits, Paul 2002. Vom Wort zur Tat – politische Sprache und Gewalt. In: Leser, Norbert/Sailer-Wlasits Paul (Hrsg.). 1927 als die Republik brannte. Von Schattendorf bis Wien. Wien/Klosterneuburg: Edition va bene. 93-114.
- Sailer-Wlasits, Paul 2002. Epilog zur Genese des Verbalradikalismus. In: Leser, Norbert/Sailer-Wlasits Paul (Hrsg.). 1927 als die Republik brannte. Von Schattendorf bis Wien. Wien/Klosterneuburg: Edition va bene. 201-210.
- Sartori, Giovanni 1976. Parties and party Systems. A framework for analysis. New York: Cambridge University Press.
- Schmidt, Manfred G. 2010. Demokratietheorien: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Pfetsch, Barbara. 1994. Politische Akteure und die Medien der Massenkommunikation. Zur Generierung von Öffentlichkeit in Wahlkämpfen. In: Friedrichs, Jürgen/Lepsius, M. Rainer/Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.). Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag. 106 – 138.
- Seethaler, Josef/Melischek, Gabriele 1993. Demokratie und Identität: zehn Jahre Republik in der Wiener Presse 1928; ein Arbeitsbuch. Wien: WUV-Univ.-Verlag.
- Simon, Walter B. 1984. Österreich 1918 – 1938. Ideologien und Politik. Wien/Köln/Graz: Böhlau Verlag.
- Simon, Walter B. 1988. Die verirrte Erste Republik. Eine Korrektur österreichischer Geschichtsbilder. Innsbruck/Wien: Multiplex Media Verlag.

- Spera, Danielle 1991. „Vorwärts in den Wahlkampf“. Sozialdemokratische Wahlwerbung in der Zwischenkriegszeit. In: Duchkowitsch, Wolfgang/Haas, Hans/Lojka, Klaus (Hrsg.). Kreativität aus der Krise. Konzepte zur gesellschaftlichen Kommunikation in der Ersten Republik. Wien: Literas-Universitätsverlag.
- Stadler, Mathias Michael 1990. Die Situation der Presse in der Ersten Republik, mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der „Arbeiter-Zeitung“ und der „Reichspost“ und der politischen Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und Christlichsozialen von 1918-1934 in diesen beiden Zeitungen. Wien: Dipl.-Arbeit Uni Wien.
- Staudinger, Anton 1975. Christlichsoziale Partei und Errichtung des „Autoritären Ständestaates“ in Österreich. In: Jedlicka, Ludwig/Neck, Rudolf (Hrsg.). Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Wien: Druck und Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei. 65 – 81.
- Staudinger, Anton/Müller, Wolfgang C./Steininger, Barbara 1995, Die Christlichsoziale Partei. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 160-176.
- Stiefbold, Rodney/Leupold-Löwenthal/Ress, Georg/Lichem, Walther/Marvick, Dwaine 1966. Wahlen und Parteien in Österreich. Band 3. Teil C. Wahlstatistik. Wien: Österr. Bundesverlag.
- Voltmer, Katrin 2008. „Vierte Gewalt“ im Schatten der Vergangenheit – Die Transformation der Massenmedien in neuen Demokratien. In: Pfetsch, Barbara/Adam, Silk (Hrsg.). Massenmedien als politische Akteure: Konzepte und Analysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 92 – 115.
- Wandruszka, Adam 1977. Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Benedikt, Heinrich (Hrsg.). Geschichte der Republik Österreich. Wien: Verlag für Geschichte und Politik. 289-486.
- Weber, Fritz 1995. Die wirtschaftliche Entwicklung. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 23-39.
- Weber, Karl 1995. Föderalismus. In: Tàlos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hrsg.). Das Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. 123-134.

Wimmer, Hannes 2000. Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit. Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag Ges.m.b.H und Co. KG.

Wilke, Jürgen 2008. Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag GmbH & Co.

7.1 Internet

Nationalratswahl vom 16. Februar 1919,

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1919.pdf

Nationalratswahl vom 27. April 1927,

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1927.pdf,
15.02.2011.

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx

Nationalratswahl vom 9. November 1930

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1930.pdf,
15.02.2011.

7.2 Zeitungen

Arbeiter-Zeitung Nr. 194. Ausgabe Montag, 18. Juli 1927.

Das Kleine Blatt Nr. 136. Ausgabe Montag 18. Juli 1927.

<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=dkb&datum=19270718&seite=1&zoom=2>

Das Kleine Blatt Nr. 135. Ausgabe Freitag 15. Juli 1927.

<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=dkb&datum=19270715&seite=1&zoom=2>

Die Neue Zeitung Nr. 193. Ausgabe Freitag. 15. Juli 1927.

<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=nzg&datum=19270715&seite=1&zoom=1>

Die Neue Zeitung Nr. 194. Ausgabe Montag 18. Juli 1927.

<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=nzg&datum=19270718&seite=1&zoom=1>

Reichspost Nr. 193. Ausgabe Freitag, 15. Juli 1927.

<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=rpt&datum=19270715&seite=1&zoom=1>

Reichspost Nr. 194. Ausgabe Montag. 18. Juli 1927.

<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=rpt&datum=19270718&seite=1&zoom=1>

Neue Freie Presse. Nr. 22569. 15. Juli 1927.

Neue Freie Presse. Nr. 22570. 18. Juli 1927.

7.3 Anhang

„Korneuburger Eid“, 18. Mai 1930

Richtung und Gesetz des Heimatschutzes

Wir wollen Österreich von Grund aus erneuern!

Wir wollen den Volksstaat des Heimatschutzes.

Wir fordern von jedem Kameraden: Den unverzagten Glauben ans Vaterland, den rastlosen Eifer der Mitarbeit und die leidenschaftliche Liebe zur Heimat.

Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und zum Wohle des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen.

Wir müssen zum eigenen Vorteil vergessen, müssen alle Bindungen und Forderungen der Parteien unserem Kampfziel unbedingt unterordnen, da wir der Gemeinschaft des deutschen Volkes dienen wollen!

Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und Parteienstaat!

Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen der grossen Stände und aus den fähigsten und den bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird.

Wir kämpfen gegen Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf und liberalkapitalistische Wirtschaftsgestaltung.

Wir wollen auf berufsständischer Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen. Wir werden den Klassenkampf überwinden, die soziale Würde und Gerechtigkeit herstellen.

Wir wollen durch eine bodenstarke und gemeinnützige Wirtschaft den Wohlstand unseres Volkes heben.

Der Staat ist die Verkörperung des Volksganzen, seine Macht und Führung wacht darüber, dass die Stände den Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft eingeordnet bleiben.

Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung: er sei bereit, Gut und Blut einzusetzen, er erkenne die drei Gewalten: den Gottesglauben, seinen eigenen harten Willen, das Wort seiner Führer!

Quelle: Heimatschutz in Österreich 1934: 47f. In: Chraska 1986: 171f

Tabelle 10 Wahlergebnisse in Innsbruck, Wien und Vorarlberg zwischen 1930 und 1933³⁷ (Stimmenzahl in tausend)

	Abgegebene Stimmen:	Soz.dem.:	Christ.soz.:	Gemäß. ⁱ „national“	NSDAP	H.B. ⁱⁱ ii	K.P. ⁱⁱⁱ
Innsbruck:							
9. November 1930	35,7	13,4	8,1	9,7	0,8	3,5	0,1
17. Mai 1931	30,1	12,0	9,9	5,1	1,2	-	0,4
23. April 1933	36,8	9,9	9,4	0,8	15,0	0,8	0,5
Wien:							
9. November 1930	1.193	704	283	124,0	27,5	26,4	10,6
24. April 1932	1.158	683	234	8,8	201,0	-	21,8
Vorarlberg:							
9. November 1930	77,5	16,2	44,0	16,2	0,9	-	0,2
6. November 1932	76,4	11,9	43,3	10,5	9,0	-	2,6

Quelle: Simon 1988: 94

ⁱ „Gemäßigt national“ im Jahr 1930: „Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund, Führung Dr. Schober“, 1931 und 1933 in Innsbruck sowie 1932 in Wien „Großdeutsche Volkspartei“, 1932 in Vorarlberg getrennt kandidierend: „Großdeutsche Volkspartei“ und „Landbund für Österreich“.

ⁱⁱ H.B. = „Heimatblock“, die Liste der faschistischen Heimwehr.

ⁱⁱⁱ KP = Kommunistische Partei Österreichs.

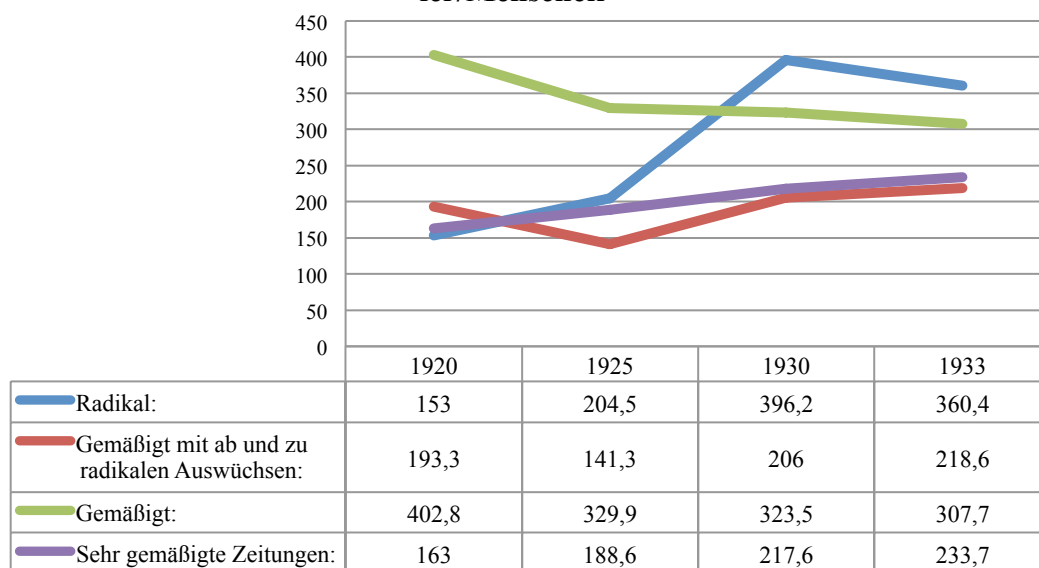
Tabelle 11 Überblick über Länderzeitungen 1918 - 1933 in der Ersten Republik

	Exemplare	Anmerkungen
Deutschnationale Presse		
Grazer Tagespost	35.000 - 40.000	deutschdemokratisch
Tages-Post in Linz	28.000 – 35.000	deutschnationale Tendenz
Freien Stimmen	5.000 – 7.500	deutschnational/freisinnig, Kärnten
Katholische Presse		
Grazer Volksblatt	6.000 – 7.000	katholisch
Linzer Volksblatt	8.000 – 9.000	
Innsbruck	3.000 – 4.000	
Das neue Reich	3.000 – 4.000	
Schönere Zukunft	3.000 – 4.000	
Kärntner Tagblatt	3.000 – 4.000	
Salzburger Chronik	3.000 – 4.000	
Vorarlberger Volksblatt	3.000 – 4.000	
Kleine Zeitung	29.000 – 44.000	Steiermark, unpolitische Grundhaltung
Sozialdemokratische Presse		
Arbeiterwille	22.000	Graz, offizielle Parteizeitung der Steiermark
Tagblatt	10.000	Oberösterreich

Quelle: selbst erstellte Tabelle nach Csoklich 1983: 721-723.

³⁷ Jahreszahl wurde korrigiert, da im Original 1931 fälschlicherweise, vielleicht ein Druckfehler, verwendet wurde.

Abbildung 13 Kategorisierung nach Paupié mit Auflagenzahlen nach Seethaler/Melischek



Quelle: selbst erstelle Grafik nach Paupié, Seethaler 2001: 10-14.

Tabelle 12 Kategorisierung nach Paupié mit Auflagenzahlen nach Seethaler/Melischek

	1920	1925	1930	1933
Radikal:				
Abend	100.000	100.000	90.000	60.000
Deutschösterreichische Tageszeitung	-	21.600	16.900	33.000
Freiheit!	-	-	20.000	25.000
Neues Wiener Journal	43.000	57.100	56.600	58.400
Das Kleine Blatt	-	-	173.000	164.000
Die Rote Fahne	10.000	25.800	21.700	20.000
Die Welt am Morgen			18.000	-
Gemäßigt mit ab und zu radikalen Auswüchsen:				
Arbeiter-Zeitung				
Der Morgen	105.000	99.000	81.500	83.000
Wiener Neueste Nachrichten	33.300	-	-	-
Reichspost	-	-	20.600	27.400
Das Kleine Volksblatt	55.000	42.300	28.900	29.100
		-	75.000	79.100
Gemäßigt:				
Wiener Allgemeine Zeitung	14.000	20.000	22.000	22.000
Illustriertes Wiener Extrablatt	33.300	25.700	-	-
Wiener Mittags-Zeitung	25.000	-	26.500	26.500
Die Neue Zeitung				
Neue Freie Presse	80.000	41.400	25.700	35.000
Die Stunde	72.000	55.700	57.400	51.400
Neues Wiener Tagblatt	-	50.000	38.000	32.000
Volks-Zeitung	67.100	65.700	60.000	51.400
Neuigkeits-Welt-Blatt	51.400	51.400	58.900	49.400
	60.000	30.000	35.000	40.000
Sehr gemäßigte Zeitungen:				
Wiener Zeitung	10.000	10.000	10.000	10.000
Illustrierte Kronenzeitung	153.000	178.600	207.600	223.700

Quelle: selbst erstelle Tabelle nach Paupié, Seethaler 2001: 10-14.

Tabelle 13 Auflagenstärksten Wiener Tageszeitungen 1920 - 1933 nach Melischek/Seethaler

	1920	1925	1930	1933
Der Abend	100.000	100.000	90.000	60.000
Arbeiter-Zeitung	105.000	99.000	81.500	83.000
Das Kleine Blatt			173.000	164.000
Illustrierte Kronen-Zeitung	153.000	178.6000	207.600	223.700
Kleine Volks-Zeitung	123.000	142.900	132.900	142.900
Das Kleine Volksblatt			75.000	79.100
Neue Freie Presse	72.000	55.700	57.400	51.400
Neues Wiener Journal		57.100	56.600	58.400
Die Neue Zeitung	80.000			
Neues Wiener Tagblatt	67.100	65.700	60.000	51.400
Neuigkeits-Welt-Blatt	60.000			
Reichspost	55.000			
Volks-Zeitung	51.400	51.400	58.900	
Zeitungen ... Gesamtauflage: ... Zeitungen mit ... insg. Auflagen	31 mit 1.325.100 12 mit 149.000 9 mit 309.600 7 mit 485.500 3 mit 381.000	23 mit 1.150.500 7 mit 123.500 8 mit 276.600 6 mit 428.900 2 mit 321.500	26 mit 1.357.900 10 mit 169.200 6 mit 195.800 7 mit 479.400 3 mit 513.500	26 mit 1.379.600 7 mit 123.500 10 mit 342.200 6 mit 383.300 3 mit 530.600

Quelle: selbst erstellte Tabelle nach: Melischek/Seethaler 2001: 10-14; Auswahl der Zeitungen ab einer Auflagenzahl von 50.000 Stück.

Tabelle 14 Anzahl der Opfer der politischen Gewaltanwendung 1918-1934

Anzahl der Gewalttaten	Marxisten				Kath.-Konservative und Heimwehr				Nationalsozialisten und Deutschnationale		Sonstige Zivilisten		Staatliche Organe (meist Polizei und Gendarmerie)				Jahressumme der Toten u. Verletzte	Dasselbe * in % (n=593)	Jahressumme* der Opfer in % nach Dreierdurchschnitten****		
	Davon: Kommunisten		Davon: Heimwehr		Tote		Verl.		Tote		Verl.		Tote		Davon: Sicherheitswa che u. Volkswehr in Wien						
																				Tote	
	Tote	Verl.	Tote	Verl.	Tote	Verl.	Tote	Verl.	Tote	Verl.	Tote	Verl.	Tote	Verl.	Tote	Verl.					
Ab 12.11																1,5					
1918	2	5	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	2	7	9	(10,9)**					
1919	16	26	61	24	60	-	2	-	1	6	5	7	16	6	15	39	85	124	20,9	14,9	
1920	6	27	41	9	25	-	1	-	-	-	1	2	4	-	3	29	47	76	12,8	11,3	
1921	2	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	0,3	4,6	
1922	5	3	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	1	3	2	5	0,8	1,6	
1923	13	2	11	-	5	1	3	-	-	1	1	-	3	-	3	4	18	22	3,7	2,1	
1924	6	-	5	-	-	1	-	-	-	-	1	-	3	-	-	-	10	10	1,7	2,2	
1925	11	1	-	-	-	1	2	-	-	3	1	-	-	-	-	3	5	8	1,4	1,0	
1926	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	0	0,9	
1927	3	1	4	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	2	6	8	1,4	0,9	
Ausgenommen: 15.7.1927	1	85	57	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	120	4	120	89	177	266		
1928	8	-	4	-	-	-	2	-	2	-	-	2	-	-	-	-	8	8	1,4	5,3	
1929	28	4	21	-	6	3	48	3	48	1	-	-	-	-	-	8	69	77	13,0	7,0	
1930	22	-	17	-	3	-	18	-	16	-	3	2	-	-	-	2	38	40	6,7	8,1	
1931	7	5	7	-	-	2	1	2	1	7	-	-	1	4	-	3	8	19	27	4,6	9,9
1932	44	2	21	-	-	-	17	-	14	7	37	1	2	1	1	11	93	104	17,5	11,2	
1933	56	1	10	-	-	3	21	2	4	8	14	3	7	-	-	15	54	69	11,6	11,7	
Bis 11.2																			0,7		
1934	6	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	2	-	1	2	2	4	(6,1)***		
Summe 1918-1934	240	157	265	35	99	10	117	7	85	18	65	17	34	15	161	217	642	859	100*		
Summe der Toten u. Verl.		422		134		127		92		83		51		176		859					
dass. in %		49,1		15,6		14,8		10,7		9,6		5,9		20,5		100					

Quelle: Botz 1976: 236f.

* Ohne die Opfer des 15. Juli 1927

** Bezogen auf die 50 Tage vom 12. 11 bis 31. 12. 1918

*** Bezogen auf die 42 Tage vom 1. 1. Bis 11. 2. 1934

**** Da die bereinigten Werte von 1918 und 1934 in die Berechnung der gleitenden Dreierdurchschnitte einbezogen wurden, ergibt die Spaltsumme mehr als 100 %!

Tabelle 15: Amtsdauer, Status, parlamentarische Unterstützung der Regierung und Ursachen der Regierungswechsel.

Regierung	Amts- dauer (in Jahren)	Status ¹	Parlam. Unterstüt- zung ²	Ursachen für Regie- rungswechsel
Renner I	0,4	Allparteienregierung	- ³	Parlamentswahlen
Renner II	0,6	Koalitionsregierung	82,9	Interparteilich ⁴
Renner III	0,7	Koalitionsregierung	82,9	Interparteilich ⁵
Mayr I	0,3	Proporzregierung ⁶	98,2	Parlamentswahlen ⁷
Mayr II	0,1	Koalitionsregierung	61,8	Parlamentswahlen ⁷
Mayr III	0,5	Beamtenkabinett ⁸ Minderheitsregierung	46,5 ⁹	Intra- und interpartei- lich ¹⁰
Schober I	0,6	Koalitionsregierung	61,8	Interparteilich ¹¹
Breisky	0,0	Interimistisches Ein- tageskabinett Minderheitsregierung	46,5	Interparteilich ¹²
Schober II	0,3	Beamtenkabinett Minderheitsregierung	46,5 ¹³	Interparteiliche Proble- me ¹⁴
Seipel I	0,9	Koalitionsregierung	61,8	Formeller Rücktritt ¹⁵
Seipel II	0,6	Koalitionsregierung	61,8	Parlamentswahlen
Seipel III	1,0	Koalitionsregierung	55,8 ¹⁶	Intraparteilich ¹⁷
Ramek I	1,2	Koalitionsregierung	58,8	Intraparteilich ¹⁸
Ramek II	0,8	Koalitionsregierung	58,8	Intraparteilich ¹⁹
Seipel IV	0,6	Koalitionsregierung	58,8	Parlamentswahlen
Seipel V	2,0	Koalitionsregierung	57,0	Rücktritt des Bundes- kanzlers aus persönli- chen Gründen ²⁰
Streeruwitz	0,4	Koalitionsregierung	57,0	Intraparteilich ²¹
Schober III	1,0	Koalitionsregierung	57,0	Intraparteilich ²²
Vaugoin	0,2	Koalitionsregierung ²³ Minderheitsregierung	44,2 ²⁴	Parlamentswahlen ²⁵
Ender	0,5	Koalitionsregierung	51,5	Intraparteilich ²⁶
Buresch I	0,6	Koalitionsregierung	51,5	Interparteilich ²⁷
Buresch II	0,3	Koalitionsregierung Minderheitsregierung	45,5	Interparteilich ²⁸
Dollfuß I	1,3	Koalitionsregierung	50,3 ²⁹	Intra- und interpartei- lich ³⁰
Dollfuß II	0,8	Koalitionsregierung	NR ausge- schaltet	Tod des Bundeskanz- lers ³¹

Quelle: Müller et al 1995: 82-84.

¹ Mehrheitsregierung, wenn nichts anderes angegeben.

² Prozent der Nationalratsmandate, die von den in der Regierung vertretenen Parteien gehalten wurden.

³ Die Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung fand erst am 16. 2. 1919 statt; sie ist Ursache für das Ende der Regierung Renner I.

⁴ Formelle erfolgte der Rücktritt aus Anlaß des Abschlusses des Vertrags von Saint Germain, mit dem ein wesentlicher Teil des Regierungsprogramms erfüllt war. Von entscheidender Bedeutung dürfte allerdings der Wandel im Verhältnis zwischen den beiden Regierungsparteien gewesen sein, die zu diesem Zeitpunkt Verhandlungen über die weitere Zusammenarbeit beendet und einen Koalitionsvertrag abgeschlossen hatten (Owerdieck 1987, 130-137).

⁵ Im Parlament kam es am 10. 6. 1920 zu einem Konflikt zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten über einen Erlaß des Staatssekretärs Julius Deutsch, der den Wirkungskreis der Soldatenräte regelte (Weissensteier, in: Weissensteiner/Weinzierl 1983, 5; Rennhofer 1978, 206; Owerdieck 1987, 168-170). In einer an die Sitzung des Nationalrates angeschlossenen Sitzung des Abgeordnetenklubs der SAP, wurde die Demission der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder beschlossen, worüber sich die Parteiführer einig waren (Protokoll der Sitzung des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten vom 22. 10. 1920, VGA). Hierbei handelt es sich aber nur um den Anlaß, nicht die Ursache des Austritts

der Sozialdemokraten aus der Regierung. Diese liegt in der allgemeinen politischen Konstellation. Schon im Mai 1920 hatte sich Otto Bauer in einem internen, streng vertraulichen Memorandum (Beilage zum Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 20. 5. 1920, VGA) für Neuwahlen spätestens, im Oktober 1920 ausgesprochen, nicht zuletzt aufgrund der folgenden Einschätzung der Regierungsbeteiligung: „Wir setzen in der Koalition nichts mehr durch. ... Unter solchen Umständen hat unsere Teilnahme an der Regierung keine andere Bedeutung mehr als, die, daß wir für die Bourgeoisie die Aufgaben besorgen, die Arbeiter in Ruhe zu halten und soziale Konflikte beizulegen. Eine solche Rolle ziemt der Partei nicht.“ Nun waren die Sozialdemokraten aus den Parlamentswahlen vom 17. 10. 1920 geschwächt hervorgegangen, die CSP war nunmehr die stärkste Partei. Damit waren die Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung der SDAP nicht mehr gegeben.

⁶ Da sich die Parteien nicht auf die Bildung einer Koalitionsregierung einigen konnten, wurde letztendlich eine Proporzregierung gebildet, d.h. eine Regierung, in der die Parteien entsprechend ihrer parlamentarischen Stärke vertreten waren. Da die Parteien sich weigerten, die Verantwortung für die Gesamtregierung zu übernehmen und nicht bereit waren, Vertreter der jeweils anderen Parteien zu wählen, wurde die Wahl der Regierung in drei Wahlgängen durchgeführt (Skottsberg 1940, 184-187; Owerdieck 1987, 170-173). Im ersten Wahlgang wurde die Wahl von zwei parteilosen Staatssekretären aufgrund eines Teilvorschlages des Hauptausschusses vorgenommen, im zweiten Wahlgang die Bestellung von neun Staatssekretären im Wege der Verhältniswahl und im dritten Wahlgang die Bestellung von vier Unterstaatssekretären ebenfalls im Wege des Verhältniswahlrechts (Stenographisches Protokoll der 92. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung vom 7. 7. 1920, 3021-3024).

⁷ Während die Sozialdemokraten als Konsequenz aus ihrer Wahlniederlage noch während es Bestands des 1919 gewählten Parlaments (dessen Mandat bis 31.10. 1920 währte) aus der Regierung geschieden waren (und damit in unserer Zählung das Ende der Regierung Mayr I herbeigeführt hatten), verblieben die Großdeutschen – die ebenfalls vom Wahlergebnis enttäuscht waren – bis zur Neuwahl der Regierung durch das 1920 gewählte Parlament im Kabinett Mayr II. Sie waren aber nicht bereit, in die neue Regierung Mayr III einzutreten und schieden daher mit der Neuwahl des Kabinetts aus der Regierung aus. Das Ausscheiden von SDAP und GDVP vollzog sich zu zwei, zu einem Monat auseinanderliegenden Zeitpunkten, hatte aber die gleiche Ursache. Was die Zählweise der Regierungen angeht, handelt es sich um einen Grenzfall.

⁸ Der Status des Kabinetts Mayr III war weder in der politischen Auseinandersetzung unbestritten, noch ist eine Klassifizierung ohne einschränkende Bemerkungen möglich. Die Regierung war insofern ein Beamtenkabinett, als die CSP nicht die politische Verantwortung für sie übernehmen wollte und die Führung des Großteils der Ressorts bei Beamten lag; sie war insofern politisch, als die CSP in ihr vertreten war und sie im Parlament dauerhaft unterstützte. Mit Skottsberg läßt sich von einem „Beamtenkabinett mit parteipolitischen Einschlag“ sprechen (Skottsberg 1940, 247-253).

⁹ Die Regierung wurde von allen bürgerlichen Parteien gewählt, von denen aber jedenfalls die Großdeutschen ausdrücklich erklärten, daß das keine dauerhafte Unterstützung der Regierung bedeute (Politik der „freien Hand“).

¹⁰ Der Demission ging ein Konflikt zwischen dem christlichsozialen BK Mayr und den christlichsozial dominierten Landesregierung in Salzburg und der Steiermark über die Abhaltung von Volksabstimmungen über die Frage des Anschlusses an Deutschland voran. Gegenüber der Steiermark konnte Mayr sich nicht durchsetzen (Weissensteiner, in: Weissensteiner/Weinzierl 1983, 58f). Die Reichsparteileitung der Großdeutschen, die die Regierung im Parlament mitgewählt hatten, unterstützen die Haltung der Länder und verabschiedeten am 30. 5. 1921 eine Entschließung, die ein ernstes Mißtrauen gegen die Regierung aussprach. Mayr selbst führte den Wegfall der Unterstützung durch die Großdeutschen als Demissionsursache an. Es war aber erst die Desavouierung der Regierung durch die christlichsozialen Landesparteien, die die Situation schuf, in der die Großdeutschen sich gegen die Regierung aussprachen (Skottsberg 1940, 262-265).

¹¹ Austritt der GDVP (am 16. 1. 1922) aus der Regierung wegen des Abschlusses des Abkommens von Lana mit der Tschechoslowakei, das die faktische Anerkennung der im Frieden von Saint Germain beschlossenen Abtretung des Sudetenlandes bedeutete. Bundeskanzler Schober, der den Vertrag abgeschlossen hatte, kam in der Parlamentsdebatte am 26. 1. 1922 der von der GDVP erhobenen Rücktrittsforderung nach, um, wie er sagte, „sich wenigstens in diesem Punkt den Beifall der Großdeutschen Volkspartei zu holen“ (zit. Nach Weissensteiner, in: Weissensteiner/Weinzierl 1983, 80). Die Änderung der Parteizusammensetzung der Regierung und der Rücktritt des Bundeskanzlers liegen nur wenige Tage auseinander und haben dieselbe Ursache, sie werden daher auch gemeinsam zur Bestimmung des Endes der Regierung Schober III herangezogen.

¹² Es handelt sich um die Lösung der Probleme, die zum Ende der Regierung Schober I führten. Das Kabinett Breisky war von vornherein als Übergangskabinett gedacht, er war nur mit dem Vorsitz der einstweiligen Regierung betraut. Schober verzichtete auf die Leitung des Außenministeriums – also auf jene

Funktion, in deren Ausübung er in Konflikt mit den Großdeutschen geraten war – und diese stimmten einem weiteren Kabinett Schober zu (Skottsberg 1940, 284-286).

¹³ Die Regierung wurde von CSP und Bauernpartei, dem späteren LB, gewählt, die zusammen über drei Stimmen mehr verfügten als SDAP und GDVP, welche gegen die Regierung stimmten. Die SDAP unterstützte aber insofern die Wahl der Regierung, als sie durch freiwillige Abstinenzen das Fehlen christlichsozialer Abgeordneter überkompensierte (Skottsberg 1940, 286).

¹⁴ Die Regierung hatte zwar im Plenum eine Mehrheit von drei Stimmen, war aber in den Ausschüssen, deren Vorlagen im Plenum zur Abstimmung kamen, in der Minderheit. Das Ende der Regierung Schober II ging einerseits auf zwei parlamentarische Niederlagen innerhalb einer Woche und andererseits auf die Chance für Seipel nun eine auf eine Parlamentsmehrheit gestützte Regierungskoalition mit den Großdeutschen zu bilden zurück (Skottsberg 1940, 289-294).

¹⁵ Der Rücktritt erfolge wegen der Verringerung der Anzahl der Ministerien. Seipel betonte, daß durch die verringerte Zahl der Anzahl der Ministerien gleichzeitig auch eine „durchgreifende Reform des ganzen inneren Dienstbetriebes“ vollzogen werden sollte, diese Maßnahme lege eine Neubildung der Regierung nahe. Einen Tag nach der Demission erfolgte im Nationalrat die Wiederwahl der Regierung mit den Stimmen der Mehrheitsparteien (Rennhofer 1978, 369)

¹⁶ Bei den NR-Wahlen 1923 traten Deutschnationalen und LB zusammen auf (siehe Feldmann 1967, 70-71). Der LB trat nicht in die Regierung ein, unterstützte aber die Wahl der Regierung im Nationalrat. Berücksichtigt man auch die Abgeordneten des Landbundes, beträgt die parlamentarische Unterstützung der Regierung 58,8 Prozent.

¹⁷ Der Streik der Eisenbahner im November 1924 dürfte nur der Auslöser des Rücktritts Seipels gewesen sein. Laut Goldinger (1954, 134f) und Rennhofer (1978, 415-419) lagen die tieferen Gründe für den Rücktritt im starken Widerstand innerhalb der CSP gegen Seipel.

¹⁸ Nachdem sich der christlichsoziale Finanzminister Ahrer mit dem sogenannten „steirischen Wirtschaftsprogramm“ in der Parteiführung der CSP nicht durchsetzen konnte, bot er seinen Rücktritt an. BK Ramek wurde von der Parteiführung beauftragt, eine neue Regierung zu bilden (Rennhofer 1978, 458).

¹⁹ Anlaß für den Rücktritt des Kabinetts Ramek waren die gescheiterten Gehaltsverhandlungen mit den Bundesbeamten. Tatsächlich aber hatte die Involvierung von Finanzminister Ahrer in Finanzskandale das Kabinett Ramek stark geschwächt hatte und „der programmierte Nachfolger“ Seipel auf dessen Rücktritt hingearbeitet (Ackerl/Dorner-Brader, in: Protokoll des Ministerrates, V/1983).

²⁰ Die Demission Seipels kam überraschend und kann nicht leicht auf eine bestimmte Ursache zurückgeführt werden. In seiner Demissionsrede verwies Seipel darauf, daß „die inneren Spannungen ... ein hohes Maß erreicht“ hätten. Er deutete an, daß die sozialdemokratische Agitation gegen die Kirche seinen Rücktritt herbeigeführt hatte: „Durch eine beharrliche Agitation wurde viel Haß angehäuft, der, soweit er meine Person betrifft, zu ertragen wäre, obwohl er ohne jeglichen Schein eines inneren Grundes auf meinen Stand und die Kirche ausgedehnt wird.“ (Siehe Rennhofer 1978, 613-615; vgl. Goldinger 1954, 162).

²¹ Das Erstarken der Heimwehr und ihre Unterstützung durch Teile der CSP, führten zum Rücktritt der Regierung Streeruwitz (Ackerl, in: Weissensteiner/Weinzierl 1983, 143).

²² Auslöser war die sogenannte „Strafella-Krise“, ein Konflikt zwischen BK Schober und der CSP über der Ernennung des Generaldirektors der Österreichischen Bundesbahnen (Wandruszka, in: Weissensteiner/Weinzierl 1983, 71f). Dies war allerdings nur ein Ereignis in einer Reihe von Konflikten zwischen CSP und GDVP sowie zwischen CSP und BK Schober, mit der Strategie die Großdeutschen und Schober aus der Regierung zu drängen (Staudinger 1970, 39'07-311; Ackerl 1975, 85).

²³ CSP und Heimwehr vor den Nationalratswahlen 1930, also vor der ersten Kandidatur der Heimwehr – als Heimatblock – und damit zu einem Zeitpunkt, zu dem die Heimwehr noch keine direkte parlamentarische Unterstützung für die Regierung bereitstellen konnte.

²⁴ Die Regierung Vaugoin war die erste vom Bundespräsidenten nach der Verfassungsnovelle von 1929 ernannte. Sie stellte sich nie dem Parlament.

²⁵ BK Vaugoin konnte sich im Nationalrat nur auf eine Minderheit stützen, die keine brauchbare Basis für einen verstärkten Kampf gegen die Sozialdemokratie darstellte. Vorgezogene Nationalratswahlen sollten die christlichsoziale Position im Parlament stärken (tatsächlich verlor die CSP jedoch sieben Mandate) (Staudinger, in: Weissensteiner/Weinzierl 1983, 154).

²⁶ Der Zusammenbruch der Creditanstalt war der Auslöser für den Rücktritt der Regierung Ender. Als der LB, mit Innenminister Winkler an der Koalition beteiligt, die Zustimmung zur Bundeshaftung für die Bankensanierung verweigerte, demissionierte Ender, führte jedoch die Geschäfte weiter. Als Verhandlungen mit den Sozialdemokraten über Notverordnungen scheiterten, lehnte Ender eine neuerliche Regierungsbildung unter seiner Führung ab (Wanner, in: Weissensteiner/Weinzierl 1983, 182).

²⁷ Ausschlaggebend waren zahlreiche Konflikte zwischen CSP und GDVP, insbesondere aber der Konflikt um die außenpolitische Orientierung Österreichs („deutscher Kurs“ vs. Donaukonföderation) im

Kontext des Bemühens der Regierung um internationale Kredite für Österreich (Wandruszka, in: Weissensteiner/Weinzierl 1983, 74; siehe auch Enderle-Burcel, in: Weissensteiner/Weinzierl 1983, 182).

²⁸ Die Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg vom 24. April 1932 und die Gemeindevahlen in Kärnten und der Steiermark endeten mit teilweise vernichtenden Niederlagen der bürgerlichen Parteien zugunsten der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Letztere forderten, unterstützt von den Großdeutschen, die sofortige Auslösung des Nationalrates und Neuwahlen. Die Regierung verfügte über keine sichere Mehrheit – die Heimwehren hatte eine pivotale Position. Um Zeit für die Verhandlungen mit den Heimwehren zu gewinnen, trat die Regierung zurück, weil dadurch automatisch die Abstimmung über die Auflösungsanträge im Plenum des Nationalrates ausgesetzt wurde (Winkler 1935, 15; Enderle-Burcel, in: Weissensteiner/Weinzierl 1983, 184).

²⁹ Bis zur Ausschaltung des Parlaments am 4. 3. 1933.

³⁰ Als intraparteiliche Probleme werden hier die Spannungen sowohl zwischen Dollfuß und der CSP (bzw. Vaugoin) bezeichnet, interparteiliche Probleme gab es durch das gespannte Verhältnis zwischen Winkler (LB) und Fey (Heimatblock) (Goldinger 1954, 208).

³¹ Ermordung des Bundeskanzlers durch Nationalsozialisten.

7.4 Abstract

In dieser Arbeit möchten wir uns mit der Polarisierung des politischen Systems in der Ersten Republik auseinandersetzen. Wir sehen in den Ereignissen rund um den Justizpalastbrand den Wendepunkt in der politischen Entwicklung, der den Weg in den „austrofaschistischen“ Staat ebnete. Die forschungsleitende Frage, an der wir diese Arbeit aufbauen werden, beschäftigt sich mit der Auseinandersetzung der Polarisierung der politischen Lager und wie die „Presselandschaft“ in diesen Prozess eingebunden wurde. Daher müssen wir den Prozess der Lagerbildung in der Ersten Republik näher analysieren. Die Erste Republik war, wie viele Staaten in der Zwischenkriegszeit, durch eine hohe „Gewaltbereitschaft“ gekennzeichnet, die nicht nur nach unserer Meinung ihren Höhepunkt im Justizpalastbrand erreichte. In einer Demokratie stellt die Wahl das bedeutendste Beteiligungsinstrument der Bevölkerung dar und wir können anhand der Nationalratswahlen und durch eine kritische Analyse der Parteienlandschaft, mit Berücksichtigung der wichtigsten Akteure abseits der Parteien, die Polarisierung beobachten.

In this paper we want to deal with the polarization of the political system in the first austrian Republic. We see in the events surrounding the “Justizpalastbrand”, a key event in the austrian History the turning point in the political development, paving the way to the „austrofascist“ state. The question, which is subject of research in this thesis, deals with the confrontation of the polarization of the political factions and how the media landscape has supported this process. Therefore, we must analyze the process of the forming of political factions in the first Republic in more detail. The first Republic was, like in many states in the interwar period, marked by an increased disposition towards "violence" that reached its culminating point with the event of the „Justizpalastbrand“. In a democracy, the elections are of the most importance as an instrument for the people for participating in society. On the basis of the national elections and with a critical analysis of the party landscape, considering the key players besides the political parties, one can observe the polarization.

Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name: Franz Josef Porotschnik
Geburtsdatum: 23.05.1983
Geburtsort: Graz
Staatsangehörigkeit: Österreich

Ausbildung:

2006 – 2011	Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
1998 – 2005	Agro-HAK in Mistelbach
1994 – 1998	Hauptschule in Gleinstätten
1990 – 1994	Volksschule in Gleinstätten

Ableistung des Präsenzdienstes: 2005 – 2006

Berufserfahrung:

2009/7	Ferialpraktikum in der Bezirkshauptmannschaft Leibnitz
2008/7	Ferialpraktikum Raiffeisen-Landesbank Steiermark im Expedit
2007/8	Ferialpraktikum Raiffeisen-Landesbank Steiermark im Expedit
2006/9	Ferialpraktikum Raiffeisen-Landesbank Steiermark im Expedit

Sprachkenntnisse:

Deutsch
Englisch

Sonstiges:

B- und F-Führerschein
HAK Matura
landw. Facharbeiterprüfung